

# Beteiligungsformate beurteilen und erschließen – Eine Übersicht zu Vielfalt, Einsatz und Wirkung von informellen Bürgerbeteiligungsverfahren

5

Dr. Raban Daniel Fuhrmann – Konstanz, August 2014

## Inhaltsverzeichnis

10

- I. Intention des Textes: Was wissen wir über Beteiligungsverfahren? ..... 1
- II. Ausgangslage: Vielfalt der Formate wertschätzen? ..... 3
- III. Systematisierung: Wie diese ordnen? ..... 4
  - Handbücher ..... 5
  - 15 Online-Datenbanken (siehe auch Anhang C) ..... 7
  - Wissenschaftliche Literatur und Studien ..... 8
  - Prozedurale Systematisierungen ..... 12
  - Zwischenfazit: Wozu Verfahren ordnen? ..... 17
- IV. Entstehungsmilieus: Woher stammen die Verfahren? ..... 17
  - 20 Organisations- und Personalentwicklung ..... 18
  - Großgruppenarbeit und Erwachsenenpädagogik ..... 18
  - Das Innovationsfeld der Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaftsentwicklung ..... 20
- V. Verbreitung: Wo und wieviel werden diese eingesetzt? ..... 24
- VI. Einschätzung: Wie wirken diese? Wirkungskriterien ..... 25
  - 25 Zwischenfazit zu Wirkungsstudien und Evaluationsstandards ..... 35
  - Grundtypen der Beteiligungsforderung ..... 37
- VII. Ausblick: Was können wir daraus lernen? ..... 39
  - Literatur mit gehobener Relevanz für das Thema ..... 43
  - Anhang A: Verfahrenstabelle (gekürzte Fassung) ..... 47
  - 30 Anhang B: Ordnungssystematiken ..... 62
  - Anhang C: Systematische Literaturrecherche ..... 64

### **I. Intention des Textes: Was wissen wir über Beteiligungsverfahren?**

#### 35 **Demokratie wagen – oder gar Demokratie können?**

Entwicklung und Verbreitung neuer Beteiligungsformate gehen Schubweise vonstatten: Anfängen unter Willy Brandts „Demokratie wagen“ über den Aufbruch der „Neuen Sozialen Bewegungen“ bis hin zur Welle cross-sektoraler Governance in den letzten zehn Jahren. Doch die Menge und Ausdifferenziertheit damit einhergegangener prozeduraler Politikinnovationen (vgl. 40 Geißel 2008) stehen im Kontrast zu Resonanz und Relevanz, die diese im faktischen politischen

Alltag erleben. Der schier unüberschaubaren Fülle an möglichen Instrumenten und dazu passenden Beratern und Moderatoren steht bislang ein noch eher zögerlicher und reservierter, wenn nicht gar kritisch-abwehrender politischer Auftraggeber gegenüber. Die Hoffnung, die auf neue Beteiligungstechniken gesetzt wird, steht in Kontrast zu den realen Auswirkungen, die diese  
5 bislang entfalten.

Liegt dies daran, dass ihnen noch keine richtige Chance eingeräumt wird, sodass nicht sichtbar wird, was sich an – gar transformativer – Kraft hinter ihnen noch verbirgt? Oder handelt es sich um übertriebene Erwartungen, die selbst von einem systematischen, breit verankerten Mehr an Beteiligung nicht erfüllbar wären, weil z.B. das politische System eben doch nach anderen Kriterien  
10 funktioniert, welche letztlich nicht anschlussfähig sind an dialogische Prozesse?

Wer Demokratie selbst im Zeitalter der Prozeduralität noch wagen muss, der deutet an, dass er sich immer noch unsicher ist, ob und womit dies am besten gelingt. Kann mehr Wissen, gar Kompetenz, über die Wirkung von Beteiligungsformaten dazu beitragen, Demokratie auch (professioneller) zu können?  
15

### ***Vielfalt der Engagement-Formate erschließen***

Wie Evers/Klie (KD 048) hervorheben, manifestiert sich Engagement im umfassenden Sinne in vielfältigen Formen und Ausprägungen (wenn man es als einen breiten Dachbegriff von Handlungen und Aktivitäten im öffentlichen Raum versteht). Neben dieser Formen-Vielfalt tritt nun  
20 auch eine Formate-Vielfalt, d.h. eine enorme Fülle von Verfahren, Methoden, Techniken, Instrumenten zu Ausgestaltung von Engagement und Beteiligung bzw. deren Intensivierung. Wie kann man nun diesen Entwicklungsboom, diese Überfülle an Politikinnovationen begrifflich als auch praktisch in den Griff bekommen? Letzteres macht eine systematische Übersicht über das Spektrum an Verfahren, deren Systematisierungs- und Bewertungsversuche (Taxonomie), der  
25 Herleitung und Untersuchung wie diese wirken (Evaluation) und deren Verbreitung und Herkunft (Empirie) erforderlich. Diese Draufsicht kann dann als Basis dienen, politische Handreichungen zu formulieren, wann welches Beteiligungsformat, wie sinnvoll einzusetzen ist – und wann gerade nicht (Praxeologie). Sprich, eine politische Verfahrenstheorie kann helfen, besser zu verstehen, wie durch Beteiligungsformate gezielt Herausforderungen, z.B. des demografischen Wandels,  
30 durch Einbeziehung der Betroffenen und Geforderten gemeistert werden können.

Die vorliegende Erarbeitung hat daher das Ziel, durch eine systematische und dennoch weiterhin selektive<sup>1</sup> Zusammenschau, die Vielfalt und damit Komplexität dieses demokratiepolitischen Anliegens differenziert und begründet zu illustrieren und abzuleiten, welche Forschungs- und Entwicklungsschritte sich daraus als erforderlich ergeben. Insgesamt soll so das Panorama,  
35 welches sich für die Engagement- und Demokratiepoltik durch Einsatz und Verbreitung von Beteiligungsverfahren auftut, erkundet und zugänglich gemacht werden.

---

<sup>1</sup> Selektiv, da nicht nur die Vielfalt und Dynamik an Verfahren und Formaten selbst einen umfassenden Überblick unmöglich macht (kontinuierlich kommen neue Verfahren hinzu und bekannte wechseln laufend den Namen), sondern auch weil die Milieus und Kreise, in denen sich darüber ausgetauscht und zu denen geforscht wird, ebenso vielfältig, fluide und changierend sind. Es handelt sich um informelle, teils sogar subversive Verfahren, die oft mit einer ebensolchen Haltung kommuniziert werden. In die Mainstream-Forschung hat dieses Themenfeld darum bislang nur schwer Eingang finden können, wie im vorliegenden Übersichtsbeitrag ersichtlich wird.



Wie die wiederkehrenden Begriffe „Café“ und „Theater“ zeigen, gab es in den letzten Jahren neben den klassischen Planungs- und Dialogverfahren zunehmend auch Formate – oft aus der systemischen Großgruppenarbeit stammend –, die sehr gruppenspezifisch und interaktiv arbeiten. Wenngleich in dieser Liste der 200 Verfahren noch relativ wenige Onlineverfahren aufgelistet sind, so gewinnt doch die Bedeutung medial vermittelter Beteiligungsverfahren immer mehr an potenziellem Gewicht. Denn auch wenn das Potenzial dieser Onlineverfahren zunehmend größer wird, so wird deren Einsatz nach wie vor noch begrenzt ausgeschöpft. Oder trägt nur der Schein und ist die Verbreitung – gerade niederschwelliger Formate wie Facebook und Twitter zeigen, nicht bereits viel vitaler, nur werden eben die speziell dafür entwickelten Plattformen wie echo.to, publixphere.de dafür genutzt.

Im folgenden Text wird der Versuch unternommen, diese Fülle an Verfahren und deren unterschiedlichen Herkünfte kurz zu beleuchten und eine erste Übersicht über die dafür entwickelten Systematisierungs- und Bewertungsansätze zu geben.<sup>2</sup>

### 15 **Zum Anhang A: Übersichtstabelle mit 200 Verfahren<sup>3</sup>**

Bei der Zusammenstellung der Online-Plattformen, die versuchen das breite Spektrum an Beteiligungsverfahren im Internet sichtbar zu machen, war auffällig, dass es ein stetes Kommen und Verschwinden solcher gibt. So sind ca. 50 % der Online-Datenbanken, die vor 5 bis 10 Jahren mit dem Anspruch antraten, eine Gesamtübersicht zu liefern, inzwischen wieder aus dem Netz verschwunden oder werden nicht mehr weiter gepflegt. Der aktuelle, großangelegte Versuch von der Bertelsmann Stiftung mit dem deutschsprachigen „Beteiligungskompass“ kann trotz großangelegter Unterstützung bisher keine umfassende und flächendeckende Übersicht geben. Auch bei der Zusammenstellung von Beteiligungsverfahren in Form von Büchern und Handbüchern ist in den letzten Jahren ein Erlahmen beim Versuch, eine Gesamtübersicht zu

geben, zu beobachten. Zwar sind gerade infolge von Stuttgart 21 wieder neue Handbücher und Leitfäden in Auftrag gegeben worden, doch nimmt die Zahl der darin beschriebenen Verfahren nicht zu, obwohl in der Realität die Menge explodiert. So hinkt die Zusammenstellung sowohl im Netz als auch in Form von Handbüchern und wissenschaftlichen Kompendien der faktischen Vielfalt und Praxis hinterher.

Dies erschwert eine wissenschaftliche Aufarbeitung erheblich, da eine Systematisierung und Bewertung voraussetzen, über einen möglichst umfassenden Überblick über die einzelnen Verfahren und deren Varianten zu verfügen. Der im Folgenden unternommene Abriss bestehender Systematisierungen basiert daher zum einen auf einer wissenschaftlichen Literaturrecherche und zum anderen auf der Befragung von Kollegen und Experten sowie einer 15-jährigen Erfahrung in diesem Feld.

### **III. Systematisierung: Wie diese ordnen?**

Wie oben beschrieben gibt es mittlerweile eine so enorme Bandbreite an Verfahren und Methoden für Beteiligung, dass eine systematische Kategorisierung all dieser Prozeduren nötig ist. Im Laufe der letzten Jahre wurden hierzu verschiedene Versuche gemacht, von wissenschaftlicher und auch von Anwenderseite – keines der Strukturierungskonzepte konnte sich bisher durchsetzen.

---

<sup>2</sup> Eine eingehendere, systematischere und umfassendere Untersuchung steht noch an und würde einen umfangreichen Forschungsansatz und damit verbundenen hohen Aufwand erforderlich machen.

<sup>3</sup> Entstanden unter Zuarbeit von Marianne Heinze.

Es folgt eine Auflistung der wichtigsten Zusammenstellungen und Systematisierungen, die sich grob in drei Typen von Publikationen finden lassen:

- Handbücher: Zusammenstellung von Beteiligungsverfahren für deren praktische Anwendung.
- Online-Datenbanken: Übersichten, die wie Handbücher für Praktiker (allerdings deutlich mehr),  
5 Verfahren und deren Anwendungen auflisten und ordnen.
- Wissenschaftliche Literatur: Systematisierungen teils auf Basis theoretischer Modelle, teils aus Fallstudien hergeleitet.

## Handbücher

- 10 Da es Zweck von Handbüchern ist, den Nutzer dazu anzuregen, damit zu arbeiten, sprich: Beteiligungsverfahren vorzustellen damit sie angewandt werden, ist es naheliegend zu vermuten, dass eine anwendungsorientierte Systematik der Darstellung und Ordnung der Verfahren zugrunde liegen sollte. Dies ist jedoch, wie der folgenden Übersicht zu entnehmen sein wird, nur begrenzt der Fall. Im vermutlich am weitesten verbreiteten Handbuch, dem „Handbuch Praxis  
15 Bürgerbeteiligung“ der Stiftung Mitarbeit, sind die Methoden z.B. nur alphabetisch aufgeführt.

- Da Handbücher, um weiterhin handlich zu sein, auch nur eine begrenzte Zahl an Verfahren zwischen ihre Buchdeckel aufnehmen können, ist somit auch die Anzahl der dargereichten Verfahren sehr beschränkt, denn bei umfassenderen Zusammenstellungen von Verfahren, wie dem Change Handbook führt die Listung von rund 60 Verfahren zu einem fast 800-seitigem  
20 Kompendium.

- In günstigen und darum auch populären Zusammenstellungen, etwa dem von der Bundeszentrale für Politische Bildung herausgegebenen Handbuch Bürgerbeteiligung (Nanz, Fritsche 2012), wird eine „Best-of“-Auswahl geboten, wobei die Kriterien der Auswahl nicht deutlich werden; oft hat man daher den Eindruck, dass die Zusammenstellungen mehr der aktuellen Bekanntheit und Mode  
25 entspringen als einer systematischen oder empirischen Herleitung, welches nun die wichtigsten oder besten Verfahren sind.

Es folgt eine Übersicht von Systematisierungskriterien aus einer Auswahl an verbreiteten Handbüchern zu Beteiligungsverfahren:

### 30 **Nanz, Fritsche 2012 – Handbuch Bürgerbeteiligung**

- Im von der Bundeszentrale für Politische Bildung herausgegebenem „Handbuch Bürgerbeteiligung“ schlagen die Autorinnen Nanz und Fritsche eine Kategorisierung von Verfahren vor. Zunächst wird anhand einer „Beteiligungsleiter“ nach Arnstein der Grad der Beteiligung bestimmt. Dieser kann von „Nicht-Partizipation (Manipulation)“ über „Information“, „Konsultation“, „inszenierte Mitwirkung“,  
35 „partnerschaftliche Kooperation“ bis hin zu „Abgabe von Macht“ und letztendlich „Bürgermacht“ führen und drückt so einen zunehmenden politischen Machtanspruch und deren Zugeständnis vonseiten der formell legitimierten Macht aus.

Abb. 1: Beteiligungsleiter

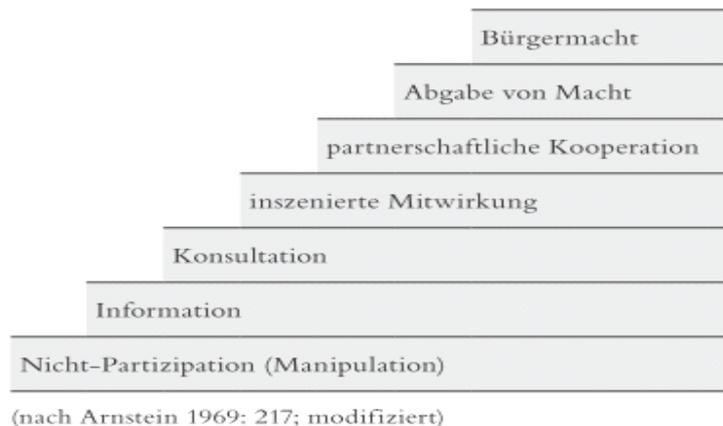


Abbildung 2: Beteiligungsleiter nach Arnstein (aus: Nanz, Fritsche 2012: 23)

Für die weitere Kategorisierung wird ein Entwurf von Archon Fung, einem US-amerikanischen Partizipationsforscher aufgegriffen und erweitert (vgl. Fung 2006):

Zunächst werden als organisatorische Merkmale eines Verfahrens dessen Dauer, Kosten und die Größe des Teilnehmerkreises bestimmt. Dann folgt eine Unterscheidung nach Auswahl der Teilnehmer, welche durch Selbstselektion, dem Zufälligkeitssprinzip oder gezielte Bestimmung erfolgen kann (vgl. Nanz, Fritsche 2012: 26f.). Die Art der Kommunikation stellt den nächsten Schritt der Unterscheidung dar. Dabei wird zwischen folgenden idealtypischen Formen differenziert: Interessenartikulation, Verhandeln, Austausch von Argumenten und Deliberation (vgl. ebd.: 29f.).

Zuletzt werden, wieder mit einer idealtypischen Skizzierung, die Funktionen von Beteiligungsverfahren kategorisiert. Diese umfassen: Individueller Nutzen und Qualifizierung persönlicher Kompetenzen, Einflussnahme auf Öffentlichkeit und Gesellschaft, Konsultation und Stellungnahme von Bürgerinnen und Bürgern, Mit-Entscheidung und Co-Governance (vgl. ebd. 31-35).

### **Ley, Weitz 2003 – Praxis Bürgerbeteiligung**

Im bereits in mehreren Auflagen weit verbreiteten „Handbuch Praxis Bürgerbeteiligung“ werden verschiedene Verfahren alphabetisch vorgestellt. Dabei wird jede Methode von einem Experten des jeweiligen Verfahrens behandelt, sodass ein gutes und tiefes Verständnis der Methoden entstehen kann. Eine Kategorisierung von Verfahren an sich bietet das Handbuch nicht. Es beschränkt sich auf 32 zur Entstehungszeit besonders populären von: Appreciative Inquiry und Anwaltsplanung, Demokratiewerkstatt und Konsensuskonferenz, Mediation und Open-Space, Planungszelle und Runder Tisch bis zu Zukunftskonferenz und Zukunftswerkstatt.

### **Holeman, Devane, Cady 2002 – Change Handbook**

Hierbei handelt es sich nicht um eine Zusammenstellung nicht von primär für die Bürgerbeteiligung gedachten Großgruppenverfahren. Da es jedoch ein Merkmal von sozialen und politischen Verfahren darstellt, dass sie unabhängig von Sektor und Ebene auch cross-systemisch angewandt werden können, findet sich dort ein Bündel an Verfahren aufgelistet, die, insbesondere im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, sehr wohl Eingang gefunden haben. Auch hier werden die über 60 Verfahren meist von deren Entwicklern anhand einer einheitlichen Systematik dargestellt und abschließend in einer Tabelle miteinander verglichen:

Unterscheidung nach Anwendungsbereichen:

- Planungsmethoden: Helfen eine Richtung festzulegen;
- Strukturierungsmethoden: Definieren Arbeitsbeziehungen neu und schaffen neue Strukturen für das Arbeiten;
- Anpassungsmethoden: Lassen sich flexibel anpassen an Bedürfnisse sowohl der Planung und Strukturierung als auch anderer komplexer Ziele.

5

In der abschließenden Vergleichsmatrix werden die Verfahren und Methoden im Change Handbook nach folgenden Kriterien dargestellt: Ziel/Resultat, Prozess, Anzahl der Teilnehmer, Art der Teilnehmer, übliche Dauer, Beispiele, Anwendung ratsam/nicht ratsam, Auswirkungen auf kulturelle Annahmen, Begründer, Entstehungszeit, entwicklungsgeschichtlicher Kontext.

## 10 **Bischoff, Selle, Sinnig 1996 – Informieren – Beteiligen – Kooperieren**

Diese gliedern ihre „Formen und Verfahren“ zum einen nach der Funktion im Beteiligungsprozess: Erkunden von Interessen und Meinungen, Informieren, Meinungen bilden, Beteiligen (formal definierte Beteiligungsinstrumente und informelle Beteiligungsinstrumente), Kooperieren; und zum anderen nach folgenden Beteiligungsfaktoren: Beteiligte Zielgruppen, Beteiligungsebene, Anzahl der Beteiligten, Beteiligungszeitpunkt, Intensität der Beteiligung, Dauer der Beteiligung, Art der Interessenvertretung, Gesetzliche Verankerung der Beteiligung, Aufbau der Beteiligungsformen und -verfahren.

15

## **Online-Datenbanken (siehe auch Anhang C)**

20 Stiftungen und Vereine, Initiativen und Projekte haben sich im Internet an Datenbanken für Verfahren versucht. Es folgt eine Auflistung der bekanntesten Datenbanken für Partizipationsverfahren im Internet – ausführlicher als Tabelle zusammengestellt im Anhang C:

Diese Art der Zusammenstellung ist aufgrund der Menge, großen Fluidität und Variantenvielfalt von Verfahrensinnovationen im Grunde die sinnvollste Art und Weise, der Verfahrensflut Herr zu werden. Zum einen, weil, gerade wenn es sich um Open Source-Projekte handelt – die wie bei einem Wiki jedem Entwickler und Anwender die Möglichkeit geben, sein Verfahren einzustellen – , dies recht niederschwellig und aktuell erfolgen kann. Zum anderen, weil so ein einmal beschriebenes Verfahren über eine Datenbank zu ganz unterschiedlichen Suchkriterien zugeordnet wird. Dennoch hinken, wie bereits erwähnt, die bestehenden Verfahrensdatenbanken der Fülle an Verfahren und deren Praxis noch weit hinterher. Bis jetzt ist es noch keiner dieser Datenbanken gelungen, sich (ähnlich wie Wikipedia) zu einer von der Beteiligungsszene breit getragenen, zentralen Informations- und Vernetzungsplattform zu entwickeln. Vermutlich liegt dies auch daran, dass die im Folgenden dargestellten Ordnungskriterien aus Sicht desjenigen, der ein Verfahren sucht, sich als noch nicht wirklich klar und hilfreich erwiesen haben.

25

<http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/107534/>

Die Verfahren auf buergergesellschaft.de, die von der Stiftung Mitarbeit zusammengetragen wurden, wurden auf der Website in alphabetischer Reihenfolge und nach Hauptzielsetzung zusammengetragen: Ideen sammeln, Energie bündeln; Visionen entwickeln, Zukunft gestalten; Konflikte bearbeiten, Standpunkte integrieren; Meinungen einholen, Bürger aktivieren; Planungsprozesse initiieren und begleiten.

30

<http://www.beteiligungskompas.org/article/index/method>

Die Verfahren im Beteiligungskompas sind nach Typ (Methode, Instrument), Themenbereich

(Haushaltsplanung, Stadtentwicklung, Organisationsentwicklung, etc.) und Medium (schriftlich, online, aufsuchende Formate) sortiert.

<http://www.partizipation.at/alle-methoden.html>

- 5 Hier sind Methoden zum einen nach der Zielgruppengröße (Klein-, mittlere, große Gruppen) aufgeführt. Weitere Kriterien sind der Grad der Beteiligung (Information, Konsultation, Mitbestimmung) sowie die Dauer der Durchführung von einem Tag bis hin zu einer Woche/mehreren Monaten.

10 [http://www.communityplanning.net/methods/methods\\_a-z.php](http://www.communityplanning.net/methods/methods_a-z.php)

Communityplanning.net führt die Verfahren alphabetisch in englischer Sprache auf. Eine Kategorisierung im engeren Sinne wird ansonsten nicht vorgenommen.

<http://www.participationworks.org.uk/topics/online-tools>

- 15 Die Datenbank präsentiert weniger umfassende Auflistung von Tools im Onlinebereich, auch hier wird keine engere Kategorisierung vorgenommen.

<http://participatedb.com/tools>

- 20 Es handelt sich um eine umfassende Sammlung von webbasierten Partizipationsverfahren in englischer Sprache, ohne Kategorisierung. Jedoch wird die Definition der Formate auf Grundlage der Richtlinien der International Association of Public Participation vorgenommen. So muss jedes der genannten 264 Tools mindestens eines der folgenden fünf Kriterien erfüllen: Inform; Consult; Involve; Collaborate; Empower.

25 <http://www.participedia.net/en/browse/methods>

- Die Participedia bietet eine umfangreiche Verfahrensdatenbank mit vielen verschiedenen Suchkriterien. So können die Verfahren nach 15 Kriterien, die von „Best for“ (Achieving Public Goods, Providing Social Goods, Addressing Identity-Based Issues, etc.) bis hin zu Sprache, geografischer Ausrichtung (lokal, international, regional) und Selektionsmethode (open to all, random selection, election, appointment, etc.) reichen, sortiert und gesucht werden. Nicht alle Verfahren können hier jedoch in jeder Kategorie einer Ausprägung zugeordnet werden, weshalb viele Verfahren für mehrere Kategorien unkategorisiert bleiben.

## **Wissenschaftliche Literatur und Studien**

- 35 Hier sind in letzter Zeit neben zahlreichen Dissertationen (Goldschmidt, Schröder, Gohl, Fuhrmann, Stock, Behringer, Feindt) auch neuere Erscheinungen wie der DELIKAT-Bericht von Alcantara et al. (2014) zu erwähnen. Die Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen bezüglich einzelner Beteiligungsformate ist natürlich bedeutend größer, doch selten wird der Fokus dabei auf die dabei verwandten Verfahren an sich gelegt. Auch werden geringe Anstrengungen hin zu einer Systematisierung bezüglich der gesamten Bandbreite an Verfahren unternommen.

Die Notwendigkeit einer solchen Taxonomie ist denn auch nur gegeben, wenn man sich dieser Quantität real existierender und verwandter Beteiligungsverfahren bewusst ist. Da in vielen wissenschaftlichen Publikationen solch ein Systematisierungsansatz wenig oder nur rudimentär

erfolgt, liegt darum die Vermutung nahe, dass die Autoren über begrenzte Einblicke in die Fülle der Partizipationspraxis verfügen. Dies ist nachvollziehbar, denn solange in den etablierten Fachpublikationen das Spektrum an Verfahren nicht angemessen rezipiert worden ist, wird es auch in einer Vielzahl der davon abgeleiteten Untersuchungen nicht auftauchen können. Ein

5 enzyklopädisches Projekt, in welchem die Fülle an Beteiligungsverfahren wissenschaftlich erfasst würde, wäre darum die beste Voraussetzung, um dazu beizutragen, dass es mehr und kritischere Untersuchungen gibt, die dann auch eine Taxonomie und Praxeologie von Beteiligungsverfahren erarbeiten.

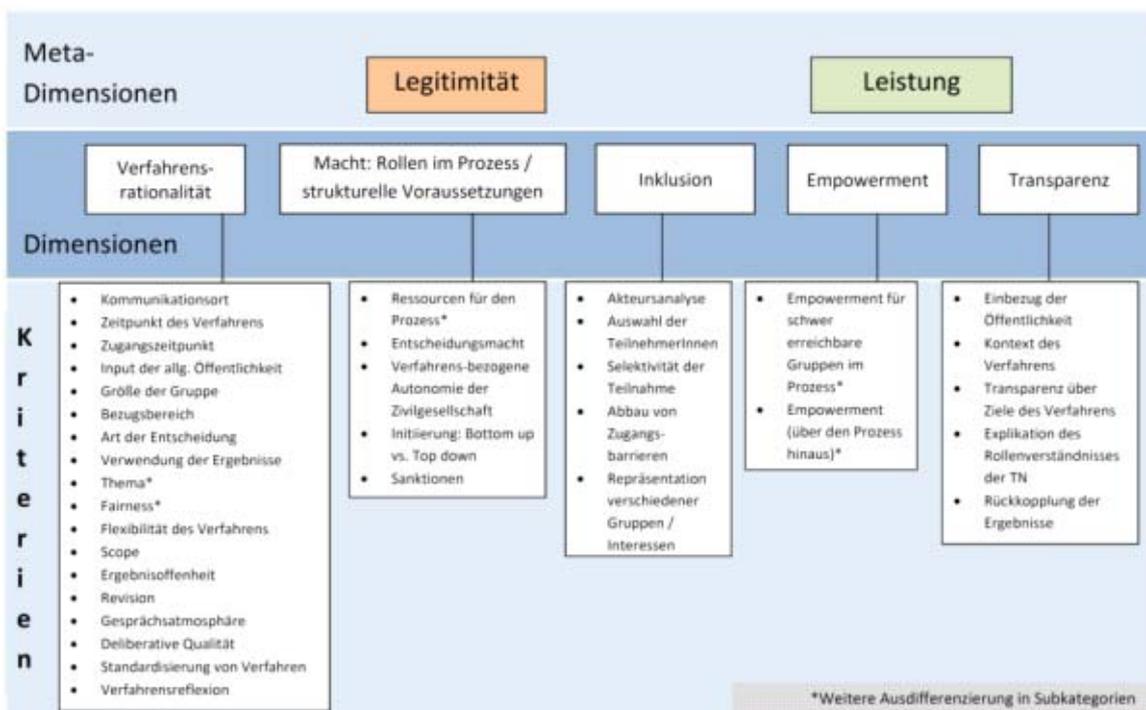
Es folgt ein Einblick in die Systematisierungsansätze unterschiedlicher Studien:

10

### **Alcantara, Bach, Ulrich et al. (DELIKAT) 2014**

Im Bericht über die „Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess“ für das Umweltbundesamt wird als Grundlage für eine Einordnung existierender Beteiligungsverfahren eine Partizipationsmatrix erstellt, anhand derer Verfahren eingeordnet werden. Die Verfahren

15 werden hier in mehreren Stufen eingeordnet: In zwei Meta-Dimensionen (Legitimität und Leistung) und darunterliegend in 5 Dimensionen (Verfahrensrationalität, Macht, Inklusion, Empowerment, Transparenz) mit jeweils eigenen Kriterien (z.B. für Transparenz: „Einbezug der Öffentlichkeit, Kontext des Verfahrens, Transparenz über Ziele“ etc.).



20

Abbildung 3: Kriterienstruktur des DELIKAT-Berichtes (Alcantara et al. 2014: 26)

### **Behringer 2002**

Behringer (Behringer 2002: 102ff.) entwickelt ihre Kriterien anhand der Frage nach der Gestaltung von Partizipationsverfahren. Dabei verwendet sie Kategorien, die sie dem diskursethischen Ansatz von Habermas entliehen hat:

25

- Vertrauen (Prozessvertrauen, interpersonales Vertrauen)
- Effizienz (optimales Verhältnis von Mitteleinsatz für Zielerreichung)

- Fairness (interpersonaler Umgang, Informationsangebot)
- Zusammensetzung (problemorientiert (ideal: Alle Betroffenen sind beteiligt bzw. haben gleichen Zugang), Chancengleichheit: demokratisch)
- Autonomie (Verfahrensautonomie, Inhaltliche Autonomie, persönliche Autonomie)
- 5 • Kompetenz (Entscheidungskompetenz, Soziale Kompetenz, Kommunikative Kompetenz, Beurteilungsmaßstab)
- Transparenz (Verfahrenstransparenz, Personentransparenz)
- Effektivität (Auswirkung der Veranstaltung)

10 Eine anspruchsvolle Form von normativer Qualität von Verfahren wird zuerst gemessen, nicht deren pragmatische Praktikabilität. Diesem Ansatz liegt die Prämisse zugrunde, dass Verfahren dann besser gelingen, wenn obige (An-)Forderungen weitestgehend erfüllt werden.

### **Feindt 2001**

15 In einer der weiteren frühen Dissertationen, die den Versuch unternommen haben, die Ende der 1990er Jahre noch relativ neuen Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsverfahren politikwissenschaftlich zu reflektieren, unterscheidet Peter Henning Feindt zwischen Verfahrensmerkmalen und Prozessmerkmalen, v.a. basierend auf der Diskurstheorie von Habermas. Folgende listet er dabei auf:

#### 20 **Verfahrensmerkmale:**

- Zeitpunkt, Art, Dauer und Frequenz der Interaktion
- Formulierung des Auftrags, politisches Mandat und Agenda Setting
- Beschwerderechte gegen Entscheidungen
- Teilnehmerauswahlverfahren
- 25 • Festlegung der
  - Basisregeln des Verfahrens
  - Entscheidungsstrukturen
- Auswahl von
  - 30 · Moderator
  - Methode
  - Geschäftsordnung
- Mechanismen zur Änderung des Verfahrens

#### **Prozessmerkmale:**

- 35 • Teilnehmerzusammensetzung: Motivation, Art der Betroffenheit
- Kriterien und Prozess der Informationssammlung wie diskursive Qualität, Vollständigkeit, Offenheit für Information, Verständlichkeit
- Offene Konfliktaustragung, Lerneffekte, kulturell-stilistische Elemente, zeitnahe Information aller Beteiligten, Zeitaufwand im Verhältnis zum Ergebnis
- 40 • Ergebnisse und Funktionen: Erreichte Kernsense, Transaktionskosten, Zufriedenheit der Teilnehmer, Transferergebnisse

Aus prozeduraler Sicht ist die Unterscheidung zwischen Verfahrensmerkmalen im engeren Sinne und Prozessmerkmalen, die immer auch den politischen Kontext berücksichtigen, außerordentlich sinnvoll. Die Frage ist nur, wie aus den gröbereren und normativer gehaltenen Prozessmerkmalen operationalisierbare Auswahlkriterien für das Design der Verfahrensmerkmale abgeleitet werden.

5

### **Oels 2000**

Eine weitere der führenden Dissertationen ist die von Angela Oels. Sie unterscheidet zur Erfolgsmessung von Beteiligungsverfahren im Rahmen von Lokalen-Agenda-Prozessen drei Kriterienebenen mit insgesamt 22 Unterkategorien:

- 10 • Prozess-Kriterien: 1. Motivierte TeilnehmerInnen – 2. Inklusiv – 3. Fair – 4. Kompetent – 5. Kooperativ – 6. Innovativ – 7. Sektorübergreifend – 8. TeilnehmerInnen macht es Spaß – 9. Zeit wird effektiv genutzt.
- Ergebnis-Kriterien: 10. Konsens über handlungsleitende Vision erzielt – 11. Multiplikatoreffekt – 12. Breite Öffentlichkeit erreicht – 13. Aktionsgruppen setzen Pläne um – 14. Gemeinderat  
15 unterstützt Umsetzung der Aktionspläne – 15. Lokale Agenda 21 gestärkt – 16. Neue Ressourcen für die Umsetzungsphase – 17. Regelmäßige Selbstevaluation.
- Capacity-Building-Kriterien: 18. Neue bzw. gestärkte Kontakte – 19. Vertrauen – 20. Wiederbelebte lokale Demokratie – 21. Lerneffekte (z.B. gestiegenes Umweltbewusstsein) –  
22. Gemeinschaftsgefühl und gestiegene Bereitschaft, einen Beitrag zu leisten.

20

Auch bei dieser Unterscheidung scheint das Demokratieverständnis und damit das normative Bild von Beteiligung durch. Insbesondere macht die Vielzahl der Kriterien und ihrer Unterkategorien das Übertragen auf schnelle Auswahl und Steuerungshilfen einer klaren Engagementpolitik eher schwierig.

25

### **Zwischenfazit**

Wengleich die Wissenschaft und auch die Anwender von Partizipationsverfahren sich mehrfach an einer stringenten Klassifizierung versucht haben, steht eine einheitliche Systematik für diese Formate noch aus, was den wissenschaftlichen Diskurs über sie erschwert:

- 30 „Auf diese Weise konnte es zu einem Nebeneinander isolierter Beteiligungsansätze kommen, die sich bei allen grundsätzlichen Ähnlichkeiten in vielen oft zufällig anmutenden Details unterscheiden, welche sich kaum auf einen eindeutigen Nenner bringen lassen und deren funktionale Bedeutung und Signifikanz nicht immer leicht erkennbar ist. Das damit gegebene Problem einer ‚Vielfalt ohne System‘ schlägt sich anschaulich in mehreren inzwischen verfügbaren  
35 Übersichten über die neuen Beteiligungsformen nieder, die mehrheitlich auf der Ebene von Kompilationen verbleiben und die der bestehenden Diffusität bezeichnenderweise dann am besten gerecht werden, wenn sie die Einzelansätze schlicht in alphabetischer Reihenfolge präsentieren und ihre Beschreibung – ggf. ohne die Vorgabe von Gliederungskriterien – den jeweiligen Initiatoren überlassen“ (Klages 2007: 58f.).
- 40 Die Unterscheidung zwischen den Verfahrensformaten erfolgt fast immer normativ, was wiederum meist keine Entscheidungshilfe dahingehend leistet, wann welches Verfahren angewendet werden sollte. Die Anzahl an Dimensionen und Kriterien, in die Verfahren eingeordnet werden sollen, hat dschungelhafte Umfänge angenommen, mit der Folge, dass die gesamte Kategorisierung so ausdifferenziert ist, dass sie kaum noch einen praktischen Nutzen hat. Gohl (2010: 128) kritisiert

dass die „offenbare Unkenntnis der Praxis [...] andere Untersuchungen von Beteiligungsverfahren“ kennzeichnet.

## Prozedurale Systematisierungen

5 Bei Betrachtung der verschiedenen Kategorisierungsversuche lässt sich feststellen, dass sich die meisten detaillierteren Entwürfe stets auf bestimmte, einander ähnelnde Kategorien und Definitionen stützen, die sich aber von Konzept zu Konzept unterscheiden. So wird zum Beispiel die Stufe der Mitbeteiligung in der Datenbank von Partizipation.at in drei Stufen (Information, Konsultation, Mitbestimmung) eingeteilt, während im Handbuch Bürgerbeteiligung in der  
10 Beteiligungsleiter gleich sieben Kategorien für den Grad der Beteiligung aufgestellt werden. Partizipation.at geht im Gegensatz zu Nanz und Fritsche auch nur auf organisatorische Kategorien ein, wohingegen im Handbuch Bürgerbeteiligung eine weitaus umfassendere Kategorisierung vorgenommen wird, die auch Inhalte der Verfahren, Zielgruppe, Selektion und weitere Kriterien aufnimmt.

15 Die unterschiedliche Taxonomie der Kategorien trägt entscheidend zur Abstinenz einer in Wissenschaft und Praxis gemeinsam verfolgten einheitlichen Linie bei. Jedes neue Konzept benennt seine Dimensionen anders, wartet mit weiteren Wortschöpfungen auf und verhindert so eine einheitliche Systematik. Grundlegende Kategorisierungen laufen Gefahr, zu oberflächlich zu sein und sich auf Organisatorisches zu beschränken, wohingegen sich die detaillierten Entwürfe  
20 leicht in zu vielen Unterkategorien und Ausprägungen verfangen.

Der Delikat-Bericht mit seiner abstrakten Einteilung in die „Meta-Dimensionen“ Legitimität und Leistung ist nicht ohne Weiteres verständlich. Diese müssen „unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten reflektiert werden [...]“ und dienen „deshalb in diesem Zusammenhang nur als Ordnungsprinzipien“, die „keine unmittelbare Relevanz für die Bewertung der einzelnen Verfahren  
25 besitzen“ (Alcantara et al. 2014: 30). Relevant sind deshalb insbesondere die „Dimensionen“ und deren sehr ausdifferenzierte Kriterien. Ähnlich wie bei der Participedia stehen hier die einzelnen Dimensionen/Kategorien unverbunden nebeneinander.

Die Systematisierungsansätze von Stock, Gohl und Fuhrmann bauen daher auf einen verfahrenstheoretischen Zugang, bei dem die Kategorisierung der Verfahren an ihrer Funktion im  
30 politischen Meinungs- und Gesetzgebungsprozess ansetzen, d.h., nicht deren ethische/politische oder andere normative Bedeutung und Implikationen sind entscheidend, sondern einzig und allein deren funktionaler Beitrag und Ort in einem konkreten politischen und gesellschaftlichen Problembearbeitungsprozess. Es folgt eine kurze Darstellung von aus dem prozeduralen Paradigma heraus entwickelten, komplementären Ansätzen der Systematisierung:

35

### ***Stock 2005: Systematisierung nach Wissensfluss – Wer weiß was?***

Ziel dieses Ansatzes ist die Frage, wie das nach außen orientierte Informationsmanagement einer Kommune besser gestaltet werden kann. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie das politisch-administrative System relevante Informationen aus der Kommune (von Einwohnern/Bürgern,  
40 NPOs, lokaler Wirtschaft) über Probleme, Lösungsansätze und potenzielle Akteure für gesellschaftliche Problemlösungen aufnehmen kann. Stock entwickelt ein vereinfachtes Modell für die Informationsaufnahme des politisch-administrativen Systems, welches er mit dem Gedanken des Modern Governance-Netzwerks – also einer Zusammenarbeit von unterschiedlichsten Akteuren aus dem politisch-administrativen System, Wirtschaft und Bürgergesellschaft –

kombiniert.

	Das politisch-administrative System weiß, welche Information es von wem im Modern Governance-Netzwerk benötigt.	
Information liegt im Modern Governance-System in kommunizierbarer Form vor.	Quadrant IV)                    - - „blinder Fleck“	Quadrant III)                    + - Informationen erarbeiten
	Quadrant I)                    - + Informationsannahme	Quadrant II)                    + + Informationsabfrage

Abbildung 4: Raster: Wege der Informationsaufnahme (aus Stock 2005)

Je nach Interaktionsdichte kann das politisch-administrative System jeweils aktiver oder passiver Informationen im Sinne obiger Matrix aufnehmen.<sup>4</sup> Die Bandbreite reicht von passiver Aufnahme ohne gezielte vorausgegangene Handlung über einen einfachen Interaktions-Zyklus bis zu mehrfachen Zyklen:

1. Informationsannahme (Quadrant I): Schnittstelleneinheiten (z.B. Amt für Wirtschaftsförderung, Bürgerbüro, Sozialamt), Einwohnerfragestunde, Bürger(engagement)büros, Offene Partei- und Fraktionsarbeit, Bürgerantrag, Kontakte auf Festen, Kirmesveranstaltungen etc., Beirat von Experten, Stadtteilbüros, Ideen- und Beschwerdemanagement;
2. Informationsabfrage (Quadrant II): Gutachten von Experten, Planungszelle, VHS-Foren, Offene Bürgerbeteiligung, vom Rat initiierte Bürgerentscheide, Bürgerversammlungen, Kundenbefragungen, Umfrage unter lokaler Wirtschaft oder Vereinen, Anwaltsplanungen, Anhörungen;
3. Kooperative Informationserarbeitung (Quadrant III): Workshops mit Vereins- oder Firmenvertretern, gemischte Projektgruppen, Klausuren mit Vertretern von Unternehmen, Zukunftskonferenzen, Zukunftswerkstätten, Fachkundige Bürger in Ausschüssen, Kooperationen (z.B. Public-Privat-Partnerships), Lokale Agenda-Gruppen, Runde Tische mit Vereinsvertretern, Zielgruppenbeteiligung, Bürgerhaushalt;
4. Blinder Fleck (Quadrant IV): Hier treten Bürger, Politik und Verwaltung in einen dialogischen Prozess. Im Unterschied zu Verfahren der einseitigen Informationsabfrage sehen diese Verfahren allerdings nicht nur Bürger, Vereinsvertreter usw., sondern auch Mitglieder des politisch-administrativen Systems als Teilnehmer vor. Es handelt sich hierbei also um einen wechselseitigen, kooperativen, dialogischen Prozess.

Des Weiteren werden Verfahren bei Stock nach Aufgabenerfüllung kategorisiert:

- Kooperative Aufgabenerfüllung wie: Public-Privat-Partnerships, Kooperative Verkehrspolitik, Projekte „Soziale Stadt“, Kooperative Umweltpolitik, Stadtmarketing, Kooperative Sozialpolitik, Lokale Agenda 21-Projekte, Kooperative Kulturpolitik.
- Aktivierung gesellschaftlicher Selbstorganisation im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe durch Förderung bürgerschaftlichen Engagements u.a. durch Anreize/Prämien, Ehrungen/Auszeichnungen.
- Information/Aufklärung z.B. durch Förderprogramme (z.B. Solar- oder Wirtschaftsförderung),

<sup>4</sup> Vgl. zu einer Typisierung und einer Stärken- und Schwächenanalyse verschiedener Verfahren der Informationseinbindung in den politischen Prozess: Peter C. Dienel 1992: Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, S. 34ff.

Bürger(engagement)büros/Freiwilligenagenturen, Symbolische Politik/Beeinflussung der Kultur einer Stadt.

- Moderation/Coaching von Selbststeuerungsprozessen (z.B. bei einem Konflikt zwischen einem Unternehmen und Anwohnern).

5

### **Gohl 2010: Systematisierung nach Demokratieverständnis: Wer darf was?**

Gohl listet verschiedene Typologien und ihre Probleme auf und führt dann eine indikative Ordnung in drei Diskurse an, in die Verfahren eingeteilt werden können:

- Erstens: Potenziale und Techniken der Gruppenmoderation (Verfahren zur verbesserten Verständigung);
- Zweitens: Politikberatung durch deliberative Konsultationsverfahren (differenzierte Beratung politischer Entscheider) und
- Drittens: politische Veränderung durch Beteiligungsverfahren (Gestaltung durch Veränderung).

Konkret heißt das: Christopher Gohl fasst aus einem elaborierten prozeduralen Verständnis heraus alle festgelegten Verfahren als Methoden auf, die strategisch an das Umfeld angepasst werden müssen. Er unterscheidet dabei je nach Mehrstufigkeit und Mehrdimensionalität der zu bearbeitenden Intentionen zwischen:

- Techniken (Handwerk der Gruppenmoderation: Brainstorming, Blitzlichtrunde ...)
- Deliberative Beratungsverfahren (Beratung für den Auftraggeber)
- Bürgerbeteiligung (Planungszelle, Bürgerhaushalt, Stuttgart 21 ...)
- Expertenbeteiligung (Ethikräte, Experten-Kommissionen, Futur, Delphi ...)
- Evaluationsprozesse (World Bank Poverty Assessment Processes ...)
- Kollaborative Transformationsverfahren (Gruppe soll sich selbst verändern)
- Großgruppenverfahren (Methoden aus der OE)
- Multi-Stakeholder-Prozesse (internationale Agenda 21-Verfahren ...)
- Politische Mediationsverfahren
- Hybridverfahren (beratende Transformationsverfahren, Lokale Agenda 21...)

Wenngleich diese Unterscheidung die unterschiedliche Komplexität von Verfahren gut berücksichtigt, ist Ihre praktische Anleitungsfähigkeit doch begrenzt, denn sie setzt voraus, dass der Suchende bereits weiß, welche Art von Bürgerbeteiligungsverfahren er sucht. Zudem ist diese Kategorisierung, so wie die anderen hier skizzierten, primär auf politische Beteiligungsprozesse ausgerichtet, auch wenn dabei bewusst in Anlehnung an die Modelle von Rowe/Frewer und der International Association of Facilitators, das breite Spektrum an Beteiligungsphasen und -modi berücksichtigt wird. Im Rahmen der Forschungsgruppe am Zentrum für Interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld „Procedural Approaches to Conflict Resolution“ (2002) und der aus diesem resultierten Gründung des F+E Verbund Procedere, wurde daher nach einer Meta-Methode gesucht, mittels derer die Systematisierung von Verfahren einzig nach deren kontextuellen Leistungsprofil erfolgt.

### **40 Fuhrmann 2009: Systematisierung nach Komplexitätsprofil: Was wird benötigt?**

Fuhrmann hat im Rahmen seiner Verfahrenstaxonomie mit der Meta-Matching-Methode (Fuhrmann & Stock 2006) ein Meta-Verfahren entwickelt, mit dem Verfahren klassifiziert und das

passende Verfahren für das gegebene Problem gefunden werden kann; d.h. er gibt keine Systematik vor, sondern beschreibt wiederum ein Prozedere mittels dessen sich passende Verfahren finden lassen.

Seine „umfassende heuristische Verfahrenstypologie“ (Gohl 2010: 115) beginnt mit:

- 5 1. Einer Relationierungsmatrix, mit der die dominanten Problembearbeitungsqualitäten des Verfahrens bestimmt werden (das heißt: Dient das Verfahren primär der Bearbeitung von Sachproblemen (Was-Verfahren) oder explizit von Akteurskonflikten (Wer-Verfahren) oder der Entwicklung von Vorgehensweisen (Wie-Verfahren)?).
- 10 2. In einem zweiten Schritt wird in einem Zeitraumspektrum unterschieden nach Dauer der Intervention zwischen Methoden (Rechnen in Sekunden/Minuten), Veranstaltungen (Stunden/Tage), Projekten (Wochen/Monate) und Organisationen (Jahre/Jahrzehnte) und gleichen damit den erforderlichen mit dem verfügbaren Zeitrahmen ab.
- 15 3. Schließlich wird im adaptierten Policy-Kreislauf (auch Problemlösungszyklus genannt) danach gefragt, wo man in diesen einsteigt und wie weit man dann wiederum gehen will: Beginnend mit dem Aktivieren, Konsultieren, Formulieren zum Entscheiden, dann durch Planen, Implementieren zum abschließenden Evaluieren zu kommen. Zudem wird in dieser visuell unterstützenden Verortung gefragt, wie hoch der dabei erforderlich erscheinende kollektive Verbindlichkeitsbedarf ist. Denn im Unterschied zu beratender Bürgerbeteiligung versucht bürgerschaftliches Engagement eher ohne einen solchen formellen Entscheid auszukommen.
- 20 4. Anschließend wird das Leistungsprofil möglicher Verfahren anhand von sechs Komplexitätsdimensionen, auf die ein Verfahren eingehen muss, mit dem Anforderungsprofil des Anliegens abgeglichen: Themenoffenheit, Akteursoffenheit, Verfahrensoffenheit, Ressourcenbedarf, Zeitaufwand, Verbindlichkeitsgrad.

25 Diese verfahrenstheoretisch hergeleitete Meta-Matching-Methode bewertet somit nicht den Wert eines Verfahrens an sich, sondern lediglich die Geeignetheit für ein bestimmtes Anliegen. Dazu wird das Anforderungsprofil des Falles anhand von Komplementärkriterien mit dem spezifischen Leistungsprofil eines Verfahrens (Themenkomplexität, Akteurskomplexität, Verfahrenskomplexität, Ressourcenverfügbarkeit, Zeitdruck, Verbindlichkeitsbedarf) verglichen (Matching), um so die Passung von Werkzeug und Aufgabe möglichst genau abschätzen zu können.

30 Nach den zwei wichtigsten Wirkungen lassen sich Beteiligungsverfahren wie folgt nach deren Leistungsschwerpunkt und Einsatzort grob rastern:

Einsatzort/ Leistungs- fokus	<b>Entwickeln</b> Aktivieren/ Konsultieren/ Formulieren (Bürgerbeteiligung)	<b>Entscheiden</b> ob überhaupt/ was nun/ ob ok? (Direkte Demokratie)	<b>Umsetzen</b> Planen/ Implementieren/ Evaluieren (Koproduktion)	<b>Engagieren</b> mit anderen selbst in die Hand nehmen (bürgerschaftl. Engagement)
<b>Was?</b> Fach- u. Sach- themen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anwaltsplanung</li> <li>• Planungszelle</li> <li>• Zukunftswerkstatt</li> <li>• Petition</li> <li>• Planing-for-Real</li> <li>•</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Plebiszit</li> <li>• Referendum</li> <li>• Abstimmung</li> <li>• Schlichtung</li> <li>• Demokratiebilanz</li> <li>•</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktivierende Evaluation</li> <li>• Real-Time-Strategic-Change-Conference</li> <li>•</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Open-Space-Technology</li> <li>• Quartierskonferenz</li> <li>• Zukunftswerkstatt</li> <li>•</li> </ul>
<b>Wer?</b> Akteurs- konstel- lationen u. Konflikte	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktivierende Befragung</li> <li>• Participatory Rapid Appraisal</li> <li>• Facebook</li> <li>• Appreciative Inquiry</li> <li>• Runder Tisch</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahl</li> <li>• Mediation</li> <li>•</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Thinking-at-the-Edge</li> <li>• Intervision, Mentoring</li> <li>• Partizipative Evaluation</li> <li>• Seminarschauspieler/-theater</li> <li>•</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Community Organizing</li> <li>• Presencing – Theory U</li> </ul>

<b>Wie?</b> Vorgehens- u. Strategie- entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Organisationsauf- stellung</li> <li>• Blog</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Future-Search- Conference</li> <li>•</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Scrum</li> <li>• Multi-Projekt- Governance</li> <li>• Integrative Gemeinde- entwicklung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Design-Thinking</li> <li>• Community Organizing</li> <li>• Genuine-Contact</li> <li>•</li> </ul>
---	--	--	---	---

Abbildung 5: Raster: Verfahrensmatrix nach Fokus und Beitrag (Fuhrmann 2009)

### **Erläuterung der Raster-Dimensionen:**

Senkrecht: Dient das Verfahren primär ...

- 5
- Inhaltlichen Fragen (Was?) zur inhaltlichen Bearbeitung von Sach- und Fachfragen?
  - Akteurskonstellationen (Wer?) zur Aktivierung, Schlichtung von und zwischen Menschen?
  - Vorgehensweisen (Wie?) zur Klärung gemeinsamer Strategien und Prozesse?

Waagrecht: Ergänzend zu dieser ersten Grobunterscheidung können Verfahren auch nach ihrem Ort im Policy-Cycle und damit in einem als idealtypisch zu betrachtenden Problemlösungsprozess verortet werden:

- 10
- Entwicklungsverfahren zum:
    - Aktivieren und Agendasetzen wie: Aktivierende Befragung, Anwaltsplanung, Participatory Rapid Appraisal, e-Petition ...
    - Consultieren und Beraten, was sinnvoll wäre (bürgerbeteiligende V.) wie
    - 15     ○ Einwohnerfragestunde, Online-Befragungen, Delphie-Studien, Dialogsalon, World Café
    - Verdichten und Formulieren, was beschlossen werden soll (bürgerbeteiligende V.) wie Runder Tisch, Bürgerhaushalt, Planungszelle, Bürgerausstellung
  - Entscheidungsverfahren zum:
    - Entscheiden, ob überhaupt (Peercoaching; Thinking at the Edge),
    - 20     ○ Entscheiden, was zu tun ist (direktdemokratische V. wie Plebiszite, Referenden, Entscheide), aber auch Mediation und Schlichtungsverfahren und Versuche der Adhocracy z.B. mittels Liquid Democracy Software,
    - abschließenden Entscheiden, ob es akzeptierbar ist, wie z.B. mittels aktivierender Evaluationsverfahren wie der Demokratiebilanz
  - 25 • Umsetzungsverfahren zum
    - Planen der Implementation, z.B. mittels agiler Multi-Projekt-Governance Tools wie Scrum, Kanban
    - Begleiten der Implementation, z.B. durch Intervision, inklusives Monitoring
    - Evaluieren des Erreichten, insbesondere andere durch aktivierende und partizipative
    - 30     Evaluationsansätze
  - plus Verfahren, die primär dazu dienen, die eigenverantwortliche Umsetzung zu gestalten (bürgerschaftliches Engagement fördernde V.) wie insbesondere beim Community Organizing u.a. durch Zukunftswerkstatt, Design-Thinking, Open-Space-Technology, Genuine-Contact und Theory U/Presencing.
- 35

## **Zwischenfazit: Wozu Verfahren ordnen?**

Wozu sollte man sich die Mühe machen, Systematisierungs-, Katalogisierungs- und Verortungsmodelle zu entwickeln und an die dynamische und bunte Vielfalt von partizipativen Verfahren anzulegen? Zum einen sicherlich aufgrund eines wissenschaftlichen, analytischen Erfassens, Messen- und Beurteilen-Wollens. Zum anderen aber auch aus einem technischen, synthetischen Beweggrund, das passende Verfahren schnell für einen konkreten Fall zu finden, anzupassen und optimal anzuwenden. Diese zwei unterschiedlichen Untersuchungshaltungen, eine kritisch-analytische und eine konstruktiv-synthetische, sind bei der Übersicht der hier exemplarisch vorgestellten Systematisierungsansätze auch deutlich geworden. Es gibt hier kein Richtig-oder-Falsch, wohl aber ein Was-bringt-was? Die aus dem prozeduralen Paradigma entstandenen Studien von Stock, Gohl, Fuhrmann sind im Sinne solch eines technischen Verständnisses von Politikwissenschaft als fundierter Anleitungslehre zur Demokratieentwicklung entstanden.

Aus prozeduraler Sicht, das heißt, aus der Perspektive eines Prozessgestalters, der eine methodische Hilfestellung bei der optimalen Auswahl, Anpassung und Umsetzung komplexer Verfahrensdesigns benötigt, ergibt eine Unterscheidung, wie sie im gegenwärtigen Wissenschaftsparadigma derzeit üblich zu sein scheint, wenig Sinn. Denn nicht das Zusammentragen, Vergleichen und Bündeln von Systematisierungsansätzen aus diversen Wissenschaftsdisziplinen, Schulen und der damit verbundenen Gesellschafts- und Demokratiebilder bringt am Ende eine für die politischen Praxis(an)forderungen geeignete Systematik hervor. Bei der Entwicklung einer solchen Systematisierungshilfe ist eher von den faktischen Anforderungen auszugehen, die Verfahren in den politischen Meinungs- und Gesetzgebungsprozessen spielen. Nicht die Logik des wissenschaftlichen Zitier-, Publikations- und Berufungswesens hilft hier weiter, sondern eine aus der Logik des Arbeitens mit Verfahren für das Gelingen demokratischer Politik.

Mit Blick auf den Erwartungshorizont des politisch beauftragten Zweiten Engagementsberichtes spricht vieles dafür, diesen Demokratie- und Engagementpolitik unterstützenden Anspruch zu nutzen. Dabei – gerade um eine seriöser Partner für Politik sein zu können – auf diese prozedurale Grundlagenforschung der Entwicklung einer praxisnahen Verfahrenstheorie (im Sinne einer Werkzeugkunde zur Beförderung einer prozeduralen Anwendungskunst) zu setzen sowie auf seine unabhängige und sich reflexiv selbst hinterfragende Haltung zu achten. Was trägt Politikwissenschaft zur Erschließung und guten Nutzung dieser Fülle an Demokratieinnovationen bei?

## **IV. Entstehungsmilieus: Woher stammen die Verfahren?**

Verfahren fallen nicht fertig vom Himmel, sondern entstammen bestimmten zeit- und ideengeschichtlichen Kontexten und weltanschaulichen Schulen. Welches sind also die Milieus und Strömungen, aus denen diese prozeduralen Innovationen entsprungen sind und laufend weiter sprießen und sich verzweigen?

Auch wenn das Spektrum an Entstehungsmilieus größer ist und die Abgrenzungen zwischen diesen fließend und unscharf sind, so lassen sich ideengeschichtlich und strukturell doch drei dominierende Durchbruchsmilieus hervorheben, in denen sich ein besonders vitales Entwicklungs- und Erprobungsumfeld vorfinden lässt:<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Wobei es an Anwendungsmilieus mit oft eigenen Sonderentwicklungen und Anpassung weitaus mehr gibt

- **Politik** – Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft: Hauptanwendungsfeld Kommunen und NGOs
- **Wirtschaft** – Organisations- und Personalentwicklung: Hauptanwendungsfeld Unternehmen und Behörden
- **Bildung** – Erwachsenenpädagogik und Großgruppenarbeit: Hauptanwendungsfeld der politischen Erwachsenenbildung

Es lassen sich darüber hinaus auch noch andere Entstehungs- und Anwendungsmilieus von kooperativen Verfahren unterscheiden, insbesondere in der Familien- und Gruppentherapie, der agilen Software-Entwicklung, der Sozial- und Integrationsarbeit, der kirchlichen Gemeindeentwicklung, innerhalb des Spektrums an alternativen Konfliktlösungsmethoden im Rechts- und Mediationsumfeld, im integrativen Kinder- und Jugendengagement und in der vom Empowerment-Ansatz geleiteten Entwicklungszusammenarbeit. Nach einer knappen Erwähnung von Organisationsentwicklung und pädagogisch bedingten Verfahrensentwicklungen bietet das Folgende einen Überblick über die wichtigsten politischen Entwicklungs- und Anwendungsfelder von Beteiligungsverfahren.

15

## Organisations- und Personalentwicklung

Prozedurale Neuerungen haben von Anbeginn zum Feld der Organisationsentwicklung gehört, denn OE (Organisationsentwicklung) kann als die Handwerkskunst verstanden werden, geplanten Wandel in Organisationen durch Beteiligung der Betroffenen zu bewerkstelligen.<sup>6</sup> Daher sind dort entwickelte Verfahren, wie Open-Space, Dynamic Facilitation, Genuine Contact etc., auch von ihrem Selbstverständnis und Ansatz in politischen und sozialen Kontexten so gut zu übertragen. Seit Mitte der 1990er Jahre sind deshalb Großgruppenverfahren (etliche davon aus den USA), die ursprünglich im Prozessberatermarkt bei der OE, in der Personalentwicklung und im Change-Management populär geworden sind, in Deutschland nicht nur bekannt, sondern schnell auch in der Politik angewandt worden.<sup>7</sup>

Diese Interventionsmethoden für Großgruppen fühlen sich meist systemischen Ansätzen verpflichtet und streben das Ideal einer lernenden Organisation an. Doch auch Coaching und Supervisionsmethoden, die ursprünglich aus der Familientherapie stammen, haben ihren Weg über die OE in die Beteiligungs- und Engagementmoderation gefunden.<sup>8</sup>

30

## Großgruppenarbeit und Erwachsenenpädagogik

Viele Anstöße und besonders fachliche Kenntnisse bei der Entwicklung und Anpassung von Klein- und Großgruppenverfahren stammen aus dem Feld der Pädagogik, insbesondere der Erwachsenen-, Reform- und Erlebnispädagogik. Insbesondere in den Bereichen der politischen Bildungsarbeit, Erwachsenenbildung, Hochschuldidaktik, Jugendarbeit, Ausländerintegration,

(s. Kap V.)

<sup>6</sup> Einen Versuch einer ideengeschichtlichen Genealogie von amerikanischen OE-Interventionsanstätzen haben Bunker und Alban unternommen (Bunker, Alban 1997: xvi).

<sup>7</sup> Eine frühe Übersicht zu Einsatz und Verbreitung von Beteiligungsverfahren aus der OE ist zu finden in: Susanne Weber 2002: Vernetzungsprozesse gestalten. Wiesbaden.

<sup>8</sup> Mehr zum Methodenspektrum: Peggy Holman/Tom Devane 2002 (Hrsg.): Change Handbook. Zukunftsorientierte Großgruppen-Methoden. Heidelberg. Roswita Königswieser/Marion Keil 2000 (Hrsg.): Das Feuer großer Gruppen. Konzepte, Designs, Praxisbeispiele für Großveranstaltungen. Stuttgart. Gerhard Fätzer/Kornelia Rappe-Giesecke/Wolfgang Looss 1999, 2002: Qualität und Leistung von Beratung. Supervision, Coaching und Organisationsentwicklung. Köln.

Randgruppenarbeit und der Erziehung zu Toleranz und Gemeinsinn sind in den letzten Jahren viele neue Verfahren entwickelt, ausprobiert und weitergegeben worden. Beispiele hierfür sind u.a. Verfahren wie Technology of Participation, „Betzavta – Erziehung zur Demokratie“ und die Gemeinsinn-Werkstatt.<sup>9</sup>

- 5 Erste umfassende Ansätze der Verfahrenssystematisierung stammen bereits aus den 1970er Jahren. Zu erwähnen sei hier (aufgrund seiner systematischen Geschlossenheit) insbesondere der Göttinger Katalog (eigentlich: Göttinger Katalog didaktischer Modelle), welcher seit 1975 von Karl-Heinz Flechsig entwickelt und verfeinert wird. Flechsig versucht mit dem Göttinger Katalog eine umfassende Beschreibung der Grundformen didaktischen Handelns – also aller Lehr- und  
10 Lernmethoden – vorzunehmen.<sup>10</sup>

### **Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft**

Das Innovationsfeld, was dem der informellen Beteiligungsverfahren am nächsten liegt, ist das der Intensivierung und Verbreiterung von Verantwortung, Inklusion und Mitsprache in und durch den  
15 öffentlichen Raum; sei es, um sich mit anderen organisierend, gemeinsame Anliegen (wie Sport, Kultur, Naturschutz, Kinderbetreuung...) selbst in die Hand zu nehmen – sei es, um seine Sichtweisen in politische Meinungs- und Gesetzgebungsprozesse beratend einzubringen (z.B. bei Prozessen der Stadtplanung und Infrastrukturentwicklung), oder sei es, um unmittelbar mitzubestimmen; z.B. durch Referenden und Abstimmungen bzw. Elemente direkter Demokratie.  
20 Somit lassen sich idealtypisch drei Steigerungsebenen politischer Partizipation unterscheiden, die in der Logik von Mitmachen (bürgerschaftliches Engagement), Mitreden (Bürgerbeteiligung) und Mitbestimmen (direkte Demokratie) zunehmend die politische Entscheidungs- und damit Machtfrage stellen<sup>11</sup>: D.h., wer hat am Ende das letzte Wort? Verfahrensinnovationen für informelle Partizipationsermöglichung finden sich in ersteren beiden:

- 25
- Mitmachen: Verfahren zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt
  - Mitreden: Verfahren der konsultativen Bürgerbeteiligung
  - Mitentscheiden: Verfahren der ergänzenden direkten Demokratie

Folgend wird anhand dieser Unterscheidung<sup>12</sup> kurz Einblick in diese Innovationsmilieus genommen, denn – so meine Erfahrung: Es gibt nicht nur relativ geringen Austausch zwischen den  
30 drei bis vier sektoralen Entwicklungsmilieus aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft, sondern innerhalb des politisch-zivilgesellschaftlichen Milieus selbst vermischen sich diese Entwickler- und

---

<sup>9</sup> Olaf Axel Burow 1993: Gestaltpädagogik. Trainingskonzepte und Wirkungen. Ein Handbuch. Paderborn, Bertelsmann Stiftung, Adaptation von Susanne Ulrich u.a. 1997: Miteinander. Erfahrungen mit Betzavta. Ein Praxishandbuch, Gütersloh; Wolfgang Fänderl (Hrsg.) 2005: Beteiligung übers Reden hinaus. Gemeinsinn-Werkstatt. Materialien zur Entwicklung von Netzwerken. Gütersloh.

<sup>10</sup> Aktuelle Fassung: Karl-Heinz Flechsig, 1996: Kleines Handbuch didaktischer Modelle. Eichenzell. H.-G. Alte/Karl-Heinz Flechsig 1982: Kurzbeschreibung des Göttinger Katalogs Didaktischer Modelle. Göttinger Didaktische Materialien 2. Göttingen. Auch: Karl-Heinz Flechsig 1969: Die technologische Wendung in der Didaktik. Konstanz.

<sup>11</sup> Ähnlich der Beteiligungsleiter von Arnstein (Arnstein 1969), wobei diese den Aspekt des Engagements, also des Selber-Tuns, nicht umfasst.

<sup>12</sup> Es gibt unterschiedliche Formen, um das Partizipationsspektrum zu unterscheiden. Brigitte Geißel unterscheidet neben der direktdemokratischen Form, diejenige der Co-Governance und Deliberation (vgl. Geißel 2008: 229); wobei die Co-Governance sowohl Elemente der entscheidungsnahen Mitbestimmung (wie beim participatory budgeting) als auch der konsultativen Mitsprache, des Mitmachens im Sinne von Koproduktion von Gemeinwohl (collaborative governance) umfasst. Das nicht unerhebliche Verfahrensspektrum, was (quasi staats- wenn auch nicht politikfern) nachbarschaftliches, bürgerschaftliches, soziales etc. Engagement befördert und koordiniert, ist hierbei nicht explizit hervorgehoben, da es zwischen Co-Governance und Deliberation quasi hindurchzufallen droht.

Moderatoren-/Beraterkreise relativ wenig.<sup>13</sup>

## **Das Innovationsfeld der Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaftsentwicklung**

Seit den 1970er Jahren gibt es eine insbesondere auf kommunaler Ebene vorangetragene Welle  
5 der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung zur Stärkung der  
Zivilgesellschaft, wie auch zur Stärkung des Anliegens der nachhaltigen Entwicklung. Diverse  
dieser Innovationswellen kamen daher in Form von Lokalen Agenda 21-Prozessen, Quartiers-  
management, Raumplanung, Konfliktschlichtung und Technikfolgenabschätzung. Es folgt ein  
10 Versuch, diese Entwicklung und damit verbundene Innovations- und Verbreitungsfelder zu skiz-  
zieren. Der Anspruch hierbei ist kein historisch-genealogischer oder ideengeschichtlicher, sondern  
ein forschungs- und förderungsanleitender. Denn nur, wer Umstände und Umfeld einer Innovation  
mitbedenkt, kann entscheiden, ob und wie diese Instrumente sinnvoll auch auf andere Kontexte zu  
übertragen und anzupassen sind.

Besonders das Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegung (NSB)<sup>14</sup> seit Anfang der 1980er Jahre  
15 und der Lokalen Agenda 21-Projekte (LA21) in den Kommunen Mitte der 1990er sowie der  
Aufbruch hin zu einer umfassenden Zivil- und Bürgergesellschaft nach dem Fall der Mauer haben  
viel zur Entwicklung und Verbreitung neuer Beteiligungsformate beigetragen. Neben Nordamerika  
und Australien sind hier insbesondere Nordeuropa und zunehmend Südamerika Orte umfassender  
Neuentwicklungen und verbreiteter Nachfrage, doch eine global umfassende Forschung hierzu  
20 fehlt noch.<sup>15</sup> Verfahrensbeispiele aus diesem Bereich sind oft engagierten Vorkämpfern für ein  
Mehr zu verdanken. Klassiker dieses Milieus sind Beteiligungsverfahren wie die Planungszelle,  
Zukunftswerkstatt, Planning for Real, Fokusgruppe, Konsensuskonferenz und Community  
Organizing.

Die Innovationsfelder politischer Partizipation lassen sich den bereits dargestellten drei Stufen von  
25 Partizipation zuordnen: bürgerschaftliches Engagement (Mitmachen), Bürgerbeteiligung (Mitreden)  
und direkte Demokratie (Mitentscheiden). Insbesondere auf die ersten zwei richteten sich die  
Bestrebungen der Neuen Sozialen Bewegung und Zivilgesellschaftsdiskurse.

### ***Bürgerschaftliches Engagement / Ehrenamt / Community Organizing***

30 Das politische, soziale und Gemeinwohl fördernde Engagement von Bürgern zur Erreichung  
gemeinsamer Ziele wird als bürgerschaftliches Engagement<sup>16</sup> bezeichnet. Im Gegensatz zum

---

<sup>13</sup> Zu diesem Zweck ist daher Procedere als cross-sektoraler F+E Verbund für prozedurale Praxis in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ins Leben gerufen worden ([www.procedere.org](http://www.procedere.org)).

<sup>14</sup> Siehe dazu: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.) 1987: Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a.M. Rainer Buck 1991: Bürger machen Politik. Einflussnahme-Strategien-Bürgerinitiative. Weinheim.

<sup>15</sup> Auch wenn am WZB um 2006 eine umfassende Literatursichtung zur Analyse demokratischer Innovationen vorgenommen und zusammengestellt wurde, so gibt es dennoch keine umfassende Meta-Studie oder Bibliografie, die alle relevante Literatur – gerade auch die Graue – zusammenfasst. Insbesondere weil eine Vielzahl der Qualitäts- und Wirkungsmessungen im Rahmen von Projektevaluationen durchgeführt werden, gibt es zwar eine größere Zahl an Untersuchungen dazu, aber nur wenige, die im strengen Sinne den aktuellen modelltheoretischen oder empirischen Wissenschaftserwartungen entsprechen.

<sup>16</sup> Erste Übersicht über das Thema: Deutscher Bundestag 2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900.  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf> (18.12.2008). Rolf G. Heinze/Thomas Olk 2001: Bürgerengagement in Deutschland. Zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. In: Rolf

hoheitlichen Handeln der Verwaltung oder des Staates nehmen hier die Bürger etwas selbst in die Hand. Ziel ist die Erschließung der Bürgerressource als Ausdruck bürgerlichen Handelns und zum Nutzen des Gemeinwohls. Ein breites Spektrum an insbesondere aktivierenden, vernetzenden, schlichtenden und koordinierenden Verfahren ist dem Innovationsfeld bürgerschaftliches Engagement entsprungen. Die prozeduralen Überschneidungen, z.B. zu Quartiersmanagement und Community Organizing, sind groß. In den Verfahrenskatalogen wird selten zwischen Methoden zur Förderung und Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung unterschieden.

Ein besonders wichtiges Feld (nicht nur für die Anwendung, sondern auch die maßgeschneiderte Entwicklung) ist das der Sozial- und Gemeinwesenarbeit. Insbesondere in seiner politisierten Form des Community Organizing (in der Tradition von Saul Alinsky) werden partizipative Verfahren angewandt, die dem Empowerment von marginalisierten Bevölkerungsgruppen und städtischen Milieus dienen sollen. Der Übergang von das „Selber-tun“ fördernden Verfahren zum ernst genommenen „Gehört-werden“ durch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheider ist dabei gewollt. Die Grenzen von Engagementförderung zu aktiver politischer Beteiligung, ja sogar Mitentscheidung, sind darum fließend und sollten im Sinne einer aktivierenden Engagementpolitik auch offen gehalten werden.

### **Bürgerbeteiligung im engeren Sinne**

Während bürgerschaftliches Engagement von seiner Orientierung her eher staatsfern ausgerichtet ist, verhält sich Bürgerbeteiligung<sup>17</sup> staatsorientiert. Ziel stellt die Beeinflussung staatlichen Handelns dar, zumindest soweit der Einzelne mit seinen Anliegen und Ansichten Gehör finden soll. Bürgerbeteiligung umfasst daher die vorbereitende Einbeziehung der Bürgerschaft an politischen Entscheidungen, aber in der hier vorgeschlagenen Unterscheidung: Es geht nicht um das Entscheiden selbst, was entweder weiterhin von den gewählten Organen ausgeführt wird oder via konkurrierender Volksgesetzgebung durch Verfahren der direkten Demokratie wie Volksbegehren und Volksabstimmung verlaufen würde.

Es werden grundsätzlich zwei Arten von Beteiligungsverfahren unterschieden: Einerseits die gesetzlich vorgeschriebenen oder zumindest geregelten (formellen) Beteiligungsverfahren (auch verfasste Beteiligung genannt) und andererseits die freiwillige, unregelmäßige Bürgerbeteiligung (auch informelle Beteiligung), auf die darum auch kein Rechtsanspruch geltend gemacht werden kann, sondern die ganz im Wohlwollen des politisch-administrativen Systems steht.

### **Gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung (formelle Beteiligung)**

Bei der formellen Beteiligung werden von den Beteiligten (Bürger, Verbände, andere Behörden) Stellungnahmen, Einwände, Bedenken oder Anregungen formuliert und dem Vorhabenträger übermittelt. Dieser ist verpflichtet, im Rahmen der sog. Abwägung auf alle vorgebrachten Stellungnahmen einzugehen. Er muss ihre Relevanz für das Verfahren prüfen und sie

---

G. Heinze/Thomas Olk (Hrsg.) 2001: Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen.

<sup>17</sup> Frank Baumann/Malte Detlefsen/Sven Iversen/Lars Vogelsang 2004: Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Veränderte Rahmenbedingungen, Praktiken und deren Auswirkungen. Berlin. Astrid Ley/Ludwig Weitz (Hrsg.) 2003: Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn. Ariane Bischoff/Klaus Selle/Heidi Sinning 1996: Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund.

entsprechend berücksichtigen.

Durch die Beteiligung der Öffentlichkeit soll jeder die Möglichkeit haben, seine Interessen und Rechtspositionen im Bauleitplanverfahren oder in Planungsverfahren (z.B. Planfeststellung, Raumordnung etc.) zu wahren. Der Gesetzgeber geht hierbei davon aus, dass eine möglichst  
5 frühzeitige Bürgerbeteiligung die Akzeptanz und die Qualität der Bauleitplanung erhöht.<sup>18</sup>

### **Freiwillige Bürgerbeteiligung**

In der freiwilligen Bürgerbeteiligung ist eine Vielzahl an Formen zu beobachten, die von der einfachen Bürgerversammlung über moderierte Veranstaltungen wie z.B. die Zukunftswerkstatt bis  
10 hin zu aufwendigen, mehrstufigen Beteiligungsprozessen reichen, wie sie insbesondere im Rahmen von Lokale Agenda 21, Stadtmarketing oder Leitbildprojekten angewandt wurden und werden.

Während bei der formellen Beteiligung eine sehr direkte Kommunikation zwischen dem Beteiligten und der Behörde stattfindet, die aber oft eher einer Einbahnstraße mit starkem Gefälle gleicht, ist  
15 die freiwillige Bürgerbeteiligung diskursiver, auf gleicher Augenhöhe ausgerichtet. Auch ist das Themenspektrum um einiges breiter. Dies reicht auf kommunaler Ebene von der mehr oder weniger unverbindlichen Beteiligung an den kommunalen Planungen (wie Haushaltsplan, Flächennutzungsplan, Bereichspläne z.B. für Bildung) bis hin zur echten Einbeziehung z.B. in die Ausgestaltung von Bauprojekten und Umweltschutzmaßnahmen.

20 Das Methodenspektrum ist in den vergangenen 30 Jahren explodiert: In der Zwischenzeit kann man von hunderten Verfahren in diesem prozeduralen Feld ausgehen. Das Sortiment reicht von offenen Verfahren (wie Bürgerversammlung, Einwohnerfragestunde, öffentlicher Auslegung von Plänen) über organisierte Dialoge (wie das Bilden und Einberufen von gemischten Arbeitsgruppen und Bürgerforen durch spezielle Verfahren wie Planungszelle und Zukunftskonferenz) bis hin zu  
25 entscheidungsnahen Formaten (wie Mediation, Bürgergutachten, Planning for Real).

Das Spiel mit den elektronischen Kommunikationsmedien gewinnt dabei eine immer größere Bedeutung. Damit sind nicht nur die vermehrten Möglichkeiten der per Internet verbundenen und einbezogenen Bürger gemeint (e-Partizipation), sondern generell die Offenheit, Medien einzusetzen, die es dem Bürger attraktiver und leichter erscheinen lassen, sich zu beteiligen (z.B.  
30 Bürgerjournalismus).

### **Direkte Demokratie**

Von allen Bereichen von mehr Beteiligung ist das der direkten Demokratie<sup>19</sup> am umstrittensten. Im erweiterten Sinne spricht man auch im Zusammenhang mit weiteren Formen der Bürgerbeteiligung  
35 wie Informations- und Akteneinsichtsrechten von direkter Demokratie. D.h. dass hier mit direkter Demokratie nicht die Staatsform, sondern die Beteiligungsform gemeint ist, im Sinne von

---

<sup>18</sup> Zu formellen Verfahren, die durch gesetzliche Grundlagen geregelt sind, werden insbesondere gezählt:  
- die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger in Ausschüssen; - Bürgeranträge und Petitionen;  
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheid; - Einbindung von Bürgerinnen und Bürger in Beiräte;  
- Bürgerbefragung; - Bürgerversammlung, Einwohnerfragestunden, Anhörungen und Erörterungen.

<sup>19</sup> Dazu: Hans Herbert von Arnim 2000: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung. Am Volk vorbei. Frankfurt, Wien. Bernd J. Hartmann 2005: Volksgesetzgebung und Grundrechte. Berlin. Hermann K. Heußner/Otmar Jung (Hrsg.) 1999: Mehr direkte Demokratie wagen. Volksbegehren und Volksentscheid. Geschichte Praxis, Vorschläge. München. IRI Europe 2005: Guidebook Direct Democracy. In: Switzerland and beyond. Bern. Theo Schiller/Volker Mittendorf (Hrsg.) 2002: Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven. Wiesbaden.

gesetzlich breit und umfassend geregelten Möglichkeiten der konkurrierenden Gesetzgebung, z.B. durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, aber auch die Direktwahl der Exekutive.

In den letzten Jahren hat sich unter dem Stichwort der „e-democracy“ eine Fülle von Möglichkeiten ergeben, wie durch Internet-, Handy- und Wireless-Technologie ein ganz neues Spektrum an Verfahren der unmittelbaren Mitsprache und Mitentscheidung erschlossen werden kann. Darum wird es immer wichtiger, zwischen realen und virtuellen Verfahren der direkten Demokratie zu unterscheiden:

### **Reale Verfahren der direkten Demokratie**

10 Hierbei wird zwischen aktivierenden (Initiative) und bremsenden (Referendum) Instrumenten der direkten Demokratie unterschieden. Während bei einem Referendum die Initiative von einem Staatsorgan ausgeht (sei es obligatorisch oder fakultativ), muss eine Volksinitiative durch das Sammeln von Unterschriften durch ein bestimmtes Quorum an Stimmberechtigten ausgelöst werden.

15

### **Virtuelle Verfahren der direkten Demokratie**

Unter Labels wie e-democracy, e-participation, e-voting oder genereller: liquid democracy werden vermehrt die Chancen für direkte Demokratie ausgelotet, die sich durch die neusten informationsvermittelnden und -verarbeitenden Techniken erschließen. Mit der Entwicklung von Online-Communities wurden, angestoßen durch Fragen zur Moderation und Meinungsfindung in Online-Foren, auch neue Modelle für Demokratie diskutiert: Der Wähler soll die Möglichkeit bekommen, fallweise zu entscheiden, wie weit er in ein Thema einsteigt, ob er direkt zu einem Thema abstimmt oder seine Stimme an einen Experten delegiert. Dabei wird angenommen, dass die Verwaltung derartiger Verfahren durch das Internet erleichtert oder überhaupt erst praktikabel wird.

Das Konzept der liquid democracy soll z.B. über die Delegation der Stimme ein flexibles Verfahren zur Entwicklung und Delegation von Empfehlungen durch Experten ermöglichen. Zum kollektiv verbindlichen Einsatz sind diese und anderen politische e-Innovationen aber noch nicht wirklich gekommen. Der Widerstand ist noch groß, neben den üblichen Argumenten gegen direkte Demokratie treten hier noch die der Technikskepsis.

### **E-Partizipation**

E-Partizipation<sup>20</sup> kann als Oberbegriff verstanden werden, mittels elektronischer Kommunikationsmedien (insbesondere internetgestützten) erschlossener Möglichkeiten, Bürger am politischen Meinungsbildungs- und Gesetzgebungsprozess beteiligen zu können. Unterschieden wird dabei insbesondere zwischen dem eigentlichen Abstimmen per Netz (e-voting) und dem breiteren Beteiligen und Kommunizieren zwischen Bürgern und Repräsentanten (e-democracy). Beispiele für E-Partizipationsangebote sind Mitsprachemöglichkeiten bei Bauvorhaben auf der Website einer

---

<sup>20</sup> Dazu u.a.: O. Märker/U. Rottbeck/M. Trénel/B. Morgenstern 2003: Erfolgsfaktoren der E-Partizipation - dargestellt an Beispielen aus der Praxis. In: H. Sinning/K. Selle/F. Pflüger (Hrsg.): Neue Medien und Bürgerorientierung. Anforderungen, Strategien und Praxisbeispiele. Gütersloh. S. 46-51. M. Trénel/H. Hagedorn/O. Märker 2004: Internetgestützte Bürgerbeteiligung bei kommunalen Konflikten. Das Esslinger Fallbeispiel. In: D. Beck/C. Best/R. Fisch/K.-H. Rother (Hrsg.): Partizipation und Landschaftsplanung im Kontext der Lokalen Agenda 21. Berlin. S. 137-157. Initiative eParticipation. Stiftung Mitarbeit 2007: E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet. Bonn.

Kommune, die Diskussion von Gesetzesvorhaben auf der Website eines Parlaments oder die Diskussionen über den Haushalt einer Kommune (Bürgerhaushalt). Das Spektrum an Techniken explodiert dabei geradezu. E-community-tools (wie Facebook, Twitter, Youtube, Whatsapp) bieten ein enormes Potenzial, die Jugend zu erreichen, und das Potenzial ist lange noch nicht ausgeschöpft. Theorien, wann welches dieser e-Tools wann wie viel Sinn macht, sind allerdings noch unterentwickelt.

## **V. Verbreitung: Wo und wieviel werden diese eingesetzt?**

Neben den Entstehungsmilieus und damit verbundenen Innovationsfeldern gibt es dazu meist eng verbundene Politik- und Handlungsfelder, in denen diese Beteiligungsformate insbesondere zum Einsatz kommen. Entwicklung (push) und Einsatz (pull) bedingen sich dabei wechselseitig. Wo sich bereits ein Spalt aufgetan hat, drängen recht schnell Entwickler und Berater mit weiteren Neuentwicklungen nach und versuchen diesen Markt zu öffnen. Zugleich geraten öffentliche Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung zunehmend unter Druck, wenn sich – wie bei Stadt- und Verkehrsplanungen – Beteiligungsgewohnheiten bereits gebildet haben. In manchen Kommunen ist bei bestimmten Themenfeldern schon eine Erwartungshaltung entstanden, die zu einer – wenn auch formell nicht kodifizierten, so doch – faktisch drängenden Partizipationspflicht führen. Hinzu kommt, dass es immer mehr Bereiche gibt, wo eine gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungspflicht besteht – etwa bei der Stadtplanung und Regionalentwicklung.<sup>21</sup>

Es folgt eine tabellarische Übersicht über die üblichsten Beteiligungsthemen/-felder:

<b>Anwendungsfeld</b>	<b>Beschreibung</b>
Stadtplanung und Regionalentwicklung	Während ursprünglich die Bereitstellung geeigneter Flächen für Wohn- und Gewerbenutzung im Vordergrund stand, beschäftigt sich die Stadtplanung heute auch mit anderen Aufgaben (Schrumpfende Stadt, Stadtumbau, Soziale Stadt und menschengerechte Stadt). Dafür sind jeweils neue Formen und Formate der Einbeziehung von Anwohnern, lokaler Wirtschaft, Vereinen usw. erforderlich.
Lokale Agenda 21	1992 von der UNO verabschiedetes Handlungsprogramm, das für Kommunen übernommen wurde. Über 2.600 deutsche Kommunen haben einen Gemeinderatsbeschluss zu einer eigenen lokalen Agenda 21 gefasst. Schritte in diesen Prozessen: Bestandsaufnahme, gemeinsame Zielfestlegung, Ableitung von Maßnahmen, regelmäßige Erfolgskontrolle.
Community Organizing/ Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit	Unter Anleitung von „Community Organizern“ sollen die Bewohner befähigt und bestärkt werden, sich aktiv für ihre eigenen Interessen einzusetzen und oftmals auch bestärkt werden, sich gegen die Interessen von Unternehmern oder mächtigen staatlichen Einrichtungen zu organisieren.
Mediation / Konfliktschlichtung	Die Verfahrensansätze, die unter dem Oberbegriff der Mediation (von lat. Vermittlung) zusammengefasst werden, bieten ein strukturiertes freiwilliges Vorgehen zur konstruktiven Beilegung oder gar Vermeidung eines Konfliktes. Die Konfliktparteien sollen darin mit Unterstützung einer dritten unparteiischen Person zu einer einvernehmlichen Vereinbarung gelangen, die ihren Bedürfnissen und Interessen entspricht. Dabei ist die Mediation ein Verfahren, keine Institution wie Schiedsgericht, Gütestelle, Schlichtungsstelle o.Ä.
Technikfolgenabschätzung	Die systematische Erforschung von partizipativen Verfahren hat besonders in der Technikfolgenabschätzung (engl. Technology Assessment, TA) Tradition. Die TA, die sich mit wissenschaftlichen Methoden eigentlich der Beobachtung und Analyse von Trends in Wissenschaft und Technik bzw. Technologie und den damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Entwicklungen (insbesondere der Abschätzung der Chancen und Risiken) beschäftigen soll, hat nämlich frühzeitig erkannt, dass insbesondere zur Risikoabschätzung, aber auch zur Akzeptanzbeurteilung, die Einbeziehung von Bürgern äußerst ratsam ist.

<sup>21</sup> Da auch hier noch keine systematische Meta-Studie gefunden wurde, weder zu den Anwendungsfeldern noch zu den Förderprogrammen und -instanzen, basiert diese Auflistung auf eigenen durch Forschung, Arbeit und Austausch (Tagungen, Workshops) gewonnenen Erfahrungen.

Infrastrukturgroßprojekte	Oft aus Erfahrungen der TA und Konfliktschichtung gespeist, um gesellschaftlich umstrittene Großprojekte umsetzen zu können; insbesondere seit den z.T. gewalttätigen Protesten gegen Flughafenerweiterungen (Frankfurt) und Bahnhofsumbauten (Stuttgart) ist in dieses Feld in den vergangenen Jahren viel Bewegung und Offenheit gekommen. Partizipation in solche Planungs- und Bauprozesse einzubinden, wird oftmals von den Bauherren selbst befürwortet, denn die Kosten einer durch Proteste stillgelegten Baustelle übersteigen schnell diejenigen der Beteiligung (so vorsorgend bei den Olympischen Sommerspielen in London).
---------------------------	---

Abbildung 6: Tabelle typischer Einsatzgebiete von Beteiligungsverfahren

Dies ist eine erste Auflistung; eine ausführlichere, auf systematischer Verbreitungserhebung basierende Übersicht der Einsatzfelder und Verbreitung von bestimmten Beteiligungsverfahren in bestimmten Politikfeldern, Regionen, Sektoren etc. ist anscheinend noch nicht durchgeführt worden. Zwischen 2000 und 2002 – also noch in einer Frühphase der Verbreitung von partizipativen OE-Methoden – insbesondere im öffentlichen Bereich – ist lediglich eine solche Trenderhebung von Susanne Weber im Rahmen ihrer Dissertation erfolgt durch das Anschreiben von betreffenden Moderatoren auf den Newslettern und Mailinglisten (Weber 2005). 164 Berater haben dabei zusammen über 1000 Verfahren für 2000-2002 – mit deutlich steigender Tendenz – angegeben. Da es sich dabei aber um eine erziehungswissenschaftliche Arbeit handelte, lag der Fokus auf Großgruppenverfahren (insbes. der systemischen OE), die damals noch selten auf politische Fragen angewandt wurden.

Eine weitere Leerstelle der Erforschung betrifft Kosten und Aufwand der einzelnen Formate in bestimmten Kontexten. Auch solch eine umfassende Preisliste, die nicht nur den finanziellen Aufwand, sondern auch den an Zeit, Personal, Materialien bis hin zu intangiblen Kosten einer Kulturveränderung innerhalb einer Verwaltung, wenn mit Bürgern auf Augenhöhe zusammengearbeitet wird, ist bislang noch nicht erstellt worden.<sup>22</sup>

## **VI. Einschätzung: Wie wirken diese? Wirkungskriterien**

Ähnlich wie bei den Systematisierungsansätzen ist eine einheitliche Evaluation von Partizipationsverfahren nicht etabliert. Bevor man also über deren Wirkung spricht, ist es erforderlich, sich einen Eindruck zu verschaffen, welche Qualitätskriterien für eine gute Beteiligung genannt werden und welche Ansätze und Methoden der Evaluation verfolgt werden. Auch hier handelt es sich um einen selektiven Einblick in die Fülle an Qualitätssicherungs- und Leistungsbewertungsansätzen. Die Stoßrichtung und das damit verbundene Selbstverständnis sind jedoch daraus schon ableitbar, sodass auch dieses Kapitel nach einem Einblick ein Resümee versucht. Vor der selektiven Übersicht zu Qualitätskriterien und Wirkungsmessungsansätzen anhand einiger exemplarischer Studien und Evaluationen, soll zunächst eine Einschätzung auf Basis einer systematischen Literaturrecherche erfolgen, um dann anschließend eine Einschätzung der Wirkungsforschung vorzunehmen.

<sup>22</sup> Sie ist vom Autor dieses Papiers vor 2 Jahren angegangen worden. Aufbauend auf 2 Workshops mit Kollegen des Procedere Verbundes, wurden die Aufwandsdimensionen entwickelt. Die darauf aufbauende Idee ist, in einer umfassenden Onlinebefragung Berater- und Moderatoren als auch auftragsgebende Verwaltungen einzuladen, Kosten und Nutzen gelaufener Beteiligungsprozesse dort einzutragen. So wären eine größere Preistransparenz, Planungssicherheit und Qualitätskontrolle bei Vergabe und Durchführung von Beteiligungsprozessen möglich.

## **Zum Anhang C: Systematische Literaturrecherche zur Wirkung von Beteiligungsverfahren**

Die systematische Literaturrecherche hat weniger treffgenau jene Publikationen ermitteln können, die die für den Engagementbericht relevante Frage nach einer Übersicht und der Wirkung von Beteiligungsverfahren betreffen, als eine vom Autor an Kollegen gerichtete Anfrage.

Diese größere Treffergenauigkeit einer Kollegen- und Expertenbefragung ist auch damit zu erklären, dass ein Großteil der Veröffentlichungen über Verfahren im außerwissenschaftlichen, also dem grauen Bereich von Gutachten, Handbüchern und Praxisleitfäden erfolgt. Auch sind die umfassendsten und etabliertesten Forschungen nicht im Bereich der klassischen Politikwissenschaft, sondern im Bereich der Planungswissenschaften, insbesondere der Stadtplanung, anzutreffen (z.B. am Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung von Prof. Klaus Selle an der RWTH Aachen).

Wie aus beigefügter systematischer Literaturrecherche weiter ersichtlich wird, gibt es zwar einzelne Studien, die sich mit der Herleitung von Wirkungskriterien beschäftigen, sei es im Sinne einer ideengeschichtlichen Verortung (Goldschmidt 2014) oder als Ergebnis einer Expertenbefragung (Netzwerk Bürgerbeteiligung 2012, Alcantara et al. 2014) – doch es gibt keine systematische Übersicht über verwendete Wirkungskriterien und auch keine Metastudie über die verfügbaren Evaluationsberichte. Zwar sind zu einzelnen, insbesondere von der öffentlichen Hand in Auftrag gegebenen Förderprogrammen im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung Evaluationsberichte erschienen, doch sind diese auf den konkreten Anwendungsfall und die dabei verwendeten Verfahren beschränkt. So lassen sich also zur Wirkung von Engagement/Beteiligung auf Kinder und Jugendliche (Reinders 2014, Weidner 2008), ältere Menschen (Braun und Bischof 1999), Migranten (Nagel 2011, Beck 2011), Freiwilligenagenturen und -dienste (Bovay und Tabin 1998, Braun und Baur 2000), Selbsthilfegruppen (Braun und Baur 2000, Engelhart 1996), Raumplanung (Hammer 2010) etc. einzelne Studien finden. Doch eine Metastudie, die diese Evaluationsansätze miteinander vergleicht und eine dem Partizipationsanliegen angemessene Evaluationsmethodik herleitet und an die Vorhandenen kritisch anlegt, ist bislang nicht vorhanden.

## **Wirkungs- und Qualitätskriterien**

30

### **DELIKAT 2014**

Im Fazit des bereits referierten Berichtes über die „Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess“ (DELIKAT) für das Umweltbundesamt fordern die Autoren folgende Qualitätskriterien, die sie mittels deliberativer Verfahren, unter Einbeziehung von Experten, selbst herausgearbeitet haben (Alcantara et al. 2014):

- Rechtzeitigkeit (Beteiligung sollte beginnen sobald ein relevanter Entscheidungsspielraum besteht)
- Angemessenheit/Kontextabhängigkeit (das passende Verfahren zum passenden Fall)
- Konsistenz (Verfahrenselemente müssen einer Logik folgen. Eine Auswahl der Teilnehmer durch Selbstselektion und eine Entscheidungsfindung durch Abstimmung widersprechen sich, da eine Abstimmung eine „repräsentative Zusammensetzung der Teilnehmer voraussetzt“ (Alcantara et al. 2014))
- Inklusion/Fairness/Empowerment (Inklusion der Betroffenen, fairer Umgang, aktives Ausgleichen von Ungleichheiten befördern die Legitimität des Verfahrens)

- Transparenz (über Ziele, Voraussetzungen und politisch-administrative Rahmenbedingungen)
- Öffentlichkeit herstellen (Transparenz nach außen: Prozess- und Ergebnistransparenz)
- Informationsbereitstellung (Daten, umfassend, gut zugänglich, leicht verständlich)
- Beachtung der Mikropolitik (anspruchsvolle Leitung ohne dominierende Verfahrensbegleiter)
- 5 • Flexibilität (Raum für ungeplante Entwicklung und flexible Reaktion)
- Teilnahmeanreize und Feedback (wichtigster Anreiz ist die Umsetzung, kleine materielle und immaterielle Anreize fördern Teilnahmebereitschaft)
- Sicherer Rahmen (Ausreichend Ressourcen und Planungssicherheit)

Wie die Autoren diese Kriterien hergeleitet haben und warum diese und nicht andere dann so stehen bleiben, bleibt unklar. Auch sind die Ausprägungen dieser Werte und die Bemessung dieser nicht einheitlich geregelt. So kann im Prinzip jeder seine eigenen Interpretationen anlegen. Um sich über eine umfassende Qualität eines Prozesses austauschen zu können, können diese aber durchaus als Leitbegriffe fungieren. Jedoch wäre das systematische Erörtern aller Dimensionen für die meisten politischen Auftraggeber schnell ermüdend.

15

### ***Wissenschaft im Dialog 2013***

Im Wissenschaftsjahr 2012 wurden in 15 deutschen Kommunen Projekte zur nachhaltigen Zukunftsgestaltung durchgeführt. Es handelte sich hierbei um vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programmes ZukunftsWerkStadt (ZWS) geförderte  
 20 Bürgerbeteiligungsprojekte, die durch den Einbezug von Akteuren aus Wissenschaft und Forschung gekennzeichnet waren. Die Projekte wurden von Wissenschaft im Dialog (WiD) begleitet und evaluiert. Die Erfolgsfaktoren wurden dabei in einem mehrstufigen Beteiligungsverfahren selbst ermittelt, welches die Austeilung von Kurzfragebögen an Verwaltungsmitarbeiter, die Befragung von Bürgern mittels standardisierter Fragebögen,  
 25 Telefoninterviews mit zentralen Akteuren der ZWS-Projekte und Datenauswertungen umfasste (Prozessdesign, s. Abb. 7).

Die umfassende Evaluation, die nach sozialwissenschaftlichen Standards durchgeführt wurde, kommt zu dem Schluss, „dass die Beteiligung von Bürgern für die Erreichung der Projektziele oftmals entscheidend war: Die Bürger lieferten projektrelevante Informationen, gaben inhaltliche  
 30 Rückmeldungen oder setzten Projektideen aktiv und eigenständig um. Das besondere Merkmal der Prozesse – der Einbezug von Wissenschaft – wurde in hohem Maße von Bürgern wie auch von kommunalen Verwaltungen wertgeschätzt“ (WiD 2013: 5).

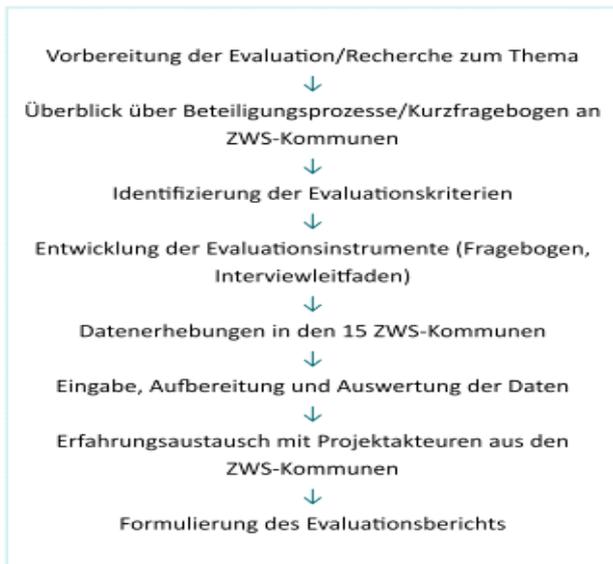


Abbildung 7: Prozessdesign der ZukunftswerkStadt (WiD 2013)

Es folgt eine Aufführung der von WiD identifizierten Erfolgsfaktoren (WiD 2013: 35f.):

5

### Grundhaltung und Rahmenbedingungen

- Ernstnehmen der Bürger und ihrer Anliegen sowie ein echtes Interesse an Beteiligung
- gleichberechtigte und offene Gesprächskultur
- Wertschätzung der Beiträge der Bürger seitens der Verwaltung und Wissenschaft
- 10 • für die Zielgruppen relevante, interessante Themen/Fragestellungen im Beteiligungsprozess
- Dialogbereitschaft der Verwaltungsmitarbeiter, auch bei kritischen Themen
- klare Zieldefinition für den Beteiligungsprozess und damit verbunden die Kommunikation der Rolle und Aufgaben der Bürger
- Trennung von Zielen: Sammeln von Ideen/Aufnahme von Wünschen der Bürger und konkrete
- 15 Umsetzung von Projekten
- Sicherstellung der Umsetzung der Ergebnisse bzw. Transparenz bezüglich der Umsetzungsmöglichkeiten durch die Verwaltung
- Offenheit, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit
- einfache und verständliche Sprache/gute Vermittlung und Übersetzung komplexer und fachlicher
- 20 Themen
- Offenheit im Prozess, um auf sich verändernde Rahmenbedingungen eingehen zu können
- Offenheit und Zusammenarbeit der Verwaltungsstellen, die für die Umsetzung maßgeblich sind
- Unterstützung des Beteiligungsprojektes durch Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landrat etc. / möglichst klares Verhältnis des Projektes zur politischen Ebene (Stadt-, Gemeinderat bzw.
- 25 Kreistag)
- finanzielle und zeitliche Ressourcen innerhalb der Verwaltung
- zeitlich ausreichende Planungs- und Vorbereitungsphase

### Einbezug von wissenschaftlichen Partnern und externen Dienstleistern

- 30 • Kooperation mit Wissenschaft, die fachliches Know-how/Kompetenz für den Beteiligungsprozess einbringt oder begleitende Forschung leistet
- intensive Vorbereitung des Beteiligungsprozesses sowie der einzelnen Veranstaltungen

gemeinsam mit beteiligungserfahrenen Experten und Wissenschaftlern

- ggf. Bildung einer Steuerungsgruppe, die verschiedene Perspektiven und Akteursgruppen (auch Bürger) abbildet

## 5 Ansprache und Zielgruppen

- gute, vielfältige Ansprache der Bürger (Printmedien, Internet, Radio, Fernsehen etc.); speziell auch direkte Ansprache der Bürger über persönlichen Kontakt oder individuelles Anschreiben
- Beteiligung nicht organisierter Einzelbürger
- auf regionaler Ebene ggf. Beteiligung von Institutionenvertretern (Vereine, Verbände, Initiativen etc.), um die unterschiedlichen Sichtweisen auf der teilweise sehr abstrakten regionalen Ebene einzubeziehen

## Öffentlichkeitsarbeit

- gute Öffentlichkeitsarbeit für die Ansprache der Bürger sowie für die Bedeutung des Beteiligungsprozesses, der durch Berichterstattung stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen und als wichtig eingeschätzt wird
- (verstärkte Nutzenkommunikation bei der Beteiligung von Unternehmen)

## Veranstaltungsformen und Moderation

- Wahl der Veranstaltungsorte, -tage und Uhrzeiten, passend zu den Zielgruppen
- dialogorientierte und offene Formate der Veranstaltungen
- passende Methoden und eine professionelle Moderation (insbesondere bei Dialogen zu kritischen oder komplexen Themen)
- auch Spaß und Gemeinschaftsleben während der Veranstaltungen ermöglichen
- für Präsenz der fachspezifischen Verwaltungsmitarbeiter und punktuell auch des Oberbürgermeisters, des Landrats, von Vertretern des Gemeinderats etc. auf Veranstaltungen und in Diskussionsrunden sorgen
- Möglichkeiten zur Vernetzung und zum Austausch zwischen den Beteiligten schaffen

Auch hier ist die Begründung, warum es diese und nicht andere Faktoren sind, pragmatisch aus der Nennung und Gewichtung durch die Teilnehmer entstanden. Die Nachvollziehbarkeit der Entstehung ist damit zwar gegeben, aber der (verfahrens)theoretische Unterbau fehlt.

## **Netzwerk Bürgerbeteiligung (2012)**

Im Netzwerk Bürgerbeteiligung hat sich vermutlich der überwiegende Teil der Berater und Entwickler, Moderatoren und auch Erforscher von Bürgerbeteiligungsprozessen zusammengefunden, um (u.a. unter der Koordination der Stiftung Mitarbeit) Strategien zur Qualitätssteigerung von Beteiligungsverfahren zu vereinbaren. Dazu gehörten auch die Bildung einer Arbeitsgruppe und eine Umfrage unter den Mitgliedern, welches die wichtigsten Qualitätskriterien von Bürgerbeteiligung sind (Netzwerk Bürgerbeteiligung 2012). Stand der Diskussion hinsichtlich der Erarbeitung der Qualitätskriterien sind folgende acht Kriterien, die zwar kurz erläutert, aber nicht weiter operationalisiert wurden:

- Grundhaltung der Akteure (Beteiligungsbereitschaft – Fairness – Wertschätzung)
- Ziele und Rahmensetzung (Offenheit – Klarheit – Professionalität – Ressourcenausstattung)
- Verbindlichkeit (Klarheit im Umgang mit den Ergebnissen – gemeinsame Verantwortung – Verlässlichkeit)

- Prozessgestaltung (reflektierte Methodenwahl – anerkannte Prozesskoordination – begleitende Öffentlichkeitsarbeit)
- Transparenz (verständlich aufbereitete, kontinuierliche, barrierefreie Information)
- Einbeziehung (fundierte Akteursanalyse – Einbeziehung schwer erreichbarer Gruppen – Chancengleichheit)
- Kollektive Intelligenz (gezielte Zusammenführung und Abstimmung von Fachwissen und Alltagswissen)
- Einbettung in die lokale politische Kultur (vielfältiges, abgestimmtes Angebot – Evaluation – Übertragbarkeit)

10

### **Planung neu Denken (2013)**

Das Magazin „Planung neu Denken“ (pnd|online II\_III|2013) veröffentlichte in seiner Ausgabe zu „Wirkungen der Mitwirkung“ eine umfangreiche Sammlung von Standpunkten zur Evaluation und Wirkung von Verfahren. Mit Beiträgen von (u.a.) Klaus Selle, Herbert Kubicek und Oliver Kuklinski zum Stand der Forschung über Bürgerbeteiligung und deren Evaluation sowie spezifischen Prozessen (Hulsbergviertel Bremen, Tunneldialog Schwäbisch Gmünd, „Essen Berliner Platz“, Beteiligungskultur in Tübingen) bietet das Magazin eine breite Übersicht über den Stand der Dinge in Deutschland. Außer dem Beitrag von Carolin Schröder handelt es sich jedoch überwiegend um aus der reflektierten Praxis von Stadtentwicklern und Planern abgeleitete Wirkungsparameter und deren Messweise. Dabei wird eine partizipative, begleitende Wirkungsmessung favorisiert, die bereits im Verlauf mit den Betroffenen und Geforderten den Prozess gemeinsam reflektiert, um noch in dessen Verlauf diesen Anpassungen vornehmen zu können.

### **Goldschmidt 2014**

In der kürzlich erschienenen Dissertation von Rüdiger Goldschmidt, der selbst über eine umfassende Felderfahrung insbesondere in partizipativen Mediationsprojekten verfügt, entwickelte dieser ein „integratives System“ aus sechs Metakriterien: Kompetenzentwicklung, Fairness, Legitimität, Transparenz, Effizienz und Effektivität, die er umfassend begründet und herleitet. Für Goldschmidt sind die bisherigen Kriteriensammlungen noch zu ungenau und zu unvollständig, was für Evaluierende zu Problemen führe, da sie aus der Fülle an „konkurrierenden Kriterienkatalogen fundierte Evaluationskriterien ableiten und Konzepte für die Datenerhebung festlegen müssen“ (Goldschmidt 2014: 19).

Er leitet diese Metakriterien aus einer ideengeschichtlichen Betrachtung der relevanten Beteiligungsansätze ab, indem er zwischen einem technokratischen und partizipativen Ansatz unterscheidet und daraus dann sechs Ansätze herleitet (Goldschmidt 2014: 33ff.).

<b>Ansatz</b>	<b>Ziel der Beteiligung ist es, ...*</b>	<b>Effektivitätsdimension</b>	<b>Aspekt Kriterium</b>
1. Funktionalistisch	die Entscheidungsqualität zu verbessern.	<b>Ergebnis:</b> (Fokus: Basis von Entscheidungen)	Urteilskräftige verwertbare Entscheidung (Effektivität und Kompetenzentwicklung)
2. Neo-liberalistisch	alle Werte und Präferenzen jeweilig zum Anteil an der betroffenen Population zu	<b>Ergebnis:</b> (Fokus: Struktur von Entscheidungsprozessen)	Effektivität, Ergebnisform: Aggregat (Transparenz über Präferenzen)

	repräsentieren.		
3. Deliberativ	über die Wahrheit, normative Gültigkeit und Wahrhaftigkeit von Kriterien zu debattieren (auf Basis der Repräsentation von Argumenten).		Effektivität, Ergebnisform: Diskursergebnis (Konsens möglich)
4. Anthropologisch	menschliche Vernunft als Letztinstanz bei Disputen einzusetzen (Jury Modell).		Kollektiv vernünftige Lösungen (Effektivität [Entwicklung der Vernunft] und Fairness [desinteressierte Laien])
5. Emanzipatorisch	die Positionen bisher wenig privilegierter Gruppen und Individuen im Entscheidungsprozess zu stärken.	<b>Wirkung</b>	Effektivität (Wirkung) Gesellschaftsveränderung
6. Postmodernistisch	die Veränderlichkeit, Pluralität und die Legitimität des Dissenses aufzuzeigen.	<b>Wirkung und Ergebnis</b>	Effektivität (Wirkung) Gesellschaftsveränderung

Abbildung 8: Übersicht über sechs grundlegende Ansätze zur Beteiligung (Goldschmidt 2014: 48)

Daraus leitet er – unter Einbezug von demokratietheoretischen Modellen – dann letztlich ein komplexes Ordnungsraster ab, in dem sich seine sechs Metakriterien als Oberbegriffe abheben und welches sowohl eine horizontale Verlaufsdimension beinhaltet als auch vertikal zwischen „Inclusion“ und „Closure“ die Spannung zwischen dem Öffnen und Schließen von Beteiligung berücksichtigt.

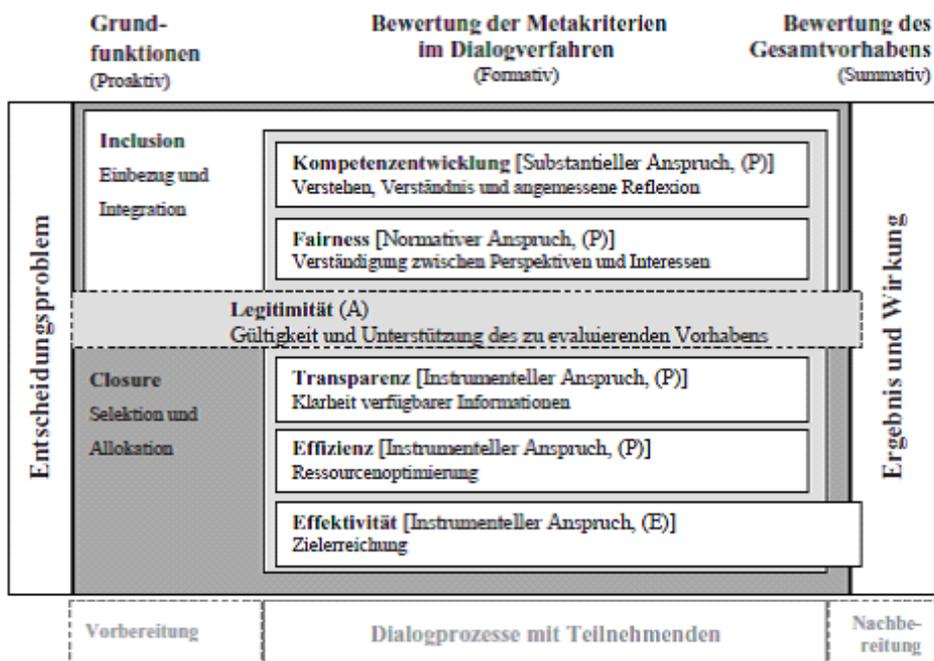


Abbildung 9: Übersichtsschema zu den Dimensionen und Metakriterien des Kriteriensystems (Goldschmidt 2014: 88)

## Geißel 2008

Neben den insbesondere aus qualitativen Befragungen und deliberativen Workshops hergeleiteten empirischen Wirkungskategorien gibt es auch eine Fülle an Versuchen, einen theorieorientierten Analyserahmen herzuleiten. Brigitte Geißel unternimmt dies, indem sie nach Betrachtung diverser Ansätze, wie denen von Renn et al. (1995) (Fairness und Kompetenz), Holtkamp et al. (2006) (Effizienz, Effektivität und Legitimität), Rowe et al. (2004: 93) (acceptance criteria und process criteria) wie auch aus einem Report der OECD (2005) (Effektivität, Partizipationsförderung und die Bildung von Sozialkapital), feststellt:

10 *„Mit diesen Kriterien sind jedoch drei zentrale Probleme verbunden: Entweder sie bleiben erstens auf einem hohen Abstraktionsniveau, sind nur bedingt operationalisiert und werden dementsprechend selten für empirische Forschung genutzt. Oder sie sind zweitens anwendungsorientiert und wirken in der Zusammenstellung eher zufällig und theoretisch wenig überzeugend. Drittens werden bei den Kriterien manchmal Voraussetzungen für Erfolg und Kriterien zur Messung des Erfolgs vermischt“ (Geißel 2008: 232f.).*

15 Daher fordert Geißel als Eckpunkte für ein Kategoriensystem:

*„Es erscheint somit wichtig, einen Analyserahmen mit Kriterien zu entwickeln, die sowohl logisch nachvollziehbar, theoretisch überzeugend und operationalisierbar als auch strikt auf die Erfolgsmessung zu beziehen sind“ (Geißel 2014: 233).*

Aus diesen Überlegungen heraus entwickelt sie dann vier zentrale Kriterien für die Beurteilung des Erfolgs von Bürgerbeteiligung:

- 20
- Legitimität
  - Effektivität
  - demokratische Qualifizierung der Bürger
  - Sozialkapital.
- 25 Diese versteht sie als komplexe Oberbegriffe: „Alle anderen [...] Dimensionen lassen sich auf diese Kriterien zurückführen“ (Geißel 2008: 233) und sie ordnet sie drei zentralen Innovationsfeldern zu:
- Elemente direkter Demokratie: Konkurrierende Gesetzgebung und Direktwahl der Exekutive
  - Co-Governance: Bürger wirken mit an Entscheidungsprozessen der „collaborative governance“
- 30 • Deliberative Verfahren: in Gruppen aber ohne Entscheidungsfindung,  
um diese dann in Hypothesen in einem systematischen Wirkungsgefüge zu differenzieren:

Tabelle 1: Hypothesen zum Erfolg demokratischer Innovationen

Evaluationskriterien	Elemente direkter Demokratie	Co-Governance	Deliberation
<i>Legitimität</i>			
Legitimitätsüberzeugung	++	++	+
Input-Legitimität	+	+	+
Throughput-Legitimität	++	++	++
Deliberative Qualität	+	+	++
<i>Effektivität</i>			
Problemlösung	++	+	+
Einfluss auf Debatten	++	++	0
Einfluss auf Policys	++	++	0
Entscheidungsgeschwindigkeit	++	-	-
<i>Qualifizierung der Bürger</i>			
Zuwachs an Wissen, Partizipation usw.	++	++	++
Verbesserung demokratischer Einstellungen und Fertigkeiten	0	++	++
<i>Sozialkapital</i>			
Bonding-Sozialkapital	0	++	++
Bridging-Sozialkapital	0	++	++

Quelle: Eigene Zusammenstellung; ++ = starke positive Auswirkungen; + = moderate positive Auswirkungen; 0 = keine Auswirkungen; - = negative Auswirkungen.

Abbildung 10: Hypothesen zum Erfolg demokratischer Innovationen (Geißel 2008: 237)

Unter Auswertung folgender Studien nimmt Geißel dann eine empirische Überprüfung dieser 5 Wirkungszusammenhangshypothesen vor:

Autor/Jahr	Thema	Innovation	Evaluiertes Kriterium	Resultat
Benz/Stutzer 2002	Political voice and knowledge	Direkt-demokratie	Wissen	Bürger sind besser informiert, wenn mehr Mitspracheoptionen
Freitag/Vatter 2000	Fiscal politics and direct democracy	Direkt-demokratie	Effektivität	Erfolgreiche Problemlösung, z.B. geringe Schulden
Bühlmann 2007	Direkte Demokratie und politischen Unterstützung	Direkt-demokratie	Legitimitätsüberzeugung	Verbessert
Fung/Wright 2001	Participatory governance	Co-Governance	Problemlösung, Qualifizierung, Sozialkapital	Lokale Problemlösung, Qualifizierung, Bridging-Sozialkapital
Baiocchi 2001	Participatory budgeting in Porto Alegre	Co-Governance	Effektivität, Throughput-Legitimität, Qualität der Deliberation, Qualifizierung	Sehr effektiv im lokalen Kontext, Qualifizierung
Geissel/Kern 2000	Local resource management	Co-Governance	Effektivität: Problemlösung, Sozialkapital	Gemischte Ergebnisse
Luskin/Fishkin 2003	Deliberation and better citizen	Deliberation	Qualifizierung, z.B. politisches Interesse, Respekt, Empathie	Qualifizierung
Goodin/Dryzek 2006	Macro-political impacts of deliberative mini-publics	Deliberation	Effektivität, Deliberation, etc.	Geringe Effektivität, hohe deliberative Qualität
Guston 1999	Consensus conference	Deliberation	Effektivität, Qualifizierung, v.a. Wissen	Effektivität gemischt, Wissen und einige andere Fertigkeiten verbessert

Abbildung 11: Auswertungsbeispiele (Geißel 2008: 239)

Schließlich gelangt Geißel zur Resultatematrix der exemplarischen Metaanalyse:

<i>Evaluationskriterien</i>	<i>Elemente direkter Demokratie</i>	<i>Co-Governance</i>	<i>Deliberation</i>
<i>Legitimität</i>			
Legitimitätsüberzeugung	+	+	
Input-Legitimität	*	*	*
Throughput-Legitimität	+	+	+
Deliberative Qualität	*	*	++
<i>Effektivität</i>			
Problemlösung	+	+	
Einfluss auf Debatten	+	*	
Einfluss auf Policys	+	*	
Entscheidungsgeschwindigkeit	+	-	-
<i>Qualifizierung der Bürger</i>			
Zuwachs an Wissen, Partizipation usw.	+	++	++
Verbesserung demokratischer Einstellungen und Fertigkeiten	0	+	+
<i>Sozialkapital</i>			
Bonding-Sozialkapital	0	+	+
Bridging-Sozialkapital	0	*	*

++ = starke positive Auswirkungen, + = moderate positive Auswirkungen, 0 = keine Auswirkungen, - = negative Auswirkungen, \* = Auswirkungen nicht eindeutig bzw. abhängig von verschiedenen Faktoren; „leeres Feld“ = aufgrund mangelnder Einbindung in Entscheidungsprozesse sind entsprechende Aussagen wenig sinnvoll.

Abbildung 12: Resultate der exemplarischen Metaanalyse (Geißel 2008: 243)

Deutlich wird dabei, dass die zurate gezogene Forschung noch einige weiße Flecken aufweist, insbesondere bei der in dieser Übersicht im Fokus stehenden informellen Beteiligungsverfahren, die sich am ehesten dem Partizipationszweig der Deliberation zuordnen lassen.

Zwar lassen sich die positiven Effekte von Beteiligungsverfahren auf die grundsätzlichen Erwartungsbedürfnisse bestätigen, doch:

10 „Diese positiven Effekte sind jedoch nur bedingt generalisierbar. Demokratische Innovationen bieten für Bürgerinnen und Bürger zwar eindeutig Anreize zur politischen und demokratischen Qualifizierung. Allerdings ist das Qualifizierungspotenzial abhängig vom Thema, vom sozioökonomischen Status und der Bildung der Beteiligten sowie vom Design des Verfahrens“ (Geißel 2008: 243).

15 Dies liegt auch daran, dass diese drei Partizipationsstränge bislang noch wenig miteinander verwoben werden<sup>23</sup>:

20 „Die Hoffnungen, die mit demokratischen Innovationen verbunden sind, lassen sich nur dann verwirklichen, wenn die verschiedenen Innovationen verknüpft werden. Denn alle demokratischen Innovationen sind mit spezifischen Stärken und Schwächen behaftet, d.h. die Forcierung lediglich einer Innovation würde auch immer zu Nachteilen führen. Nur eine sinnvolle Verknüpfung wird die Stärken der jeweiligen Innovationen lancieren und die Schwächen ausgleichen“ (Geißel 2008: 245).

Und welches ist der Nutzen, den solch eine demokratiethoretisch hergeleitete Kategorisierung für den Einsatz und Umgang mit spezifischen Beteiligungsverfahren bringt? Diesen schränkt Frau Geißel zu Beginn ihrer Untersuchung bewusst ein:

25 „Dabei sollten mögliche Erfolgsvoraussetzungen zunächst ausgeklammert werden. Denn die Ermittlung der Erfolgsvoraussetzung wäre die Aufgabe einer späteren Analyse – nachdem die Kriterien zur Messung des Erfolgs definiert wurden“ (Geißel 2008: 233).

<sup>23</sup> Zu vergleichbaren Aussagen ist der Autor in einem Bürgergutachten zum Bürger der Bürgergesellschaft im Jahre 1998 gekommen. Basierend auf einem Bürgergutachten, welches von 100 per Zufall ausgesuchten Bürgern in Anlehnung an das Verfahren Planungszelle erstellt wurde, forderten diese Laiengutachter ebenfalls eine Kopplung von vorbereitenden konsultativen Beteiligungsprozessen, die dann mittels direktdemokratischen Abstimmungen ihre Legitimation erhalten (Fuhrmann 1998).

Diese Einschränkung macht deutlich, dass es sich hier in erster Linie um ein Analysetool der wissenschaftlichen Betrachtung, weniger um ein Synthesetool für die praktische Unterstützung von Prozessgestaltern handelt.

## 5 Zwischenfazit zu Wirkungsstudien und Evaluationsstandards

Die meisten der oben angeführten Arbeiten über Qualitätskriterien und -messungen weisen ähnliche Kategorien aus, doch wie bei den Systematisierungsansätzen bereits angemerkt, existiert auch bei der Evaluation von Partizipationsverfahren keine einheitliche Linie. Die es auch hier bestehende Vielzahl an Ansätzen sorgt für Konfusion. Hinsichtlich des Evaluationszeitpunktes (ex-ante, ongoing, ex-post) und der Evaluationsreichweite (Sedlacek 2004: 12f), aber auch der Bestimmung der Evaluierungsebenen (Altrock 2007: 32ff.) und der Kriterien zur Bestimmung des Evaluierungshintergrundes weichen die Positionen in der Literatur – vermutlich hauptsächlich aufgrund unterschiedlicher Erfahrungshorizonte – erheblich voneinander ab. Eine Meta-Evaluation, die die relevanten Evaluationskriterien zu Beteiligungsverfahren zusammenfasst, ist scheinbar aus diesem Grund noch nicht zustande gekommen.

Versuche einer Evaluation und Wirkungsmessung von Beteiligung wurden entweder empirisch und analytisch (Alcantara et al., Wissenschaft im Dialog), durch Expertenbefragung (Netzwerk Bürgerbeteiligung, PnD) oder mittels einer systematischen, theoriebasierten Herleitung (Goldschmidt, Fuhrmann) angestellt.

Wie Schröder (in pnd 2013: 1|9) anmerkt, findet die Mehrzahl bisheriger Evaluationen unmittelbar im Anschluss an eine Durchführung von Beteiligungsverfahren statt, wobei es interessant wäre, auch einmal die längerfristigen Folgen unter die Lupe zu nehmen. Der Trend geht jedoch dahin, bereits während des Prozesses zu evaluieren. Zudem sind Einzelfallanalysen mit Ad hoc-Empfehlungen (Rowe/Frewer 2000: 10) für einzelne Methoden und Verfahren beliebte Instrumente der Evaluationstechnik.

Da bisher üblicherweise die kommunalen Gebietskörperschaften mit ihrem Fokus auf die Verwaltungs- oder politische Perspektive Beteiligungsevaluationen durchführen (Altrock 2007: 29), kommen insbesondere den Aspekt partizipativen Gedankenguts (Stichworte: Empowerment/stakeholder-based evaluation) in den Vordergrund stellende Evaluationen in der Praxis häufig viel zu kurz.

Ein „nicht untypisches Beispiel für eine Ex Post Evaluation eines Beteiligungsverfahrens“ (Schröder 2013: 2|9) umfasst eine Übersicht über die Methode, eine Ergebniszusammenfassung und ggf. eine Schilderung der Rahmenbedingungen. Die tatsächliche Wirkungsbewertung wird „in der Erfassung der Zahl der (aktiven und passiven) Teilnehmer\_innen, der Zahl der entwickelten Vorschläge und der Struktur der Teilnehmer\_innen nach Alter und Geschlecht“ vorgenommen (Schröder 2013: 2|9) und mit Umfragen vertieft, woraus dann letztendlich die Schlussfolgerungen gezogen werden. Diesen von ihr als wirkungsbeschreibend eingestuften Evaluationen stellt Schröder den Wert von veritablen Wirkungsanalysen gegenüber. Damit könnte erreicht werden, dass Evaluationen dazu beitragen, „öffentliche Politik (im Sinn von policy) zu verbessern“ (Schröder 2013: 2f.|9):

- in der Politikformulierung (Ausloten von Handlungsbedarf),
- der Vollzugsverbesserung (etwa frühzeitiges Erkennen von Veränderungsbedarf, Nachvollziehbarkeit von Wirkungen, Einschätzen der Beiträge unterschiedlicher Akteure),
- der Rechenschaftsablegung (u.a. Effektivität von Mitteleinsätzen) und
- der Entscheidungsfindung (etwa Erhöhung der Entscheidungsrationalität) (Weith 2007: 17).

Hiermit rückt gleichzeitig das politische System als das relevante Spielfeld der Beteiligungsverfahren und -techniken in den Mittelpunkt. Erste Ergebnisse in diese Richtung liefern Forschungsansätze, in denen untersucht wird, auf welche Demokratiekonzepte sich Beteiligungsformate beziehen. Im Fokus des oben bereits dargestellten Forschungsprojektes DELIKAT steht etwa die Frage, welche Ansätze „wann, unter welchen Umständen und für wen geeignet sind (Kontextabhängigkeit und Systemeinbindung)“ (Schröder 2013: 4|9). Neben dieser systemischen Perspektive unter entsprechender Beachtung der Konsequenzen für die lokalen politischen Akteure bzw. die Bürgerschaft (siehe Geißel 2008: 232) kommen dabei auch strukturelle und partizipationstheoretische Überlegungen zum Tragen. Der Ansatz einer solchen als prozedural zu bezeichnenden Wirkungsbeurteilung trägt in sich die Chance, die Differenz zwischen theorieorientierten (Geißel 2008: 232) und praktisch ausgerichteten (Rowe/Frewer: 2001) Bezugsrahmen zu überwinden.

**Wirkungsbeurteilung aus dem Demokratieverständnis heraus**

So wie Geißel (2008), Gohl (2010) und Alcantara et al. (2012) leitet auch Goldschmidt seine Kriterien aus einer Differenzierung der unterschiedlichen Demokratieverständnisse und damit verbundenen Partizipationsanforderungen und -erwartungen ab. Wie man mit Beteiligung verfährt, hängt letzten Endes also davon ab, was für ein Demokratieverständnis man hat, wie man folgender Grafik zu den demokratietheoretischen Grundtypen (Gohl 2010: 44 – 46; ähnlich Nohlen 2001: 51) entnehmen kann:

Abbildung 1: Zwecke und Formen der Demokratie

Theorie	Makroebene der Demokratie	
	Wozu Demokratie? – Zweck	Wie Demokratie? – Formen
<b>Pluralistische Demokratietheorie</b>	Entscheidung und Bestimmung des Gemeinwohls in einer pluralistischen, in Interessengruppen organisierten Gesellschaft	Subsidiäres institutionell-prozedurales Arrangement verschiedener Arenen, in dem plurale Interessengruppen in einem fairen politischen Wettbewerb stehen
<b>Partizipative Demokratietheorie</b>	Demokratie als gesellschaftlicher Ausdruck selbstbestimmten menschlichen Lebens ist ein Selbstzweck	Umfassende, inklusive Vielfalt von sozialer Teilhabe und politischer Teilnahme von Bürgern in allen gesellschaftlichen Bereichen: Bürgerengagement, Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie
<b>Komplexe Demokratietheorie (nach Scharpf)</b>	Erfolgreiche und kontrollierte staatliche Herrschaft durch das Volk und für das Volk	Komplexes Arrangement effektiver demokratischer Regierung mit einem „dosierten Mehr an politischer Beteiligung“
<b>Deliberative Demokratietheorie</b>	Legitimierung von Regierung und Rechtsetzung durch inklusive und kritische Diskussion	Umfassende und komplex verflochtene Arenen der diskursiven Meinungs- und Willensbildung mit Beteiligungsmöglichkeiten für alle Bürger
<b>Pragmatistische Demokratietheorie (nach Dewey)</b>	Bürger lösen ihre interdependenten öffentlichen Probleme in Selbstbestimmung und experimenteller Kooperation	Gemeinschaftlich erfahrbare, inklusive soziale und politische Praxis kooperativen bis konfliktiven, experimentellen Problemlösungshandelns aller Bürger

Abbildung 13: Zwecke und Formen der Demokratie (Gohl 2010: 44)

Die Anzahl der Demokratie-Denkschulen mag bei diesen und anderen Autoren variieren, doch letztlich lassen sie sich auf drei idealtypische Grundargumentationsweisen reduzieren, warum ein Mehr an Beteiligung erforderlich (funktionalistisch), sinnvoll (normativ), selbstverständlich (emphatisch) ist. Sie können dabei auch als Antworten auf drei unterschiedliche Krisendiskurse verstanden werden, hinter denen eine grundsätzlich unterschiedliche Erwartungshaltung nicht nur gegenüber Demokratie und Partizipation, sondern letztlich auch Staat und Politik steckt.

## Grundtypen der Beteiligungsforderung

Seit den 1970er Jahren ist zunehmend von einer Krise herkömmlicher, moderner Politik die Rede: Politik gelingt nicht mehr, wie sie soll. Die Ursache für das Versagen insbesondere der Instrumente nationalstaatlicher Politik liegt in der rapide angestiegenen Problemkomplexität: Die Kluft  
5 vergrößert sich zwischen den Ansprüchen der Menschen und den Möglichkeiten wohlfahrtsstaatlicher Politik, diese zu befriedigen. Durch die zunehmende Technisierung nehmen dazu die Umweltrisiken immer weiter zu und durch die zunehmende Individualisierung steigen die Umfeldkomplexitäten. Demgegenüber sind die Komplexitätsbearbeitungsfähigkeiten bisheriger Problemlösungsverfahren und -strukturen stark unterentwickelt. Die Politikkrise offenbart sich  
10 dabei auf drei Ebenen:

- **Steuerungskrise:** Politik im Sinne von Steuerung funktioniert immer weniger.
- **Nachhaltigkeitskrise:** Politik erfüllt bestimmte qualitative Standards immer weniger.
- **Selbstbestimmungskrise:** Politik als Selbstbestimmung im und durch den öffentlichen Raum ist noch nicht ausreichend verwirklicht.

15 Dahinter verbergen sich drei Erwartungen an Politik und damit sozialwissenschaftliche Diskursstränge:

### ***Funktionales Versagen: Steuerungsdebatte, Modern Governance***

Der Fokus liegt hierbei auf den pragmatischen Anforderungen an Politik im Sinne von: „Es wird  
20 regiert“. Im Zentrum dieses Politikverständnisses steht die Funktion der Strukturhaltung und -anpassung im Sinne der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung: Hauptsache es wird regiert, Hauptsache die notwendigen Entscheidungen werden getroffen und umgesetzt. Akzeptanz und Legitimität, aber auch Effizienz und Nachhaltigkeit, sind letztlich solange zweitrangig, wie das System funktioniert. Steuerungseffektivität ist der zentrale Begriff. Regiert wird dabei mittels  
25 Treffen und Umsetzen von kollektiv verbindlichen Entscheidungen. Da dies durch herkömmliche staatliche Verfahren immer schlechter gelingt, wird aus strukturfunktionalen Gründen nach alternativen, komplexitätsstärkeren Verfahren bzw. Multi-stakeholder und -level-Institutionen gesucht. Diese ermöglichen dann ein effektiveres Regieren. Der Trend geht dabei (hinsichtlich politischer Erwünschtheit wie der Umsetzung) eindeutig zu dezentraleren und partizipativeren Vorgehens-  
30 und Koordinationsweisen.

### ***Normatives Scheitern: Nachhaltige Entwicklung, Sustainable Governance***

Bei diesem Reformdiskurs ist die Pragmatik normativ erweitert um Gerechtigkeitsanforderungen an die Politik: Wie können Vernunft im Generellen und Gerechtigkeit gegenüber nachfolgenden  
35 Generationen im Besonderen in die Entscheidung Einzug erhalten? Denn selbst wenn Politik im Sinne von Steuerung gelänge, so ist damit noch nicht garantiert, dass die Ergebnisse auch nachhaltig in einem umfassenden Sinne (zumindest dreidimensional: ökologisch, sozial und ökonomisch vernünftig) sind. Es geht letztlich um eine ganzheitliche Gestaltung des gesellschaftlichen Gesamtsystems in einem räumlichen und zeitlichen Sinne: Eine politische  
40 Maßnahme ist dann nachhaltig, wenn sie nicht nur für einen selbst, sondern idealiter für alle Menschen, und das nicht nur heute, sondern auch in 10, 50, 100 ... Jahren noch gut ist. Wie kann also inter- und intra-generationale Verantwortung institutionalisiert werden?

Auch hier schneiden die herkömmlichen Politikprozeduren schlecht ab: Von neuen, die Zukunft und Randgruppen einbeziehenden Verfahren und Institutionen erhofft man sich eine

zukunftsfähigere Gesellschaftsgestaltung. Auch aus dieser Argumentationsrichtung wird darum massiv eine weitere Beteiligung der Betroffenen in Entscheidungs- und Planungsprozessen gefordert.

## 5 **Emphatisches Defizit: Bürgergesellschaft und Demokratietheorie**

- Aus diesem Verständnis heraus, müssen sich stärker partizipative Verfahren erst gar nicht zweckfunktional rechtfertigen. Unabhängig davon, ob dadurch eine effektivere und nachhaltigere Politik gelänge, stellt Selbstbestimmung in und durch den öffentlichen Raum einen ethischen Selbstzweck dar. Das emphatisch aufgeladene Menschenbild des Zoon Politikon, das gutes Leben nur in und durch Politik gewährt sieht, fordert Partizipation als Bedingung für gutes Leben. Jeder Mensch hat hiernach von Natur, Schöpfung oder Gesellschaftsvertrag her ein unabweisbares Anrecht auf Mitsprache und Selbstbestimmung. Es liegt diesem seit der klassischen Antike und insbesondere seit der Aufklärung im Westen dominanten Menschen- und Politikverständnis also ein wert-funktionales Argument zugrunde. Partizipation muss sich nicht rechtfertigen, sie steht jedem Menschen zu, damit er ganzer Mensch, d.h. mündiger Vollbürger sein kann. Damit sind partizipative Verfahren per se gut, und Legitimation wird nur durch demokratische Prozeduren erlangt. Insbesondere durch die Bürgergesellschaftsmode seit 1989 wird eine weitere Demokratisierung gefordert, die weit über das gegenwärtige Maß an repräsentativer, indirekter Demokratie hinausreicht.
- Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese drei dominanten politikwissenschaftlichen Diskurse gegenwärtig darin übereinkommen, dass effektive, nachhaltige und legitime Problemlösung prinzipiell nur noch unzureichend top-down, zentralistisch, bürokratisch und nationalstaatlich gelingt. Das heißt, dass dagegen partizipative, subsidiäre und dezentrale Verfahren und nichtstaatliche, in sich selbst organisierenden Netzwerken agierende Akteure wichtiger werden (müssen).

Die unterschiedlichen Erwartungslogiken, die sich an Politik richten, lassen sich idealtypisch diesen drei Argumentationssträngen folgendermaßen zuordnen:

	<b>Steuerung / Governance</b>	<b>Nachhaltige Entwicklung / Gerechtigkeit</b>	<b>Demokratie / Bürgergesellschaft</b>
<b>Normativitätsgrad der Politikerwartungen</b>	funktionabel, pragmatisch: Hauptsache es wird regiert: Recht und Ordnung, reichen	substantiell, normativ: es soll regiert, aber zusätzlich müssen bestimmte Werteerwartungen erfüllt werden	kategorische, emphatisch: emanzipatorisches Menschenbild; Selbstbestimmung als Menschen- und Bürgerrecht
<b>Recht auf ...</b>	Stabilität und Berechenbarkeit, Recht und Ordnung: Regiert werden	Nachhaltigkeit (soziale wie inter-generationale) und Gerechtigkeit	Selbstverwirklichung und Anerkennung
<b>Steigerungstreppe des Anspruchs</b>	negatives Staatsbild: Staat soll Chaos und Bedrohungen abwehren	positives Staatsbild: Staat soll Werte verwirklichen, zur Geltung verhelfen	emphatisches Staatsbild: Staat soll Raum zum Verwirklichen mir sichern, ja geben
<b>Partizipationslogik</b>	nolens-volens: weil es anders nicht mehr geht	bedingt begründet: weil es so besser geht	unbedingt begründet: weil es ein Selbstwert ist
<b>Legitimation durch:</b>	Effektivität (Effizienz erst zweitrangig)	Gerechtigkeit	Freiheit

## **VII. Ausblick: Was können wir daraus lernen?**

### ***Engagement- und Beteiligungspolitik erfordert proaktive Demokratiep politik***

5 Nach Artikel 20 des Grundgesetzes geht alle Gewalt vom Volke aus, bei der die Parteien nicht die alleinigen Akteure sind, die die Mitwirkung der Menschen in Deutschland am politischen Meinungs- und Gesetzgebungsprozess unterstützen. Bislang ist die Logik des Organisierens dieser Mitwirkungsbrücken meist von oben herab gedacht worden. Die in der Logik einer repräsentativen Demokratie in Kauf genommene, ja bewusst gewollte Kluft zwischen den formal-legitimierten und  
10 strukturierten Gesetzgebungsprozessen zum Treffen kollektiv verbindlicher Entscheidungen und des kontrollierten Einsatzes des Gewaltmonopols trennte diese vom gesellschaftlichen, breit und offen ausgetragenen Meinungs- und Willensbildungsdiskurs. Bürgerbeteiligung wurde aus diesem obrigkeitsstaatlichen Denken heraus wie das Herunterlassen einer Zugbrücke verstanden, indem in einem sehr kontrollierten und beschränkten Maße z.B. nur alle vier Jahre zur Wahl die  
15 Einflussnahme auf das politisch-administrative System selektiv gestattet wird. Die insbesondere im Zusammenhang mit den Neuen Sozialen Bewegungen aufgekommene Popularisierung von Engagement- und Beteiligungspolitik kann darum auch verstanden werden als ein selbstbewusstes Einfordern des eigentlichen Souveräns, nämlich der deutschen Zivil- und Bürgergesellschaft, selbst mehr Brücken der politischen Mitsprache und Einflussnahme bauen und bestimmen zu  
20 dürfen. Dies erfordert eine ganzheitliche, die Politik als einen die gesamte Gesellschaft umfassenden, kollektiven Problembearbeitungsprozess verstehende strategisch ausgerichtete, nachhaltige Demokratiep politik.

Ähnlich dem bei erfolgreichen Unternehmen genutzten Konzept der Lernenden Organisation, versteht sich solch eine prozedurale Demokratiep politik in erster Linie als ein die Gesellschaft mit  
25 einbeziehenden Reflexionsmodus über die eingesetzten Prozesse und Strukturen; und zwar mit dem Ziel, diese stetig so weiterzuentwickeln und anzupassen, dass die Verzahnung von gesellschaftlicher Meinungsbildung und staatlicher Gesetzgebung im Sinne einer Koproduktion von Gemeinwohl möglichst alle gesellschaftlichen Akteure und Sektoren sinnvoll mit einbezieht. Von der Existenz solch einer strategischen Demokratiep politik, bei der Engagement und Beteiligung  
30 Unterzweige darstellen, kann, wenn überhaupt, nur auf kommunaler Ebene in einigen wenigen Kommunen (z.B. Heidelberg, Mannheim, Leipzig) die Rede sein. Insbesondere auf Bundesebene ist von einer solchen proaktiven Demokratiep politik bislang nur wenig wahrzunehmen. Doch gerade die in diesem Beitrag herausgearbeitete Vielzahl und Fülle an Beteiligungsformaten macht solch eine handwerklich fundierte Demokratiep politik erforderlich, aber auch erst möglich.

35 Erforderlich, denn das Schließen der Repräsentationskluft wird, wie Studien zeigen, von immer mehr Bürgern gefordert. Aber auch die globalen Herausforderungen machen ein immer engeres und stärker abgestimmtes Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis in deren Randzonen notwendig. Das Orchestrieren einer nachhaltigen Gemeinwohlproduktion wird darum zur Schlüsselaufgabe einer postmodernen Gesellschaft. Doch wer kann diese Rolle des  
40 Arrangeurs und Dirigenten einer umfassenden gesellschaftlichen Gemeinwohlproduktion übernehmen? Und welche besonderen Kompetenzen werden für diese Rolle benötigt?

Die Vielzahl der Beteiligungsoptionen ermöglicht erst diese proaktive, kollektive Demokratiegestaltung. Die Ausgestaltung der demokratischen Spiel- und Rahmenbedingungen darf nicht hinter verschlossenen Türen bestimmt werden, sondern hat selbst Teil eines delibera-

tiven Prozesses zu sein. Eine strategische Demokratiepoltik ist darum selber demokratisch anzugehen. Dies erfordert eine verfahrenswissenschaftliche Unterstützung, nicht im normativen, sondern im technischen Sinne.

Folgende, sich im Rahmen vorliegender Untersuchung herauskristallisierenden Desiderate sollen dabei helfen, solch eine Beteiligungs- und Engagementpolitik unterstützende, demokratische Verfahrens- und Anwendungslehre zu entwickeln und zu etablieren.

Das Fehlen von umfassenden Meta-Studien insbesondere zu:

- Herkunft, Prägung, Ansätzen von Verfahrenstypen/-formaten
- Verbreitung, Themen, Ebenen, Akteursgruppen
- Aufwand/Wirkung (Preisliste) von Beteiligungsprozessen
- Ergebnisse unterschiedlichster Evaluationen und Wirkungsmessungen
- Übersicht und Systematisierung dieser dabei angewandten unterschiedlichen Methoden und Ansätze zur Wirkungsmessung und der dahinter liegenden Selbstverständnisse von Wissenschaft und Politik (zueinander)

Als eine Person, die seit 1993 an der Schnittstelle von Theorie und Praxis, Wissenschaft und Politik in diesem Feld arbeitet, erlaube ich mir im Folgenden, meine aus der verfahrenstheoretischen Betrachtung resultierenden Einschätzungen und Fragen für die weitere Arbeit zu skizzieren.

### **Prozedurologische Sicht**

Die prozedurologische Sicht (Fuhrmann 2009, Gohl 2010) versucht Verfahren aus ihrer eigenen Wirkungslogik heraus zu verstehen. D.h. partizipative Verfahren werden wie Werkzeuge als Techniken zur Strukturierung co-aktiver Problemlösungsprozesse interpretiert, also von Anliegen, die man weder alleine noch sofort bearbeiten kann, sondern nur durch die Mitwirkung anderer. Die Frage dieses basalen Politikverständnisses ist darum nicht die nach dem Treffen kollektiv verbindlicher Entscheidungen, sondern nach dem „Wie“ des Organisierens von co-aktiven Problemlösungsprozessen von kollektiv verbindenden Anliegen.

Aus dieser prozeduralen Sicht ist der Wert eines Verfahrens immer relativ zu Zweck und Kontext für den es verwendet werden soll. Die Wirkungsindikatoren können und müssen immer nur im Bezug zum Fall und dem Kontext, in dem dieser Fall steht, bewertet werden.

Wie ein übliches Werkzeug ist ein Verfahren nur insoweit „gut“, wie es auf die Anforderungen eines Falles und dessen Rahmens möglichst genau eingehen kann. Dazu wurde aus einem Forschungsaufenthalt am ZIF ab 2002 ein Meta-Verfahren – die Meta-Matching Methode (vgl. Fuhrmann und Stock 2006) – entwickelt. Diese beschreibt selbst ein Verfahren, wie in vier Schritten das passende Verfahren zum Fall gefunden werden kann:

- In der ersten Phase, dem „Mapping“, gewinnen die Durchführenden einen Überblick über das zu lösende Problem, über die beteiligten Akteure und schließlich über die herkömmlichen Vorgehensweisen.
- Anschließend werden im „Profiling“, der Fall und das infrage kommende Verfahren anhand eines Kriterienkataloges genau untersucht und in einer Grafik visuell verortet.
- Im dritten Schritt, des „Matching“, wird beurteilt, ob überhaupt und in welcher Weise ein bestimmtes Verfahren zum gegebenen Fall passt.

- Im letzten Schritt, dem „Re-Designing“, wird das ausgewählte Verfahren an die Anforderungen des Falls angepasst.

Aus verfahrenstheoretischer Sicht sind somit Systematisierung und Wirkungskriterien von Verfahren als ein Gesamtes zu denken: Denn eine Systematisierung nach Wirkung greift beides auf. Eine Systematisierung, die nicht nach der Wirkung des Verfahrens sortiert, ist nicht praxeologisch anleitend. Ebenso gut könnte man Werkzeuge nach Größe oder Bücher nach Farbe anstatt nach Inhalt sortieren. Die Logik, nach der Beteiligungsverfahren beschrieben, unterschieden, geordnet werden, sollte die Gleiche sein, nach der diese gesucht, gefunden und angepasst werden; wie auch dieselbe, nach der diese angewandt, überprüft, beurteilt und verworfen werden.

Verfahren sind Dienstinstrumente und keine ethischen Entitäten, die normative Erwartungen wie etwa Fairness, Nachhaltigkeit und Effizienz an sich erfüllen können. Das Verfahren als solches ist daher genauso wertfrei wie ein Hammer oder Schraubenzieher. Der konkrete Einsatz aber, die Intention, Haltung und Weise des Einsatzes durch einen bestimmten „Handwerker“, hat letztlich immer normative Wirkungen.

Die Einschätzung der Wirkung von Beteiligungsverfahren lässt sich darum entweder nur kontextuell durchführen und betrifft daher nicht die Verfahren (Prozeduren) an sich, sondern die realen Anwendungen (Prozesse). Diese Wirkungsbeurteilungen von durchgeführten Beteiligungsprozessen sagen am Ende aber wenig über das angewandte Verfahren aus, sondern viel mehr über die Art der Anwendung und die Bemessung von ihrer Wirkung in einem bestimmten Kontext.

### ***Empfehlung für das Prozedere des 2. EB***

Wie könnte solch eine Anwendung des verfahrenstheoretischen Denkens hinsichtlich der Frage nach der optimalen Engagement- und Beteiligungspolitik aussehen?

Intention wäre, aus der Fülle an beteiligungs- und engagementfördernden Verfahren, jene auszuwählen, die besonders gut geeignet scheinen, zur Bewältigung des demografischen Wandels beizutragen. Dies könnte vor dem Hintergrund des eben Skizzierten mittels eines Matching-Prozesses erfolgen: Indem die Leistungsprofile der einzelnen Verfahren ermittelt werden, um sie dann über das Anforderungsprofil des demografischen Wandels zu legen. Dies macht wiederum erforderlich, das Anforderungsprofil des demografischen Wandels zu ermitteln, da nur so bestimmt werden kann, welche Engagement- und Beteiligungsstrategie sinnvoll greifen würde. Je spezifischer man dabei prozedurale Entscheidungen treffen, also gar konkrete Beteiligungsformate bestimmen will, umso mehr sind natürlich auch die Anwendungsfälle zu konkretisieren.

Dies bedeutet konkret: Für welche Ausprägungen des demografischen Wandels sollen Engagement fördernde Antworten gesucht werden? Geht es z.B. um Abwanderung (u.a. Entvölkerung von Landstrichen), Überalterung (u.a. Pflegenotstand bzw. die Aktivierung von sorgenden Gemeinschaften), Integration (verursacht z.B. durch Migration und sprachlich, kulturellen Integrationsfriktionen)? Je nachdem, wie demografischer Wandel politisch operationalisiert, d.h. in politisch bearbeitbare Aufgaben untergliedert wird, kann erst die entsprechende Prozeduralisierung erfolgen; d.h. diese gesellschaftlichen Arbeitsaufträge in politische Vorgehensweisen übertragen werden, für die dann passende Verfahrensdesign (Prozeduren) ausgesucht/entwickelt werden können.

Das dafür speziell entwickelte Meta-Verfahren nennt sich „Toolshop“, in welchem ein kleiner Kreis (max. zwölf) von Politikfeld- und Verfahrensexperten, Geforderten wie Betroffenen, in einem 6-

stündigen Workshop die optimalen Tools für einen möglichst klar konturierten Ausschnitt des demografischen Wandels erarbeiten würden. Durch eine Reihe solcher Toolshops könnte eine „Werkzeugkiste an Demografie-bewältigenden-Beteiligungsverfahren" entstehen, die politischen Entscheidungsträgern wertvolle Orientierungshilfen an die Hand geben hinsichtlich der Frage, wann man wie welche Art von Engagement- und Beteiligungsprozess aufsetzt.

## Literatur mit gehobener Relevanz für das Thema

- Abelson, Julia; Gauvin, François-Pierre (2006): Assessing the impacts of public participation concepts, evidence and policy implications. Herausgegeben von Canadian Policy Research Networks.
- Alcantara, Bach, Ulrich et al. (2014) Abschlussbericht: DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess.
- Altrock, Uwe (2007): Evaluation und Monitoring in der Stadterneuerung und Stadtplanung – Traditionen und Entwicklungstrends. In: Weith, Thomas (Hrsg.): Stadtumbau erfolgreich evaluieren. Waxmann Verlag, Münster, S. 29–56.
- Barber, Benjamin R. (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch-Verl. (Rotbuch-Rotationen).
- Beck, Sebastian (2011): Migranten und Engagement. Die Milieuperspektive. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 02/2011, 24-37.
- Beckmann, Jens; Keck, Gerhard (1999): Beteiligungsverfahren in Theorie und Anwendung. Stuttgart: Selbstverlag.
- Behringer, Jeannette (2002): Legitimität durch Verfahren? Bedingungen semi-konventioneller Partizipation. Eine qualitativ-empirische Studie am Beispiel von Fokusgruppen zum Thema „Lokaler Klimaschutz“. Regensburg: Roderer (Theorie und Forschung Bd. 749; Politikwissenschaften, Bd. 3).
- Bertelsmann Stiftung, Adaptation von Susanne Ulrich u.a. (1997): Miteinander. Erfahrungen mit Betzavta. Ein Praxishandbuch Auf der Grundlage des Werkes „Miteinander“ von Uki Maroshek-Klarman Adam Institut, Jerusalem. Gütersloh.
- Bischoff / Selle / Sinnig (1996) Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden, Techniken. Dortmund.
- Bölscher, Viola (2006): Die Flughafenerweiterung Frankfurt/M. Spannungsfeld zwischen politischer Mediation und Verwaltungsverfahren. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement, Jg. 9, H. 4, S. 116–119.
- Bovay, Claude; Tabin, Jean-Pierre (1998): (Un)freiwillig effizient. Freiwilligenarbeit, Erwerbsarbeit und gesellschaftliche Solidarität. Bern: ISE.
- Braun, Joachim; Bischoff, Stefan (1999): Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen. Motive und Aktivitäten; Engagementförderung in Kommunen; Paradigmenwechsel in der offenen Altenarbeit.
- Braun, Joachim; Kettler, Ulrich; Becker, Ingo (1997): Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht. Köln: ISAB.
- Braun, Sebastian; Baur, Jürgen (2000): Die Wiederentdeckung des engagierten Bürgers. Ein empirischer Beitrag zum Freiwilligenengagement in den Sportvereinen Ostdeutschlands. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 6(33), 940-951.
- Bunker, B B. / Alban, T. B. 1997: Large Group Interventions. Engaging the whole System for Rapid Change. San Francisco.
- Burow , Olaf Axel (1993): Gestaltpädagogik. Trainingskonzepte und Wirkungen. Ein Handbuch. Paderborn.
- Burow, Olaf Axel (Hrsg.) (1991): Gestaltpädagogik in Praxis und Diskussion. Berlin.
- Dahl, Robert A. (1994): A Democratic Dilemma: System Effectiveness Versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly, Vol. 109, No. 1, S. 23–34.
- Dannemann, Helmut (2005): Dialog-Prozess – Was bedeutet das? Einleitung zu dem Gespräch mit Herrn Prof. Dhority, Frau Dr. und Herrn Dr. Hartkemeyer. In: Spektrum der Mediation, H. 18, S. 45.
- Detjen, Joachim (2000): Demokratie in der Gemeinde. Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen. Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung.
- Dienel, Peter C. (2002): Die Planungszelle. Der Bürger als Chance. 5. Aufl., mit Statusreport 2002. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Engelhardt, Hans Dietrich (1996): Zur Bedeutung der Selbsthilfe. In: Selbsthilfe 2000, S.132-138
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“; Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode (2002): Bürgerschaftliches Engagement. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige

- Bürgergesellschaft (Drucksache 14/8900).
- Fänderl, Wolfgang (Hg.) (2005): Beteiligung übers Reden hinaus. Gemeinsinn-Werkstatt: Materialien zur Entwicklung von Netzwerken. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung.
- Feindt, Peter Henning (2001) Regierung durch Diskussion. Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion. Frankfurt a.M.
- Fuhrmann, Raban Daniel (2007): Meta-Matching-Method: How to choose among methods? in Holeman, P., Devane, T., Cady, S. (eds.): The Change Handbook, 2nd edition., S. 37-39. San Francisco.
- Fuhrmann, Raban Daniel (2009): Prozedurale Politik. Auf dem Weg zu einer politischen Verfahrenstheorie. Universität Witten/Herdecke
- Fuhrmann, Raban Daniel (2014): Qualitätssicherung in der informellen Bürgerbeteiligung, München, Hrsg. mit Hans-Liudger Dienel (vorauss. Sommer 2014)
- Fuhrmann, Raban Daniel (2012): Brückenbauer gesucht! Wie Demokratiepoltik die Repräsentationskluft überbrücken kann, in Forum Wohnen und Stadtentwicklung, vhw, Heft 4/2012, S. 199-203
- Fuhrmann, Raban Daniel, Alexander Stock (2006): Partizipative Verfahren optimal auswählen und anpassen: Die Meta-Matching-Method (MMM): Ein Grundwerkzeug für kommunale Entscheider und Planer. In: Neues Verwaltungsmanagement 02/06, C3.15
- Fuhrmann, Raban Daniel (1998): Der Bürger der Bürgergesellschaft. „Bürgergutachten“ aufgrund von fünf „Bürgergutachtenzellen“ nach dem Verfahren „Planungszelle“, Liberales Institut, Berlin
- Fung, Archon (2006) Varieties of Participation in Complex Governance. In: Public Administration Review. Dezember 2006. Special Issue. S.66-75
- Geißel, Brigitte (2008): Zur Evaluation demokratischer Innovationen – die lokale Ebene. Aus: Heinelt, Vetter (Hrsg.) Lokale Politikforschung heute. Wiesbaden S. 227 - 248
- Gohl, Christopher (2008): Beyond Strategy. Prozedurale Politik. In: Zeitschrift für Politikberatung, Jg. 1, H. 2, S. 191–212.
- Gohl, Christopher (2010): Organisierte Dialoge als Strategie. Bertelsmann Stiftung, Zukunft Regieren-Beiträge für eine gestaltungsfähige Politik 09/2010.
- Gohl, Christopher (2010): Prozedurale Politik am Beispiel organisierter Dialoge. Münster: Lit (Region – Nation - Europa, 25).
- Gohl, Christopher; Wüst, Jürgen (2008): Beteiligung braucht Wissen – Beteiligung schafft Wissen. In: Vetter, Angelika (Hg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Städte und Regionen in Europa, 16), S. 259–280.
- Goldtschmidt, Rüdiger (2014) Kriterien zur Evaluation von Dialog- und Beteiligungsverfahren – Konzeptuelle Ausarbeitung eines Integrativen Systems aus sechs Metakriterien.
- Habermas, Jürgen (1961): Der Begriff der politischen Beteiligung, in: ders., Friedeburg, Ludwig von; Oehler, Christoph; Weltz, Friedrich: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied: Luchterhand, S. 13–55.
- Hager, Lutz (2005): Wie demokratisch ist direkte Demokratie? Eine Wachstumstheorie der Demokratie – Volksinitiativen in Kalifornien (Forschung Politik).
- Hamm-Brücher, H. (1998): Lasst die Bürgergesellschaft wachsen. Plädoyer für eine Reform der Demokratie. In: Die ZEIT 40 vom 24.09.1998, S. 71.
- Hammer, Veronika (HG.) (2010): Gemeinsam leben - gemeinsam gestalten. Zugänge und Perspektiven Integrierter Sozialraumplanung. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hartkemeyer, Martina; Hartkemeyer, Johannes F.; Freeman Dhority, Lynn (2001): Miteinander denken. Das Geheimnis des Dialogs. 2. Auflage. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Heinze, Rolf G., Olk, Thomas (2001): Bürgerengagement in Deutschland. Zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. in: Rolf G. Heinze / Thomas Olk (Hrsg.) 2001: Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen.
- Herzberg, Carsten (2001): Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann – der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Münster: Lit (Region – Nation – Europa, 9).
- Holman, Peggy / Tom Devane (Hrsg.) (2002) Change Handbook: Zukunftsorientierte Großgruppen-

Methoden. Heidelberg 2002.

- Holtkamp, Lars; Bogumil, Jörg; Kißler, Leo (2006): Kooperative Demokratie. Das demokratische Potenzial von Bürgerengagement. Frankfurt am Main: Campus (Studien zur Demokratieforschung, 9).
- Jakubowski, Peter (2005): Den Stadtumbau flankieren. Was leisten neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 3, S. 12–16.
- Klages, Helmut (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen. Erstellt für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Herausgegeben von Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Lange, Dirk, Reinhardt, Volker (2007): Basiswissen Politische Bildung. Bd. 4. Forschung und Bildungsbedingungen. und Bd. 6. Methoden der Politischen Bildung. Hohengehren.
- Ley, Astrid; Weitz, Ludwig (2003): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn: Stiftung Mitarbeit [u. a.] (Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, 30).
- Meister, Hans Peter; Gohl, Christopher (2004): Politische Mediation bei umstrittenen Infrastrukturproblemen. Das Beispiel Frankfurter Flughafen. In: Fisch, Rudolf; Beck, Dieter (Hg.): Komplexitätsmanagement. Methoden zum Umgang mit komplexen Aufgabenstellungen in Wirtschaft, Regierung und Verwaltung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 263–279.
- Meister, Hans Peter; Gohl, Christopher (2006): Flughafen Frankfurt. „Parallelität von politischer Mediation und Planungsverfahren“. In: Perspektive Mediation, Jg. 3, H. 3, S. 123–128.
- Nagel, Helga (2011): Kommunale Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen. Ein Erfahrungsbericht. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. 2(24), 82-90.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung – Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1200, Bonn.
- Oels, Angela (2000)a: The power of visioning. An evaluation of community-based Future Search Conferences in England and Germany. Norwich.
- Planung Neu Denken (2013): Schwerpunkt "Wirkung der Mitwirkung". pnd|online II\_III|2013
- Procedere – Verbund für prozedurale Praxis in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (2006): Was ist – was macht ein Verfahren aus? Definition und Faktoren von Verfahren. Zwischenergebnisse der 1. Taxonomie-Werkstatt. Heidelberg, Konstanz, Erlangen.
- Reinders, Heinz (2014): Jugend – Engagement – Politische Sozialisation. Gemeinnützige Tätigkeit und Entwicklung in der Adoleszenz. Dordrecht: Springer.
- Renn, O. / Weble, T. 1998: Der kooperative Diskurs. Theoretische Grundlagen, Anforderungen, Möglichkeiten. In: Renn, O. / Kastenholz, H. / Schild, P. / Wilhelm, U. (Hrsg.) 1998: Abfallpolitik im kooperativen Diskurs. Bürgerbeteiligung bei der Standortsuche für eine Deponie im Kanton Aargau. Zürich
- Rowe, Gene / Frewer Lynn J. (2000): Public Participation Methods: A Framework for Evaluation. In: Science, Technology & Human Values, Vol 25, No. 1, Winter 2000, S. 3-29.
- Salamon, Lester M.; Elliot Odus V. (2002): The New Governance and the Tools of Public Action. In: Salamon, Lester M.; Elliot, Odus V. (Hg.): The tools of government. A guide to the new governance. Oxford: Oxford Univ. Press, S. 1–47.
- Schröder, Carolin (2013): Evaluation der Beteiligung als Theorie-Praxis-Aufgabe. In: Planung neu Denken (2013): Schwerpunkt "Wirkung der Mitwirkung". pnd|online II\_III|2013
- Sedlacek, Peter (Hrsg.) (2004): Evaluation in der Stadt- und Regionalentwicklung (Stadtforschung aktuell. VS Verlag. Wiesbaden.
- Stiftung Mitarbeit (2012): Erstes Treffen "Netzwerk Bürgerbeiligung". 15. Juni 2012
- Stock, Alexander (2005): Local Modern Governance. Ansätze für ein kommunalpolitisches Management. Stuttgart.
- Van Deth, Jan (2009): Politische Partizipation, in: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–161.
- Weber, Susanne (2002): Vernetzungsprozesse gestalten. Wiesbaden
- Weidner, Cornelia (2008): Bürgerschaftliches Engagement in der Lebensphase des Jugendalters.

Saarbrücken: VDM Verl.

Weith, Thomas (2007): Stadtbau und Evaluation. In: Weith, Thomas (Hrsg.) (2007): Stadtbau erfolgreich evaluieren. Waxmann Verlag. Münster. S. 11 - 25

Wissenschaft im Dialog (2013) Zukunftswerkstadt: Evaluation der Bürgerbeteiligung. Hg: Wissenschaft im Dialog gGmbH. Berlin.

Zillesen, Horst (2006): Flughafen-Mediation in Wien – neue Wege und offene Fragen. In: Perspektive Mediation 3 (3), S. 141–145.

## **Anhang A: Verfahrenstabelle (gekürzte Fassung)**

An Verfahren herrscht kein Mangel; dies wird anhand folgender Liste deutlich. Dabei handelt es sich hier nur um eine exemplarische Auswahl von Verfahren aus der Fülle an Listen und Verfahrensbeschreibungen im Internet. Diese Auflistung soll zum einen irritieren, dass es so viele Verfahren gibt, zum anderen inspirieren, aus der Fülle zu schöpfen; des Weiteren: einladen, sich der Entwicklung einer Werkzeug- und Anwendungskunde partizipativer Verfahren zu widmen und schließlich dazu anregen, die dazu erforderlichen prozeduralen Kompetenzen zu professionalisieren.<sup>24</sup>

### 10 **Verwendete Online-Datenbanken:**

- <http://www.beteiligungskompass.org/article/index/method>
- <http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/107534/>
- <http://www.partizipation.at/alle-methoden.html>
- [http://www.communityplanning.net/methods/methods\\_a-z.php](http://www.communityplanning.net/methods/methods_a-z.php) (engl.)
- 15 • <http://www.participationworks.org.uk/topics/online-tools> (engl.)

Name	Beschreibung
• <b>21st Century Town Meeting</b>	Das 21st Century Town Meeting ist eine technisch unterstützte Form der Bürgerversammlung, an der eine sehr große Anzahl von Bürgern – auch gleichzeitig an verschiedenen Standorten – teilnehmen kann. Das Verfahren verbindet dabei die Vorteile intensiver Diskussion in Kleingruppen mit der kollektiven Abstimmung einer Großgruppe. Es findet zudem in der Regel an nur einem einzigen Tag statt, sodass eine hohe Aufmerksamkeit erzielt werden kann.
• <b>Action Learning/ Handlungsorientiertes Lernen</b>	Action Learning oder handlungsorientiertes Lernen ist eine Lernmethode, bei der die Teilnehmer (basierend auf ihren eigenen Erfahrungen und Handlungen) einen Lerngewinn erzielen sowie Problemlösungskompetenzen entwickeln sollen.
• <b>Activity week</b>	A way of focusing energy and attention on the local environment and initiatives to improve it. Particularly effective if they become an annual event and even more so if part of a national programme.
• <b>Activity year</b>	Year of activities designed to promote interest in, and debate on, a chosen theme.
• <b>Affinity diagram</b>	Way of analysing and grouping the outputs of group brainstorm session when using cards or Post-it notes. Cards are sorted into themes by members of the group and given a title. Sometime referred to as the KJ method after Jiro Kawakita from Japan who invented it in the 1960s. Method adopted from business management and used in briefing workshops and other community planning events.
• <b>Agenda Konferenz</b>	Die aus dem Lokalen Agenda 21 Prozess entwickelte Methode dient dazu, in einem Prozess den aktuellen Stand zu resümieren, diesen gemeinsam zu bewerten, Ziele für die Zukunft zu entwickeln und Aktionen anzustoßen. Sie kann eingesetzt werden als Einstieg in einen Beteiligungsprozess oder wenn ein Prozess ins Stocken geraten ist bzw. eine neue Phase begonnen werden soll.
• <b>Aktivierende Befragung</b>	Bei der Aktivierenden Befragung handelt es sich um ein persönliches Interview, bei dem die Meinungen und Bedürfnisse der Befragten erhoben werden und sie gleichzeitig dazu motiviert werden sollen, ihre Sichtweisen und Ideen aktiv zu vertreten und sich für deren Umsetzung zu engagieren.
• <b>Alternative plan</b>	Plan for a site or neighborhood putting forward a different approach to the prevailing plan.
• <b>Anwaltsplanung</b>	Planungsbetroffene sind zumeist keine Planungsfachleute: Sie vermögen nicht genau abzusehen, was auf sie zukommt, welche Gründe für die Planungskonzepte ausschlaggebend sind und welche Alternativen denkbar wären. Das Konzept der

<sup>24</sup> Zusammenstellung durch Unterstützung von Marianne Heinze.

	Anwaltsplanung sieht daher vor, insbesondere artikulationschwache oder sozial benachteiligte Bewohnergruppen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen zu unterstützen. Zu diesem Zweck werden ihnen in Planungsfragen erfahrene Fachleute (»Bürgeranwälte«) zur Seite gestellt, die sie beraten und ihnen bei der Vertretung ihrer Interessen in kommunalen und staatlichen Gremien helfen.
• <b>Appreciative Inquiry (Wertschätzende Erkundung)</b>	Die wertschätzende Befragung oder Erkundung zielt darauf ab, Visionen für die Zukunft aufgrund bestehender positiver Erfahrungen zu entwickeln. Die diskutierten Themen beziehen sich oft darauf, was Menschen an einer bestimmten Region, einer Organisation oder einem Unternehmen schätzen und welche Hoffnungen sie in die künftige Entwicklung setzen.
• <b>Arbeitsbuchmethode</b>	Einen Spezialfall der Aktivierenden Befragung stellt die während der Siebziger Jahre in Norwegen entstandene sog. Arbeitsbuchmethode (Arbeitsbokmetoden) dar. Ihr Erfinder ist der Landschaftsarchitekt und -planer Johs Oraug, der damals beim Norwegischen Institut für Stadt- und Regionalforschung tätig war und heute ein Planungsbüro in Oslo leitet.
• <b>Architects in schools</b>	Environmental education programme involving architects working with children in schools.
• <b>Architecture centre</b>	Places set up to help people understand, and engage in, the design of local buildings and the built environment. They can become focal points for local environmental initiatives and a shop window and meeting place for all those involved in shaping the future of their surroundings.
• <b>Area Forum</b>	Body or meeting designed to improve relations between local authorities, public service providers and local residents. Provides an opportunity for residents to raise matters of local concern, give feedback on how services are being delivered and influence decisions being made about where they live. Also gives local authorities and service providers the chance to improve their knowledge and understanding of local issues.
• <b>Art Workshop</b>	Allows local people to help design and construct artworks to improve their environment. This can be an end in itself or part of a wider regeneration effort. Community arts projects are particularly useful for helping people express their creativity and develop skills, a sense of identity and community pride.
• <b>Award scheme</b>	Way to stimulate activity and spread good practice at a local, national or even international level. They can be set up by any organisation from a local community group to an international agency.
• <b>Awareness raising day</b>	Day of activities designed to promote interest in a community planning issue, normally held prior to a planning day or other intensive activity.
• <b>BarCamp</b>	BarCamps sind 1- bis 2-tägige Ganztagesveranstaltungen. Sie adaptieren das Format des „Open Space“ für das Internet-Zeitalter. Wie bei der Wikipedia kann hier jeder mitmachen und aktiv sein (Fach)Wissen einbringen, der sich vom gesetzten Themenschwerpunkt des jeweiligen Camps angesprochen fühlt. Alle Teilnehmer entscheiden gemeinschaftlich, was diskutiert und erlebt wird.
• <b>Before and afters</b>	Photos, drawings or computer simulations showing a place before and after development has taken place from the same viewpoint. One of the most effective ways of helping people understand proposals.
• <b>Best fit slide rule</b>	A visual discussion tool designed to examine alternative street infill solutions and their consequences. An elevation of a street is drawn or assembled with photos and alternative designs inserted.
• <b>Blog</b>	Online journal or noticeboard (web log) where individuals or organisations can comment on specific subjects and invite responses so generating an ongoing debate.
• <b>Brainstorming</b>	Vigorous discussion to generate ideas in which all possibilities are considered. Widely used first step in generating solutions to problems.
• <b>Brainwriting</b>	Workshop process where group members respond in silence with four written suggestions to a given problem. Papers are then exchanged and members add suggestions to a 'new' paper. All papers are then compared and discussed by the group.
• <b>Briefing workshop</b>	Simple, easy-to-organise working sessions held to establish a project agenda or brief. Simultaneously they can: Introduce people to the project; Help establish the key issues; Get people involved and motivated; Identify useful talent and experience; Identify the next steps needed.
• <b>Bürgerausstellung</b>	Ziel der Bürgerausstellung ist es, Einstellungen, Ziele und Motivationen von Interessengruppen (Stakeholdern) – etwa den Bewohnern eines Stadtviertels, der Stadtverwaltung, privatwirtschaftlichen Investoren – offenzulegen und einen öffentlichen Dialog darüber zu ermöglichen. Die Ausstellung ist ein Beitrag zum Verständnis der Innensicht der Beteiligten. Darüber hinaus können Pläne und Aktivitäten transparent

	gemacht werden. Konflikte innerhalb oder zwischen Interessengruppen können identifiziert und analysiert werden. Die Ergebnisse werden den Beteiligten und der interessierten Öffentlichkeit in einer Ausstellung, die sowohl Fotografien als auch relevante Textauszüge aus Interviews umfasst, nahe gebracht.
• <b>BürgerDialog</b>	Der BürgerDialog ist ein Beteiligungs- und Diskussionsformat für Großgruppen (20 - 100 Personen), das von der Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem Deutschen Volkshochschul-Verband e. V. entwickelt wurde. Grundlage des BürgerDialogs bildet das World Café. Dabei diskutieren in mehreren aufeinanderfolgenden Gesprächsrunden, in wechselnder Zusammensetzung jeweils fünf bis sechs Personen pro Tisch zu einem vorgegebenen Thema. Zwischenstände der Diskussionen werden an Pinnwänden dokumentiert und vergemeinschaftet. Abschließend findet eine Abstimmung über die Priorisierung der erarbeiteten Positionen statt.
• <b>BürgerForum (s. Planungszelle)</b>	Bei einem BürgerForum erarbeiten ca. 100 – 400 zufällig ausgewählte Teilnehmer im Rahmen von Präsenzveranstaltungen und über eine Online-Plattform programmatische Texte zu einem gesellschaftlich relevanten Thema. Die Teilnehmenden im BürgerForum gestalten dabei ihren eigenen Diskussionsprozess: Sie argumentieren, treten für ihre Überzeugungen ein und begründen sie, stimmen ab und informieren sich gegenseitig. Zugleich überdenken sie ihre Meinungen, schärfen ihren Sinn für das Gemeinwohl und entwickeln ein Verständnis für die Komplexität politischer Debatten und Entscheidungsfindungen. Darüber hinaus erarbeiten sie politisch anschlussfähige Problemanalysen und konkrete Lösungsvorschläge.
• <b>Bürgerhaushalt / Participatory budgeting</b>	Ein Bürgerhaushalt ist ein auf Dauer angelegter Beteiligungsansatz, bei dem die Bürger in die Aufstellung des Haushalts einbezogen werden. Das konkrete Vorgehen kann dabei sehr unterschiedlich sein und reicht von der individuellen Einreichung von Vorschlägen für Investitionen in einzelnen Haushaltsbereichen bis hin zur kollektiven Entscheidung über Ausgaben oder Sparmaßnahmen im Gesamthaushalt.
• <b>BürgerKompass</b>	Der BürgerKompass ist ein von der Bertelsmann Stiftung und der Sächsischen Staatskanzlei entwickeltes Beteiligungsformat. Dabei bewerten nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger die Arbeit der Regierung anhand selbst entwickelter Beurteilungsmaßstäbe und entwickeln aufbauend darauf Vorschläge für die zukünftige Regierungsarbeit.
• <b>Bürgerpanel/ Citizen panel</b>	Das Bürgerpanel ist eine große Gruppe repräsentativ ausgewählter Bürger, die in regelmäßigen Abständen befragt wird, um Meinungsbilder zu bestimmten Themen zu erheben und diese an Entscheidungsträger weiterzugeben.
• <b>Bürgerräte</b>	Bürgerräte setzen sich in der Regel aus 10 - 30 Teilnehmern zusammen, die einen Ausschuss bilden, um Entscheidungsträger zu informieren und zu beraten.
• <b>BürgerInnen-versammlung/ Citizen Summit</b>	BürgerInnenversammlungen bestehen aus einem Informationsteil, in dem die Interessierten über das (geplante) Vorhaben informiert werden, und einem Diskussionsteil, der den Anwesenden die Möglichkeit bietet, ihre Meinungen, Wünsche und Ideen zu formulieren. BürgerInnenversammlungen werden zumeist auf kommunaler Ebene themenspezifisch oder als dauerhafte Einrichtung zur Diskussion unterschiedlicher BürgerInnenanliegen eingesetzt.
• <b>Champions</b>	Identification of individuals who believe in an idea or theme and will promote it through thick and thin. One can have Design Champions, Sustainability Champions, Project Champions or Community Champions for instance. Mostly they will be high profile individuals, possibly 'celebrities', capable of inspiring others.
• <b>Charrette-Verfahren</b>	Das Charrette-Verfahren bezeichnet einen öffentlichen Workshop, der verschiedene Akteure wie Bürger, Projektplaner und Entscheidungsträger zusammenführt, um Gestaltungsoptionen für bestimmte Bau- oder Planungsvorhaben zu diskutieren.
• <b>Choice catalogues</b>	Catalogues which provide a way to make design choices within a predetermined structure. Particularly useful for helping people understand the range of options available and provide a way for making choices where large numbers of people are involved.
• <b>Choices method</b>	Visioning process based on four steps: 1. Meetings throughout the community to brainstorm ideas for making life better. 2. Consolidation of ideas into goals and vision statements. 3. A 'vision fair' where people vote on which visions they would like to pursue and make personal commitment pledges. 4. Setting up of action groups to carry out chosen ideas.
• <b>Citizens advisory group</b>	A group made up of members of the public (usually between 10 and 30) which informs and advises decision makers. Can take many forms.
• <b>Citizens jury</b>	Informal inquiry method where a group of around 16 people, selected to be representative of the community, spend a few days examining an issue, listening to witnesses and

	producing a report.
• <b>Citizens' Summits</b>	Citizens' Summits bezeichnen verschiedene Arten groß angelegter, öffentlicher Bürgerversammlungen. Um die Diskussionen zwischen den Teilnehmern zu erleichtern, wird moderne Technik eingesetzt.
• <b>Community architect</b>	Architect who lives and work in the neighbourhood he or she is designing for and works closely with local people. Also known as a barefoot architect.
• <b>Community Chest</b>	Small grants available to community groups for projects to help them renew their own neighbourhoods.
• <b>Community design centre</b>	Place where a community can get affordable technical help to plan and manage its environment. They are the environmental equivalent of health centres and are invaluable for helping local people design and implement environmental projects, particularly in poor communities.
• <b>Community indicators</b>	Measures devised and used by communities for understanding and drawing attention to important issues and trends. Useful for building an agenda for education and action.
• <b>Community learning and education centre</b>	Focal point for information and education at community level.
• <b>Community Organizing</b>	Community Organizing (CO) ist Organisationsarbeit in Stadtteilen, Städten oder Regionen. Durch den Aufbau einer Beziehungskultur und durch gemeinsames Handeln tragen Bürger zur Lösung von Problemen in ihrem Umfeld bei. Community Organizing ist nicht einfach der amerikanische Begriff für das, was in Deutschland Bürgerinitiative genannt wird. Community Organizing ist auf Dauerhaftigkeit angelegt. Ihre Organisatoren wissen: Durchsetzungsfähigkeit bedarf eines breiten Bündnisses von Menschen aus vielen unterschiedlichen Gruppen und Organisationen, wie zum Beispiel Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, lokalen Institutionen und Verbänden. Deshalb startet CO nicht mit der Besetzung eines öffentlichen Streitthemas, sondern mit dem Aufbau vertrauensvoller Beziehungen, die zu Handlungsfähigkeit führen.
• <b>Community plan</b>	Plan for the future of a community devised by the local community. Sets out proposals for the way in which a community wants to develop and respond to changes in the future. No set format. Will usually contain statements of principle, physical design proposals and targets.
• <b>Community planning event</b>	Community planning events allow people to produce plans of action at carefully structured sessions at which all those affected work creatively together. They can be used at any stage of the development process and provide an alternative to reliance on bureaucratic planning.
• <b>Community planning forum</b>	Open, multipurpose event lasting several hours. A three-stage format (interactive displays; open forum debate, workshop groups) is designed to secure information, generate ideas and create interaction between interest groups with a minimum of advance planning.
• <b>Community profiling</b>	Involves building up a picture of the nature, needs and resources of a community with the active participation of that community. A useful first stage in any community planning process to establish a context which is widely agreed.
• <b>Conversation Café</b>	Eine kleine Gruppe von Teilnehmern trifft sich in einem Café oder an einem anderen öffentlichen Ort, um in informeller Atmosphäre über ein Thema zu diskutieren. Die Diskussion wird von einem Moderator begleitet und orientiert sich an bestimmten Richtlinien.
• <b>Crowd Wise</b>	Crowd Wise ist eine Beteiligungsmethode, die dazu führen soll, dass Entscheidungen (z.B. in Bezug auf die Festlegung von Prioritäten oder die Zuweisung von Haushaltsmitteln) von möglichst vielen getragen werden. Diskussionen und Abstimmungen zu vorher festgelegten Vorschlägen werden kombiniert, um einen möglichst breiten Konsens unter den Teilnehmern zu erzielen.
• <b>Deliberative Mapping</b>	Deliberative Mapping ist eine Konsultationsmethode, bei der sowohl Experten als auch Bürger in den Beteiligungsprozess involviert sind. Dabei wird erhoben, wie die Teilnehmer verschiedene Handlungsoptionen oder Lösungsansätze anhand verschiedener Kriterien beurteilen.
• <b>Deliberative Polling</b>	Anhand der Methode kann ermittelt werden, welcher Zusammenhang zwischen Meinungen und Faktenwissen besteht. Während des Beteiligungsprozesses wird beobachtet, wie sich die Meinungsbilder innerhalb einer Testgruppe von Bürgern verändern, je mehr Informationen sie zu einem Thema erhalten. Das Verfahren ist aufgrund der hohen Teilnehmerzahl statistisch repräsentativ.

• <b>Delphi-Befragung</b>	Die Delphi-Befragung ist ein mehrstufiges Befragungsverfahren, bei dem Experten Prognosen zu einem bestimmten Thema abgeben. Die Fragebögen werden in Abhängigkeit von den Antworten der Befragten während des gesamten Prozesses weiterentwickelt.
• <b>Democs</b>	Democs ist ein Konversations-Spiel, anhand dessen eine kleine Gruppe (ca. 6 Personen) politische Themen und Probleme diskutieren kann. Es werden Spielkarten zur Verfügung gestellt, auf denen die wichtigsten Informationen zu dem jeweiligen Themengebiet stehen. Das Spiel dauert ca. zwei Stunden.
• <b>Demokratie-werkstatt</b>	Das Konzept der Demokratiewerkstatt (DW), entwickelt vom Büdinger Kreis (BK), ist ein von Jugendlichen getragenes und ausgestaltetes Bildungsarrangement. Die Jugendlichen schlüpfen dabei – initiiert und betreut durch einen Träger außerschulischer politischer Bildung – in die Rolle politischer Bildner, gestalten Bildungsangebote für ihr eigenes Umfeld, setzen sich so mit Politik auseinander und engagieren sich für die Demokratie. Die Bildungsaktivitäten bestehen aus einem ganzen Set von Aktionen, die die Jugendlichen selbst bestimmen und organisieren. Es handelt sich also um einen reinen Bildungsprozess, nicht um eine Interessenvertretung.
• <b>Design Assistance Team</b>	Where a number of specialists from a variety of relevant disciplines visit an area and take part in a participation process (for instance, a planning weekend). Particularly useful for providing a fresh and independent viewpoint.
• <b>Design charrette</b>	Intensive hands-on design session where people from different disciplines and backgrounds explore design options for a particular area or site. Same as a design workshop
• <b>Design fest</b>	Event where creative concepts for the future of an area are developed by getting multidisciplinary design teams to develop and present their ideas in public. A good way to stimulate debate and develop imaginative solutions, particularly on controversial issues.
• <b>Design game</b>	Like a jigsaw puzzle with pieces representing physical objects to scale. A highly visual way of helping people to explore physical design options for a site or internal space.
• <b>Design meeting</b>	Meeting for developing designs. Usually organised on a regular basis during the design stage of a project. Users and professionals will be present. The users, or clients, set the agenda but the meeting is normally conducted by the professionals. Various techniques will be used to present information and make decisions: showing photographs, models, drawings, catalogues. Normal arrangement is for participants to sit round a large table.
• <b>Design surgery</b>	Where architects, planners or other professionals work through design issues with individuals, for instance occupants in a new housing scheme.
• <b>Design workshop</b>	Hands-on sessions allowing small groups of professionals and non-professionals to work creatively together developing planning and design ideas. They will normally be held as part of a planning day or other community planning event.
• <b>Design Thinking</b>	Für viele gesellschaftlichen Herausforderungen lassen sich tragfähige Lösungen finden, wenn Menschen unterschiedlicher Disziplinen dafür zusammenarbeiten. Das Design Thinking (DT) fördert genau diese Art von Gruppenarbeit. Das Verfahren orientiert sich an der Arbeit von Designern und stellt eine Kombination aus Verstehen, Beobachtung, Ideenfindung, Verfeinerung, Ausführung und, im Kern, Lernen da.
• <b>Development partnership</b>	Arrangement for collaboration by two or more parties to facilitate development, usually between the public and private sectors.
• <b>Development trust</b>	An organisational mechanism for communities to undertake regeneration and development projects themselves. They make it possible to achieve the long-term sustained effort that is needed to evolve a community's own plans and put them into action.
• <b>Diagrams</b>	Diagrams and charts are a highly effective visual way to collect, discuss and display information at all stages of the planning process.
• <b>Dialog</b>	Ziel des Dialogs ist es, „etwas Gemeinsames“ oder etwas Neues für eine Gruppe zu schaffen. Es geht nicht um einen Austausch von Meinungen, sondern darum, die Annahmen und Bewertungen zu erkennen, die hinter den Meinungen stehen.
• <b>Diskurs</b>	Diskursive Elemente können einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die mit Entscheidungsfragen verbundenen Bewertungen und Abwägungen nachvollziehbar zu machen und gegenüber Außenstehenden zu begründen, ohne dabei den Anspruch zu erheben, alle Anforderungen an legitime Entscheidungen in modernen pluralistischen Gesellschaften zu erfüllen. Im ersten Falle geht es um Handlungen, die darauf abzielen, die Welt zu verändern; im zweiten Falle um Handlungen, die darauf abzielen, andere zu überzeugen. Im Rahmen von Beteiligungsverfahren können vor allem die Hinweise zur kommunikativen Rationalität für die Organisation von Diskursen genutzt werden. Ein

	wechselseitiger Austausch von Informationen (im folgenden Diskurs genannt) genügt dann den Ansprüchen der kommunikativen Rationalität, wenn alle Teilnehmer gleiche Rechte und Pflichten besitzen und – freiwillig oder durch Regeln der Beweisführung – von strategischen Beeinflussungen Abstand nehmen.
• <b>Diskursive Bürger-versammlung</b>	Diskursive Bürgerversammlungen lassen sich als öffentliche und deliberative Veranstaltungen charakterisieren, zu der alle in einem Stadtteil wohnhaften Bürger eingeladen sind. Das vorliegende Konzept zum Ablauf einer Diskursiven Bürgerversammlung wurde für den interkulturellen Einsatz entwickelt, aber bisher nur in China angewendet. Diese deliberative Methode fußt maßgeblich auf den praktischen Erfahrungen, die die beiden Autoren dieser Methodendarstellung als Kommunikationstrainer und Kommunalpolitiker in Deutschland gesammelt haben.
• <b>Door knocking</b>	A basic, and often overlooked, way for beginning to build up a picture of the property, activities and people in an area prior to developing an engagement strategy for a planning initiative. Particularly useful for consultants or developers unfamiliar with the area.
• <b>Draft plan consultation</b>	Consulting on draft plans and proposals is an important step to test whether they have public support and to engage people in finalising them. It can help focus the design process and be an ideal opportunity to generate good ideas. The method can be used for building design, landscaping, or producing plans at all scales.
• <b>Dragon Dreaming</b>	Dragon Dreaming nutzt Wissen aus der Systemtheorie, der Organisationsentwicklung und den Weisheiten der australischen Aborigines. Die Methode unterstützt sowohl kognitives als auch intuitives Erfassen und ermöglicht dadurch eine ganzheitliche Perspektive. Die Phase der Projektentwicklung wird von einer Gruppe gemeinsam durchlaufen. Durch diesen gemeinsamen Prozess entsteht wie von selbst ein tieferes Verständnis füreinander und damit wird die kollektive Weisheit einer Gruppe zur Projektumsetzung voll nutzbar.
• <b>Drop-in office</b>	Working office open to the public. Set up by architects or urban designers working in a neighbourhood to encourage local involvement in the design process. May be permanent or temporary (on an open day for instance)
• <b>Dyade</b>	Dyaden (griechisch: Dualität) sind eine besondere Form des Tiefeninterviews: Zwei TeilnehmerInnen setzen sich zusammen und befragen sich gegenseitig anhand eines Fragenkatalogs, der durch die ModeratorIn vorgegeben wird. Diese Konstellation ermöglicht eine hohe Intensität der Beziehung und Interaktion. Die Befragten werden herausgefordert, ihre Perspektiven während des Interviews zu ändern und kritisch ihre eigenen Sichtweisen zu betrachten.
• <b>Dynamic Facilitation</b>	Dynamic Facilitation ist eine moderierte Gruppendiskussion, die der Entwicklung von Problemlösungen dient. Der Moderator strukturiert die Diskussion so, dass jeder Beitrag der einzelnen Gruppenmitglieder aufgenommen und visualisiert wird.
• <b>e-Democracy</b>	Mit e-Democracy (oder »digitaler« bzw. »interaktiver Demokratie«) wird nicht eine Methode beschrieben, sondern allenfalls ein »Kommunikationskanal« oder der Einsatz eines neuen Mediums, das verschiedene Methoden mehr oder weniger gut unterstützen kann. Mit dem Begriff wird die digitale Unterstützung und Erweiterung traditioneller formeller und informeller Politikformen definiert, und er schließt damit Willensbildung in Parteien genauso ein wie Wahlkampagnen, Parlamentsarbeit, Lobbyismus, Campaigning von NGOs und digitalisierte Formen der Bürgerbeteiligung bis hin zu Bürgerbegehren und Wahlen. Im Hinblick auf den aufsteigenden Grad der Verbindlichkeit von Beteiligung wird Zwischen Information, Meinungsumfragen, offener Kommunikation, Verhandlungsprozessen, Mitwirkung an Fachplanungen und Gesetzgebungsverfahren, Bürgerbegehren oder -entscheiden und Wahlen unterschieden.
• <b>E-Konsultation / Online-Konsultation</b>	Bei einer Online-Konsultation werden Vorschläge oder Positionen zu einem bestimmten Thema über das Internet eingeholt. Die Formen der Konsultation sind dabei vielfältig und reichen von der Einholung individueller Meinungen über moderierte Massendiskussionen bis hin zu gemeinsam erarbeiteten Positionspapieren über ein Wiki.
• <b>E-Panel</b>	Elektronische Panels sind das Internet-Pendant zu den Bürgerpanels, bei denen regelmäßige Befragungen zu verschiedenen Themen bei einer repräsentativen, zufällig ausgewählten Gruppe von Bürgern durchgeführt werden. Damit ist es möglich, bei geringen Kosten ein repräsentatives Meinungsbild zu erhalten.
• <b>E-voting</b>	E-voting makes it possible to get instant and accurate feedback on peoples views during a meeting or workshop event, or from dispersed locations. It can be useful at many stages in the planning process, particularly when statistical evidence is required of peoples preferences. Emerging technologies make e-voting (including 'instant polling or audience response systems') easier and more affordable than ever before.
• <b>Electronic map</b>	Allows people to explore an area and make comments at computer terminals with

	<p>specially created software. They have immense potential for helping people to visualise proposals and make their views known.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Elevation montage</b></li> </ul>	<p>Show the facade of a street by assembling photos of individual buildings. Can be useful for helping people gain an understanding of the building fabric and devise improvements.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Enquiry by design</b></li> </ul>	<p>Intensive community planning or charrette workshop process involving urban designers and local stakeholders. Devised for developing plans for new urban extensions.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Environment shop</b></li> </ul>	<p>Provides a permanent way to disseminate information and create dialogue. They can be independent outfits or part of a local regeneration agency or community centre.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Epesos-Modell</b></li> </ul>	<p>Das Ephesos-Modell ist ein Partizipationsverfahren, das von der Kienast &amp; Kienast GmbH im Auftrag der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG für komplexe Verkehrsinfrastrukturprojekte entwickelt wurde. Ziel des Modells ist, Personengruppen, die von einem Umweltverträglichkeits-Verfahren (UVP-Verfahren) betroffenen sind, schon im Vorfeld der eigentlichen UVP klar und verständlich über das anstehende Projekt zu informieren.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Elektronische Petitionen / E-Petition</b></li> </ul>	<p>Elektronische Petitionen oder E-Petitionen basieren auf dem in den meisten demokratischen Staaten vorhandenen Recht der Bürger, ihre Anliegen an Regierungen und Parlamente schicken und eine Antwort darauf erwarten zu können. Bei elektronischen Petitionen kommt durch die Möglichkeiten des Internets die Variante der öffentlichen Massenpetition hinzu, die im Internet öffentlich eingesehen und mitgezeichnet werden kann. E-Petitionen erhalten hierdurch eine eigene Mobilisierungswirkung.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Evidence scanning</b></li> </ul>	<p>Enables communities and individuals to evaluate vital evidence without having to plough through reams of statistics. Involves actions such as: checking a few key statistics; using other people's analysis; testing statistics against your own knowledge; doing a small survey; finding an expert from amongst your group.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Feasibility fund</b></li> </ul>	<p>Fund which provides money to community organisations for paying experts to undertake feasibility studies on possible projects. They are a highly effective way of kick-starting local initiatives, by getting projects to a stage where they can attract capital funding and support.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Fete</b></li> </ul>	<p>Traditional celebration or festival which can be used to focus attention on planning or environmental issues in a fun atmosphere. Provides a way of encouraging people to engage with issues in a familiar comfort zone.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Field workshop</b></li> </ul>	<p>A way for local communities to draw up plans of action where there is little data available to start with. Particularly suited to disaster prevention work in developing countries.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Fishbowl/ Samoanischer Kreis*</b></li> </ul>	<p>Der Fishbowl ist eine Diskussionsmethode für Großgruppen, bei der sich jeder gleichberechtigt einbringen kann. Die Teilnehmer bilden einen inneren Kreis, in dem diskutiert wird und einen äußeren Kreis drumherum, in dem nur zugehört wird.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Fokusgruppen/ Focus group</b></li> </ul>	<p>Fokusgruppen bzw. Fokusgruppen-Interviews sind durch offene Leitfragen strukturierte Diskussionen in Kleingruppen (6-12 Teilnehmer). Sie werden meist dazu genutzt, verschiedene Sichtweisen und Erfahrungen aufzunehmen als Grundlage für die Entwicklung oder Verbesserung von Maßnahmen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Forum</b></li> </ul>	<p>Non-statutory body for discussing and coordinating activity and acting as a pressure group for change.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Forum Theater (Theater der Unterdrückten)</b></li> </ul>	<p>Das Theater der Unterdrückten ist eine interaktive Form des Theaters, das die Zuschauer aktiv einbezieht und dabei verschiedene Möglichkeiten der Lösung eines Problems "durchspielt".</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Gemeinschafts entwicklung</b></li> </ul>	<p>Gemeinschaftsentwicklung ist ein langfristiger Prozess, der darauf abzielt, aktive und zukunftsfähige Gemeinschaften zu bilden, die auf sozialer Gerechtigkeit und gegenseitigem Respekt basieren. Außerdem geht es darum, Machtstrukturen dahingehend zu verändern, dass Menschen sich leichter beteiligen können, wenn sie unmittelbar betroffen sind. Die Gemeinschaft soll die Möglichkeit erhalten, selbstständig Lösungsstrategien für interne Probleme zu entwickeln.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Gemeinsinn-Werkstatt</b></li> </ul>	<p>Im Projekt Gemeinsinn nennen wir sie die »Mag – Kann – Will – Motivation« (kurz: intrinsische Motivation), die von der »Darf – Muss – Soll – Motivation« bereits anhand der sechs deutschen Modalverben unterschieden werden kann. Das »Mögen« (Bedürfnis/Anliegen) fokussiert eher die Gegenwart, das »Können« (Fähigkeit/Ressourcen) die Vergangenheit und das »Wollen« (Vision/Perspektiven) die Zukunft. Beteiligung und Vernetzung nach diesen intrinsischen Mo(tiva)toren auszurichten, ist Ziel der »Gemeinsinn-Werkstatt«.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Gemeinwesen-arbeit (GWA) – Stadteitarbeit</b></li> </ul>	<p>GWA als Arbeitsprinzip professioneller Sozialarbeit zielt auf die Verbesserung von Lebensbedingungen in benachteiligten Wohnquartieren unter tätiger Mithilfe der dortigen Wohnbevölkerung. Dies geschieht u.a. durch Aktionsformen wie Haustürgespräche, aktivierende Befragungen, Versammlungen, Öffentlichkeitsaktionen und die Begleitung</p>

	von möglichst selbstständig arbeitenden Bewohnergruppen. Arbeitsfelder von Gemeinwesenarbeiter/innen sind Wohnquartiere unterschiedlicher Größe, in denen sie respektvoll nach Betroffenheit, Interessen und Ärgernissen der Menschen fragen und immer wieder Aktionen und Dialoge organisieren.
• <b>Gewaltfreie Kommunikation (GfK)</b>	Gewaltfreie Kommunikation als Methode steht für eine empathische Kommunikation. Es wird über alles gesprochen, was von Bedeutung ist, ohne Schuldzuweisungen, Demütigungen, Beschämung, Zwang und Drohungen. Im Vordergrund der gewaltfreien Kommunikation steht die Verbindung zu anderen Menschen, um vor allem eines zu ermöglichen: mitfühlendes Geben.
• <b>Guided visualisation</b>	Group process using mental visualisation techniques for establishing a community's aspirations.
• <b>Have your say event</b>	Provides an opportunity for people to explore ideas on an issue or place and make their views known in an informal setting. Also described as Speak Outs or Community Planning Workshops, they are a useful early step in any planning activity.
• <b>Historical profiling</b>	Construction of historical profile in groups. Information about past events is gathered to explain the present and predict possible future scenarios. One approach involves people describing and explaining their life history with respect to particular issues. Information is marked up on maps or charts to build a comprehensive time-line of events and issues that mould and affect a community.
• <b>Ideas competition</b>	A good way of stimulating creative thinking and generating interest and momentum. They can be designed to allow everyone a chance to put forward their ideas or be just for professionals.
• <b>Imaging day</b>	Day when people visualise the future with the assistance of a skilled artist.
• <b>Informal walk</b>	Walking in a group without a definite route, stopping to chat and discuss issues as they arise.
• <b>Internet-Forum</b>	Internet-Foren sind Online-Diskussionsplattformen, die BürgerInnen die Möglichkeit bieten, sich zu einem bestimmten Thema schriftlich zu äußern und mit anderen zu diskutieren.
• <b>Interactive display</b>	Allows people to engage in the issues and debate, on their own and in an enjoyable way, by making additions or alterations to pre-prepared exhibits.
• <b>Interview</b>	Recorded conversation, usually with prepared questions, with individuals or groups. Useful for information gathering. More flexible and interactive than a questionnaire.
• <b>Jigsaw display</b>	Exhibit where groups prepare different parts of a plan or proposal which are then assembled as a whole.
• <b>Ketso kit</b>	Ketso is a colourful, hands-on and re-usable toolkit for creative engagement. It enables people with differing levels of confidence and ability to engage and share ideas. Ketso can be used at many stages in a project: from developing a brief, to design and planning, to developing and implementing an action plan. The word Ketso means Action in Lesotho, Southern Africa, where the kit was pioneered.
• <b>KJ Method</b>	Allows groups to quickly reach a consensus on priorities of subjective, qualitative data. Sometimes referred to as an affinity diagram. Named after its inventor, Jiro Kawakita, from Japan.
• <b>Kommunaler Planungsworkshop</b>	Der Kommunale Planungsworkshop ist eine deliberative Methode, die auf dem Community Action Workshop der Harmony Foundation of Canada aufbaut. Diese deliberative Methode unterstützt lokale Initiativen dabei, eine nachhaltige und zukunftsfähige Gemeinschaft zu planen. Der Methodenverlauf folgt der Idee, den Workshop so einfach wie möglich zu halten, aber dennoch so komplex wie nötig, damit Gruppen ohne große Hilfe von außen konkrete Aktionspläne erarbeiten können. Das übergeordnete Ziel besteht darin, lokale Akteure in die Lage zu versetzen, den Wandel, den sie herbeiführen möchten, strukturiert anzugehen.
• <b>Kompetenzwerkstatt</b>	Die Kompetenzwerkstatt stellt ein neues Beteiligungsmodell dar, mit dem die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen erstens direkt ermittelt, zweitens in personenbezogene Bedarfsgrößen umgewandelt werden können und das drittens nicht bei den Defiziten, sondern bei den Fähigkeiten und Interessen von jungen Menschen ansetzt. Darüber hinaus hat es den Charakter eines neuen Handlungsmodells, mit dem über die Entwicklung von Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen auch Impulse für das Wohnquartier als deren Lern- und Erfahrungsraum gegeben werden können.
• <b>Konfliktlösungs-konferenz</b>	Die Konfliktlösungskonferenz ist eine deliberative Methode in der Konzeptionsphase. Das Verfahren weist zahlreiche Gemeinsamkeiten mit der von der dänischen Behörde für Technikfolgenabschätzung erprobten Konsensuskonferenz und der von Peter Diemel

	entwickelten Planungszelle/Bürgergutachten auf. Außerdem haben amerikanische Verhandlungs- und Mediationstechniken Eingang in das Konzept gefunden. Hier sind vor allem die Konfliktmediation und das CODM-Modell von Tim Hartnett zu nennen.
• <b>Konsens-orientierte Abstimmungsverfahren (consensus/ approval voting)</b>	Konsensorientierte Abstimmungsverfahren ermitteln, welche Alternativen bei allen Beteiligten Zustimmung erhalten bzw. von allen am ehesten akzeptiert werden. Im Gegensatz zu reinen Mehrheitsabstimmungen wird strategisches Wahlverhalten minimiert und die für alle Beteiligten gemeinsam tragbarsten Varianten ins Zentrum gerückt – welche nicht immer auch der bevorzugten Variante der Mehrheit entsprechen müssen.
• <b>Konsensus-konferenz/ Consensus Forum</b>	Die Konsensuskonferenz ist eine öffentliche Anhörung, bei der ein Laien-Panel bestehend aus 10 bis 20 Bürgern eine Gruppe von Experten zu einem bestimmten Thema befragen kann. Die Empfehlungen der Teilnehmer werden anschließend veröffentlicht.
• <b>Kooperativer Diskurs</b>	Der Kooperative Diskurs ist eine Kombination von Elementen der >>Mediation, der >>Delphi-Befragung und der >>Planungszelle zur Lösung von Planungsaufgaben.
• <b>Koproduktion/ Crowdsourcing</b>	Als Koproduktion bezeichnet man im Kontext der Bürgerbeteiligung die gemeinsame Erstellung und Erarbeitung von Vorschriften, Maßnahmen oder Leistungen, mit den Bürgern bzw. Nutzern und Betroffenen. Während Koproduktion eher strukturiert abläuft, ist das Crowdsourcing ein offener, unstrukturierter Prozess, bei dem die Bürger (zumeist unabhängig voneinander) einen Teil zum Gesamtprodukt beitragen.
• <b>Laddering</b>	Die Methode Laddering hat ihren Ursprung in der Marktforschung. Sie wird mit dem Ziel angewendet, die Beziehungen von Konsumenten zu Produkten zu identifizieren, um kognitive Positionierungsstrategien von Produkten zu verstehen, aber auch Positionierungsstrategien für neue Produkte zu entwickeln. In Bezug auf nachhaltige Entwicklung kommt diese Methode zur Anwendung, um zugrunde liegende Glaubenssysteme, Dogmen und Konstrukte aufzuzeigen. Laddering zielt darauf ab, spezifische individuelle Aussagen zu erhalten (innere Vorstellungen und Bestätigungen), da diese häufig die Grundlage für bestimmte Verhaltensmuster und Lebensstile sind, als auch bestimmte Bedürfnisse zu identifizieren.
• <b>Liquid Democracy</b>	"Liquid Democracy" (fließende Demokratie) bezeichnet eine Mischform zwischen repräsentativer und direkter Demokratie. Jeder Stimmberechtigte kann dabei jederzeit selbst entscheiden, inwieweit er seine Stimme selbst nutzen oder sich von anderen in einzelnen Themenbereichen oder insgesamt vertreten lassen will. Dadurch, dass die Abgabe der Stimme an andere jederzeit verändert werden kann, bleiben Repräsentationen und Entscheidungskompetenzen „im Fluss“ zwischen repräsentativer und direkter Form.
• <b>Local character workshop</b>	Workshop designed to help people identify what makes an area special. Usually undertaken as part of preparing a local design statement or landscape character assessment. Involves mapping and photo surveys.
• <b>Local design statement</b>	A way for local people to provide guidelines for new development in their area. They can be incorporated in local planning policy and provide a valuable way for local people to make a positive input into the planning process at an early stage. Particularly useful in areas where local character is threatened by insensitive development.
• <b>Maintenance manual</b>	Manual of advice on how to maintain a building or open space. Important for helping users to keep places in good order.
• <b>Mapping</b>	An effective non-verbal way of finding out how people view their area. It is a good way to gather and present site-specific data, understand differences in perception and stimulate debate as a basis for joint planning.
• <b>Mediation</b>	Mediation ist ein freiwilliger Vermittlungsprozess, in dem ein Konflikt durch konsensorientierte, informelle Verhandlung beigelegt werden soll. Die Verhandlungsleitung übernimmt eine neutrale Partei.
• <b>Meinungsumfrage (Online/Offline)</b>	Eine Form der quantitativen Befragung, durch die die Verteilung von Meinungen in einer Gruppe oder Gesellschaft erfasst und für die politische Legitimation von Entscheidungen genutzt werden kann.
• <b>Microplanning workshop</b>	A comprehensive community planning procedure for producing development plans for upgrading settlements. Originally designed for use in developing countries, it is based on regular intensive workshops which involve a minimum of preparation, materials and training.
• <b>Mobile unit</b>	Mobile office and studio units providing technical support wherever it is needed. Particularly useful for working in communities lacking facilities or where a series of similar

	events are planned in several locations.
• <b>Mock-up</b>	Full-size representation of a change or development, usually on its proposed site, prior to finalising the design.
• <b>Models</b>	One of the most effective tools for getting people involved in planning and design. Particularly useful for generating interest, presenting ideas and helping people think in three dimensions.
• <b>Moderationsmethode</b>	Die Moderation ist eine Methode zur Leitung von zielgerichteten Kommunikationsprozessen in Gruppen. Im Unterschied etwa zum lehrzentrierten Gruppengespräch zeichnet die Moderationstechnik ein partizipativer Ansatz aus. Der Moderator belehrt nicht, sondern steuert durch Nutzung spezifischer Moderationstechniken den Gedankenaustausch einer Gruppe so, dass in der Gruppe vorhandenes Wissen möglichst effizient zutage tritt. Ein wesentliches methodisches Element der Moderation ist die Visualisierung, d.h. die Teilnehmenden werden vom Moderator angehalten, ihre Vorstellungen (auf Karten) zu verschriftlichen. Dabei gilt die Regel, auf eine Karte jeweils nur einen Gedanken oder eine Aussage kurz und gut lesbar festzuhalten.
• <b>Neighbourhood branding</b>	Use of simple images and text to establish a desired identity for an area. The branding process can be used as a core element of a community involvement strategy.
• <b>Neighbourhood planning office</b>	Office providing a local focal point for community planning activity and making it easier to follow up and sustain initiatives. Ideally every neighbourhood should have one, but they are particularly valuable in rundown areas or where there is a lot of building activity.
• <b>Neighbourhood skills survey</b>	Survey to establish what skills and abilities people have in a neighbourhood. Used to find out what a community can do for itself and to generate interest. Sometimes referred to as a neighbourhood talent Neighbourhood skills survey checklist
• <b>Neighbourhood warden</b>	Semi-official presence in a local area to prevent anti-social behaviour, maintain the local environment, reduce crime and fear of crime. Provides a complementary service alongside the police and environmental services.
• <b>Neo-Sokratischer Dialog</b>	Der Neo-Sokratische Dialog ist ein Instrument zur Diskussion genereller, meist ethisch-philosophischer Grundsatzfragen mit BürgerInnen.
• <b>Newsletter</b>	Traditional way to communicate information to people living or working in a limited geographical area using print. Can be posted through letterboxes and left in convenient pick up points so useful when names are unknown. Usually A4 format but can be any size. Email newsletter increasingly popular. These are not limited to a specific geographical area but often difficult to secure email addresses, especially in the early stages.
• <b>Newspaper supplement</b>	Special insert or section of a newspaper which can be used to cover local planning issues. Effective ways of communicating to large numbers of people and generating public debate. Particularly useful for presenting proposals from community planning events, especially if combined with other coverage before and afterwards.
• <b>Online consultation</b>	Online consultation provides a channel of communication with a developer or government body that is accessible, convenient, interactive and auditable. Particularly useful for issues and projects that affect a large geographical area or large population such as major property developments and renewable energy projects. A good way to engage a broad audience in consultation, including people who do not typically get involved.
• <b>Open day</b>	Day when a project or organisation encourages people to come and find out what it is doing and how it works. Often used to generate interest and momentum
• <b>Online games</b>	Online games and virtual worlds can be spaces where real conversations take place and where real decisions are made. E-democracy consultancy Delib build online games designed to inform, educate and consult with young people. In a game there are rules, and there are consequences to actions that the player takes. Games are often a simplification of reality - and so a well designed game can be suitable for raising a topic. For example, budget simulator is a very simple game that could be used to inform a participatory budgeting process.
• <b>Open house event</b>	Event designed to allow those promoting development initiatives to present them to a wider public and secure reactions in an informal manner. Less structured than a workshop and more informal than a traditional exhibition.
• <b>Open Space</b>	Open Space ist ein Konferenzformat, bei dem die Teilnehmer selbst über die Themen und den Verlauf der Konferenz, angelehnt an ein vorgegebenes Leitthema, bestimmen. Es ist besonders geeignet, um Ideen und Vorschläge der Teilnehmer zu gewinnen, Interessen zu erkunden und den Austausch zu fördern.

<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Pair-wise ranking</b></li> </ul>	Rapid and simple way of selecting the most important issues or problems facing a community. Brainstorming generates a preliminary list. A group of people then vote on the significance of every item against each other item using a matrix.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Participatory Appraisal</b></li> </ul>	Participatory Appraisal ist ein umfangreicher Befähigungsansatz, durch den eine Gruppe oder Organisation befähigt werden soll, die eigenen Probleme zu erkennen, selbstständig Lösungen zu finden und umzusetzen. Durch umfangreichen Einsatz von Visualisierungen ist es vor allem für Teilnehmer gut einzusetzen, die mit anderen schriftlastigen Verfahren nicht zu gewinnen sind.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>PRA - Participatory Rapid Appraisal</b></li> </ul>	Die Abkürzung PRA steht für Participatory Rapid Appraisal, was frei übersetzt soviel wie »Schnelle Erhebung/Befragung mit Bürgerbeteiligung/ Partizipation« oder »in kurzer Zeit gemeinsame Projektideen erarbeiten« heißt. Im Kern einer PRA steht die Befragung und Beteiligung der Zielgruppe mit Hilfe von so genannten »Küchentischgesprächen«, die nach Bedarf durch Anwendung weiterer Methoden der Informationsbeschaffung und Datengewinnung ergänzt wird. Für die Gespräche wird ein spezifischer Leitfaden entwickelt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Participatory Strategic Planning</b></li> </ul>	Der Participatory Strategic Planning Prozess ist ein Ansatz, bei dem sich eine Gemeinschaft über ihre Entwicklungsziele für die nächsten fünf Jahre verständigt. Im Rahmen des Prozesses werden aus den Zielen klare Aktivitäten in Form eines Ablaufplans erarbeitet.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Participatory Video</b></li> </ul>	Participatory Video ist eine Gruppenaktivität, bei der durch die gemeinsame Erstellung eines Films ein neues Gruppengefühl geschaffen, Engagement erlebbar und Konflikthintergründe verständlich gemacht werden. Der Film ist dabei als Ergebnis ebenso wichtig wie der Prozess.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Pattern language</b></li> </ul>	Method devised to enable untrained people to design their own buildings and cities in accordance with well-tried principles of good design.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Perspektivenwerkstatt – Baustein zur interaktiven Stadtentwicklung (Community Planning)</b></li> </ul>	Ein verlängertes Arbeitswochenende, an dem intensiv – gemeinsam mit Fachleuten und Betroffenen vor Ort – Lösungsideen erarbeitet werden. Das Verfahren kann 50 ebenso wie mehrere hundert TeilnehmerInnen in Arbeitsgruppen, Geländebesichtigungen, Planungstische und Plenen einbeziehen. Als Besonderheit erhält ein multidisziplinäres Team den Doppelauftrag, neben der Moderation der öffentlichen Veranstaltungsteile die Lösungsvorschläge in kürzester Zeit zu einer inhaltlich schlüssigen und graphisch illustrierten »Vision« zusammenzufassen. Es wird also bei dieser Vorgehensweise ein Kommunikationsverfahren mit dem Einsatz klassischer Fachkompetenzen kombiniert.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Photo survey</b></li> </ul>	Helping groups develop design ideas by getting people to take and discuss photos of their existing environment. They can be used as part of a wider community profiling or community planning event or as an independent exercise.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Placecheck</b></li> </ul>	A way of assessing the qualities of a place, showing what improvements are needed, and focusing people on working together to achieve them. It can cover a street (or part of one), a neighbourhood, a town centre, or a whole district or city. The setting might be urban, suburban or a village. The initiative can come from anyone, in any organisation or sector. Useful for paving the way for other means of community engagement. Developed by the Urban Design Alliance in the 1990s, Placecheck is now in widespread use in communities throughout the UK. Full User's Guide and checklists available on website.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Planning aid scheme</b></li> </ul>	The provision of free and independent information and advice on town planning to groups and individuals who cannot afford consultancy fees Gives people the knowledge, skills and confidence to deal with the planning system and to become involved with wider planning issues.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Planning for Real (TM)</b></li> </ul>	Die Teilnehmer erstellen ein dreidimensionales Modell ihrer Wohnumgebung und entwickeln darauf basierend Vorschläge für dessen Umgestaltung. Sie erstellen aus diesen Vorschlägen eine Prioritätenliste und einen Aktionsplan mit konkreten Handlungsschritten, der den Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt wird.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Planspiel und Handlungsspiel / Gaming</b></li> </ul>	Wer eine politische Aktion vorbereitet, hat als »Kapital« die eigenen Beweggründe, Verbündete und die gemeinsamen Stärken. Das ist immer nur die eine Seite. Die andere Seite ist das gesellschaftspolitische Umfeld, in der die Aktion geschehen soll. Und dieses Umfeld ist komplex, weit komplexer jedenfalls als »Bewegte« wahrzunehmen in der Lage sind. Schon vor der Aktion können wenigstens einige Aspekte dieser Komplexität bewusst gemacht und eingeschätzt werden, indem die Situation gespielt wird. Planspiel, manchenorts auch Simulation, wird diese Vorbereitungsmethode genannt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Planungswerkstatt</b></li> </ul>	Eine Planungswerkstatt ist ein ein- oder mehrtägiger Workshop, bei dem Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen und Ideen in einen Planungsprozess einbringen können. Dabei werden sie von professionellen Planerinnen und Planern unterstützt.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Planungszelle</b></li> </ul>	Eine Planungszelle ist ein sehr intensives Beteiligungsverfahren, bei dem eine Gruppe

	von 25 zufällig ausgewählten Personen eine Woche lang an der Lösung eines spezifischen Problems arbeitet.
• <b>Prioritising</b>	Deciding what needs doing when. Ranking of problems to be dealt with or projects to be undertaken. An important aspect of all decision-making which often needs to be done as a group activity if the results are to be generally agreed on.
• <b>Process planning session</b>	Event organised to allow people to work together to determine the most suitable process for their particular situation. Particularly useful at an early stage in a community planning initiative and then at periodic intervals.
• <b>Public wall</b>	Area of wall space or display boards where members of the public can make their views known by putting up drawings or text and making comments on material already there. Sometimes called a people's wall.
• <b>Questionnaire survey</b>	Survey process which involves collecting of information in the form of written responses to a standard set of questions. Often a starting point for participation processes. Frequently used with other methods.
• <b>Real Time Strategic Change</b>	Real Time Strategic Change (RTSC) ist ein hochgradig partizipativer, strukturierter und stark lösungsorientierter Prozess, um Mitglieder einer Organisation an der Planung und Umsetzung eines Veränderungsprozesses zu beteiligen.
• <b>Reconnaissance trip</b>	The direct inspection of the area under consideration by mixed teams of local people and technical experts. Used to familiarise everyone with the physical environment and key issues at the start of many community planning processes and to review progress at intervals.
• <b>Referendum (direkte Demokratie)</b>	Bei einem Referendum gibt ein repräsentatives Gremium seine Entscheidungshoheit an die Bürger ab, sodass diese unmittelbar über einen Gegenstand entscheiden. Es handelt sich damit im Einzelfall nicht mehr direkt um eine „Beteiligung“ der Bürger, sondern die letztliche Abgabe der Entscheidung.
• <b>Resource centre</b>	Place designed to provide community groups with the facilities they need to make the most of their energies and enthusiasm. No two centres are exactly alike but will provide some or all of the following: information, office equipment, professional advice and support, meeting facilities, equipment for meetings and fund raising, training courses and opportunities for groups to meet and share ideas.
• <b>Review session</b>	Workshop organised to monitor progress and maintain momentum. Can be held weeks, months, or even years after a community planning event or other community planning initiative.
• <b>Risk assessment</b>	Examination of risks from disasters facing any community. Should ideally be used in all planning - since most communities face some kind of threat. But it is most necessary for vulnerable communities prone to natural or human-made disasters.
• <b>Roadshow</b>	Series of linked public workshops, exhibitions and public forums to explore the potential for improving the built environment and provide a catalyst for action.
• <b>Runder Tisch</b>	Bei einem Runden Tisch versammeln sich Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Interessengruppen gleichberechtigt an einem Tisch, um ein kontroverses Thema oder Problem zu diskutieren und zu versuchen, gemeinsam eine Lösung dafür zu finden.
• <b>Schülerhaushalt</b>	Der Schülerhaushalt ist ein Beteiligungsverfahren, bei dem alle Kinder und Jugendlichen einer Kommune in einem für sie relevanten Bereich mitbestimmen und einen demokratischen Prozess erleben. Das Verfahren ist so aufgesetzt, dass es kaum Kosten und Aufwand erzeugt, wodurch die eingesetzten Mittel fast ausschließlich in die Maßnahmen der Schüler fließen. Konzept und Materialien wurden von der Bertelsmann Stiftung entwickelt und werden Kommunen und Schulen kostenfrei zur Verfügung gestellt.
• <b>Schriftliche Anhörungen/ Konsultationen</b>	Schriftliche Anhörungen bzw. Konsultationen stellen den derzeit wohl gängigsten Weg dar, Erfahrungen und Meinungen zu einer bestimmten Fragestellung von einer Vielzahl von in der Regel organisierten Interessengruppen oder direkt Betroffenen einzuholen. Sie erlauben sowohl inhaltliche Tiefe, als auch breite Einbeziehung – können aber erheblichen Aufwand in der Auswertung erzeugen.
• <b>Search conference</b>	Conference or workshop for key interested parties organised as a first stage in a consultation process on a project. May include briefings, role play, reconnaissance, interactive displays, workshops and plenary sessions. Term much used in Australia. Similar to community planning forum.
• <b>Simulation</b>	Acting out a real event or activity in order to help both participants and observers gain information and insights prior to formulating plans. It can also be used to test draft plans.
• <b>Social Networks</b>	Social networks are diverse spaces which offer many different opportunities for interaction with young people. Many youth projects are creating their own identities within Social Networking Sites - either as individual people, or by creating groups on the social network.

	If a project is represented on a social network as an individual, with project members as their 'friends', then many social networks offer features to send status updates or questions to those project members on the friends list. A group on a social network can provide a space for discussion on topics chosen by the project or the young people who are members of the group. These discussion spaces often need some form of facilitation to stay active and focussed.
• <b>Soziokratie</b>	Soziokratie (lat. socius = Gefährte, griech. kratein = regieren) ist ein Modell der Steuerung und Entscheidungsfindung in Prozessen und Organisationen, das von der Gleichwertigkeit aller Beteiligten ausgeht. Wichtigste Prinzipien sind, dass nur dann eine Entscheidung getroffen wird, wenn keine/r der Anwesenden einen schwerwiegend begründeten Einwand hat (= Konsensprinzip oder Kein-Einwand-Prinzip) und dass alle in einem Kreis zur Entscheidung beitragen.
• <b>Speak out</b>	Interactive event intensively staffed with facilitators and Recorders where participants drop in and visit a number of issue stalls set up with interpretative material about the community or the planning issues under consideration. Provides an informal environment where a wide range of people have a chance to participate. Encourages casual, 'drop-in' participation at people's convenience. People find issues about which they wish to 'speak out' and have their say, with comments clearly recorded by a Recorder.
• <b>Stadtteilforen</b>	In mittleren bis großen Städten sind die mit diesen Faktoren angesprochenen Dimensionen, nämlich Betroffenheit und Expertentum, weniger auf die Gesamtstadt bezogen vorhanden, sondern betreffen am ehesten den eigenen Stadtteil, sie sind »vor der eigenen Haustür« und nicht irgendwo in der Stadt zu finden. Gegenstand des Handelns von Bürger/innen im Stadtteil sind all die Dinge, die sie nicht lediglich als Einzelne, als Kund/innen der Verwaltung betreffen, sondern die die Gesamtsituation im Stadtteil angehen: die Spielplätze und Spielräume für Kinder, die Verkehrsführung, Kinderbetreuung, die Stadtbücherei, die Plätze und Treffpunkte für Erwachsene. Der Stadtteil ist Bezugspunkt und Identifikationsgröße für die Bürger/innen mit ihrer Stadt und deshalb prädestiniert, so die These, Ansätze für einen neuen Umgang mit der Stadt zu verorten.
• <b>Street stall</b>	Securing public comment on planning issues by setting up an interactive exhibition in a public street or square. Make it possible to secure the views of larger numbers of people than is normally possible indoors. Particularly useful where the views of people using a particular street or public space are required.
• <b>Studienzirkel/ Study Circle</b>	Bei der Methode „Studienzirkel (Study Circle)“ treffen sich 10-12 Personen mehrmals innerhalb einiger Wochen, um an der Lösung für ein bestimmtes Problem zu arbeiten. Die Gruppe wird von einem der Teilnehmer moderiert. Am Ende erstellen sie gemeinsam eine Empfehlung.
• <b>Study tour</b>	Take people to see inspiring places elsewhere. Meet with the people who made them happen and the people who now live and work in them. Seeing is believing.
• <b>SUP am runden Tisch</b>	Eine Strategische Umweltprüfung (SUP) am runden Tisch ist eine Sonderform der SUP, bei der ein Plan oder Programm (z. B. Verkehrskonzept, Abfallwirtschaftsplan etc.) unter aktiver Beteiligung der betroffenen Interessengruppen sowie von VertreterInnen der Verwaltung und externen ExpertInnen gemeinsam erarbeitet wird. Es geht dabei nicht um Einzelprojekte, sondern um die Klärung strategischer Grundsatzfragen unter Beteiligung der Öffentlichkeit.
• <b>Suggestions box</b>	Box in which people place their written suggestions or comments on a place or proposals. Useful device in consultation allowing participants to remain anonymous if they wish.
• <b>Systemisches Konsensieren</b>	Das Systemische Konsensieren ist ein konsensnahes Entscheidungsverfahren. Eine Gruppe ermittelt aus einer Reihe selbst entwickelter Lösungsvorschläge jenen Vorschlag, der in der Gruppe die geringste Ablehnung erfährt. Diese Form der Entscheidungsfindung – von den Beteiligten nicht die Zustimmung zu einem Vorschlag zu erfragen, sondern das Ausmaß des Widerstands – ermöglicht ein Ergebnis, das einem Konsens am nächsten kommt.
• <b>Szenario Technik</b>	Ziel der Szenario Technik ist es, basierend auf möglichen künftigen Entwicklungen (Szenarien) eine gemeinsame Handlungsgrundlage zu entwickeln.
• <b>Table scheme display</b>	Simple way of securing comment on design proposals by taping drawings on a table top and requesting people to vote with sticky dots. Allow large numbers of people to understand and make an input into development proposals, with or without engaging with others. They can be used as part of an exhibition or open house event.
• <b>Task Force</b>	Multidisciplinary team of students and professionals who produce in-depth proposals for a site or neighbourhood based on an intensive programme of site studies, lectures, participatory exercises and studio working, normally lasting several weeks. An efficient

	way of securing high quality design proposals at the same time as providing a first-rate educational opportunity.
• <b>Text Messaging and mobile phones</b>	There are many ways mobile phones can be used as a part of a participation project or to engage young people in influencing the ongoing development of a service or project. Premium accounts with some online survey tools (including Survey Gizmo introduced in the Online Survey section) allow you to create surveys that can be easily completed on a mobile phone. The free mobile social networking tools Twitter can be used to send a free broadcast text message to a group of young people, and to bring together their replies in one page. The YOMO Practical Ideas for Participation Conference in 2007 used this to gather feedback throughout the event.
• <b>THANCS</b>	Einen nachhaltigen Lebensstil und gleichzeitig eine hohe Lebensqualität zu verwirklichen, kann aufgrund von Bedürfnis- und Wertkonflikten zu Spannungen führen. Der Begriff THANCS steht für "Thriving for Awareness for Non-Conflicting Strategies" und kann als eine Option beschrieben werden, um mit den sich aus einem nachhaltigen Lebensstil ergebenden Spannungen umzugehen. THANCS ist eine Methode, die ermöglicht, zur Ebene der Bedürfnisse vorzudringen (siehe Eisberg-Modell im Einleitungstext „Innere Dimension“ (siehe Kasten rechts).
• <b>Urban design studio</b>	Special units attached to a university or other educational establishment which undertake environmental project work, usually in the immediate locality. They can provide both a valuable educational experience for students and an important resource for local communities.
• <b>User group</b>	The creation or strengthening of user groups is a key element of most community planning. They act as clients in championing the views of those who will use the end product and keep the momentum going, often for many years.
• <b>Video project</b>	Where citizens film their neighbourhood and interview each other as part of a community planning initiative.
• <b>Video soapbox</b>	Where members of the public can broadcast their opinions on video screens erected in public places. Particularly useful for generating public interest and debate for high profile events such as a roadshow.
• <b>Virtuelle Welten</b>	Virtuelle Welten sind simulierte Welten und Räume im Internet, die Chats und Online-Netzwerke beinhalten. In einer virtuellen Welt gibt es z.B. visuelle Darstellungen von Orten oder bestimmten Aktivitäten und Prozessen.
• <b>Visit</b>	Trip by a group of people planning an initiative to a community that has recently undertaken a similar initiative, to learn from their experience. May be highly structured with formal notetaking, interviews and feedback sessions, or informal.
• <b>Vorschlagswesen/ Petition*</b>	Das Vorschlags- und Petitionswesen ist eine Möglichkeit für Bürger, jederzeit Vorschläge, Anregungen oder Beschwerden allein oder gemeinschaftlich zu verschiedenen Gegenständen einbringen zu können. Die Möglichkeit der Petition ist rechtlich im Grundgesetz verankert.
• <b>Walt-Disney-Methode</b>	Die Walt-Disney-Methode ist eine Moderationsmethode, bei der die Teilnehmenden ein Problem/Projekt jeweils aus der Perspektive des Träumers, des Pragmatikers und des Kritikers betrachten und diskutieren.
• <b>Week with a camera</b>	Participatory design exercise usually used with school children aged about 11 or 12, where children are given a disposable camera and asked to take photographs relevant to the subject of the study. A facilitated collage-making workshop is then held and children make representations of the issues that interest and concern them. Adult facilitation is required but need not be by highly specialized people.
• <b>Workshop</b>	Der Workshop ist ein informelles, anlassbezogenes Verfahren, in dem AkteurInnen (Politik, Verwaltung, ExpertInnen, GrundstückseigentümerInnen, InvestorInnen, Betroffene etc.) gemeinsam eine Fragestellung diskutieren. Ein Workshop hat keine klaren Strukturmerkmale. Aus diesem Grund variieren die Zahl der TeilnehmerInnen, die Zusammensetzung der Beteiligten und das Auswahlverfahren hierzu sowie der Ablauf je nach Aufgabenstellung. Um den Prozess der gemeinsamen Arbeit zu fördern, sollte das Arbeitsklima möglichst offen und frei von Zwängen sein.
• <b>World Café</b>	Bei einem World Café kommen die Teilnehmer in Kleingruppen von vier bis sechs Personen zusammen, um sich in ungezwungener Kaffeehausatmosphäre zu einem vorgegebenen Thema auszutauschen. Die Diskussion findet in aufeinanderfolgenden Gesprächsrunden von 20 bis 30 Minuten statt. Am Ende werden die Diskussionsergebnisse im Plenum gesammelt und reflektiert.
• <b>Youth forum</b>	Way for young people to meet to discuss issues that concern them in whatever way best suits them. CS Leeds City Centre Area Action Plan.
• <b>Youth planning</b>	Day of activities designed specifically to involve young people in the planning process.

<b>day</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Zukunfts-konferenz/ Future search conference</b></li> </ul>	Die Zukunftskonferenz ermöglicht es einer Gemeinde oder Organisation, eine gemeinsame Zukunftsvision zu entwickeln. Es handelt sich um einen stark strukturierten Prozess, der idealerweise zweieinhalb Tage dauern sollte und eine Vielzahl von Interessengruppen einbezieht (i.d.R. 64 Personen, die 8 Gruppen repräsentieren).
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Zukunfts-werkstatt</b></li> </ul>	Unter der Zukunftswerkstatt versteht man eine Methode, die unter Einbezug von ModeratorInnen die Selbstorganisation, Wahrnehmungsfähigkeit, Fantasie und Handlungskompetenz der Teilnehmenden fördert und Möglichkeiten zur Realisierung gemeinsamer Ideen entwickeln hilft und in der Umsetzung beratend begleitet. Kamen in den 70er und 80er Jahren die Teilnehmenden vor allem aus Betroffenengruppen, Bürgerinitiativen und gesellschaftspolitisch engagierten Gruppen, so finden heute Zukunftswerkstätten in nahezu allen Bereichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens Anwendung.

---

## Anhang B: Ordnungssystematiken

Tabelle der Ordnungssystematiken von Beteiligungsformaten auf Online-Katalogen

Name	Link	Anzahl	Kategorien (Ausprägungen)
<b>Beteiligungskompass</b>	<a href="http://www.beteiligungskompass.org/article/index/methode">http://www.beteiligungskompass.org/article/index/methode</a>	54 (+ 25 ,Instrumente'/ E-Tools)	1. nach Medialität (4): Veranstaltungen; Schriftlich; Online; Aufsuchende Formate 2. nach Themenbereich (8): Gemeinschaftsentwicklung; Haushaltsplanung; Infrastrukturentwicklung/ Bauleitplanung; Organisationsentwicklung; Politikfeldgestaltung (Beteiligung zu spezifischen Themen); Stadtentwicklung; Strukturveränderungen im politischen System; Vorschlagswesen (allgemein)
<b>Wegweiser Bürgergesellschaft</b>	<a href="http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/107534/">http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/107534/</a>	34	1. Nach Hauptzielsetzung (5): Ideen sammeln, Energie bündeln; Visionen entwickeln, Zukunft gestalten; Konflikte bearbeiten, Standpunkte integrieren; Meinungen einholen, Bürger aktivieren; Planungsprozesse initiieren und begleiten
<b>Partizipation.at</b>	<a href="http://www.partizipation.at/alle-methoden.html">http://www.partizipation.at/alle-methoden.html</a>	34	1. nach Stufe der Beteiligung (3): Information; Konsultation; Mitbestimmung 2. nach Gruppengröße (3): Kleingruppen (<15 TN); mittlere Gruppen (20-30 TN); größere Gruppen (>30 TN) 3. Dauer der Durchführung (3): 1 Tag bis max. 1 Woche; einige Wochen; mehrere Monate
<b>community-planning.net</b>	<a href="http://www.communityplanning.net/methods/methods_a-z.php">http://www.communityplanning.net/methods/methods_a-z.php</a>	144	- daraus 60 effektivste Methoden "for helping people get involved in physical planning and design" - keine Kategorisierung im eigentlichen Sinne
<b>participationworks.org.uk</b>	<a href="http://www.participationworks.org.uk/topics/online-tools">http://www.participationworks.org.uk/topics/online-tools</a> (Onlinetools, engl.)	10	- beschränkt auf Online Tools - keine Kategorisierung
<b>participatedb.com</b>	<a href="http://participatedb.com/tools">http://participatedb.com/tools</a> (engl.)	264	- speziell für Internet-basierte Formate und Instrumente - Keine Kategorisierung. Jedoch wird die Definition der Formate auf Grundlage der Richtlinien der International Association of Public Participation ( <a href="http://www.iap2.org/associations/4748/files/IAP2%20Spectrum_vertical.pdf">http://www.iap2.org/associations/4748/files/IAP2%20Spectrum_vertical.pdf</a> ) vorgenommen. So muss jedes der genannten 264 Tools mindestens eines der folgenden fünf Kriterien erfüllen: Inform; Consult; Involve; Collaborate; Empower. <a href="http://www.iap2.org/associations/4748/files/IAP2%20Spectrum_vertical.pdf">http://www.iap2.org/associations/4748/files/IAP2%20Spectrum_vertical.pdf</a>
<b>Participedia</b>	<a href="http://www.participedia.net/en/browse/methods?f[0]=field_completeness%3A5HYPERLINK">http://www.participedia.net/en/browse/methods?f[0]=field_completeness%3A5HYPERLINK</a> "http://www.participedia.net/en/browse/methods?f[5B0%5D=field_completeness%3A5&f[5B1%5D=field_completeness%3A4"&HYPERLINK	92	<ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Best for/ Zielbestimmung (5): Achieving Public Goods; Providing Social Goods; Addressing Identity-Based Issues; Distributing Individual Material Goods; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Type of Interaction among Participants (10): Discussion, Dialogue, or Deliberation; Express opinions/preferences only; Negotiate &amp; Bargain; Organized Demonstrations; Acting/Drama; Formal Testimony; Listen/watch as spectator; No interaction among participants; Other; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Content Language (5): English; German; French; Italian; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Facilitation (3): yes; no; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Geographical Scope (5): International; Local (e.g. Neighbourhood, City/Town, Metropolitan Area);</li> </ul>

	<p><a href="http://www.wikipedia.net/en/browse/methods?f%5B0%5D=field_completeness%3A5&amp;f%5B1%5D=field_completeness%3A4">"http://www.wikipedia.net/en/browse/methods?f%5B0%5D=field_completeness%3A5&amp;f%5B1%5D=field_completeness%3A4"</a></p>		<p>National; Regional (e.g. State, Province, Autonomous Region); Uncategorized.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Governance Contributions (8): Decision-Making; Preference Articulation; Formation; Implementation; Conflict Resolution; Co-Production; Public Marketing; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Issue Interdependency (6): Often, Interdependent with Other Issues; Sometimes, Interdependent on Other Issues; Always, Tied to Other Issues; Seldom, Tied to Other Issues; Always, Isolated and Usually; Not tied to Other Issues; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Issue Polarization (6): Somewhat Polarized; Polarized; Not Very Polarized; Very Polarized; Not Polarized; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Issue Technical Complexity (6): Somewhat Complex; Quite Complex; Highly Complex; Very Simple; Not Very Complex; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Type of Organizing Entity (15): Community Based Organization; Local Government (e.g. Village, Town, City); National Government; Regional Government (e.g. State, Provincial, Territorial); Academic Institution; Individual; Non-Governmental Organization (Non-profit); For Profit Business; International Organization; Government-Owned Corporation; Philanthropic Organization (i.e. dedicated to making monetary grants or gifts); Union; Other; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> What was the intended purpose? (11): Raise public awareness; Consultation (i.e. to advise decision makers); Make public decisions (i.e. exert direct authority); Co-governance (i.e. to share decision making with public authorities); Develop individual capacities (e.g. skills, learning); Community building (e.g. social capital); Protest; Collaborative delivery of services with public authorities; Direct delivery of public services (i.e. by entities other than government); Other; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Types of Supporting Entities (14): Local Government (e.g. Village, Town, City); Community Based Organization; National Government; Regional Government (e.g. State, Provincial, Territorial); Academic Institution; Individual; Philanthropic Organization (i.e. dedicated to making monetary grants or gifts); International Organization; Profit Business; Non-Governmental Organization (Non-profit); Government-Owned Corporation; Not Applicable; Other; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Method of Recruitment (7): Open to all; Random Selection; Open to all with targeted recruitment; Other; Election; Appointment; Uncategorized.</li> <li><input type="checkbox"/> Typical Funding Source (14): National Government; Local Government (e.g. Village, Town, City); For Profit Business; Regional Government (e.g. State, Provincial, Territorial); Community Based Organization; International Organization; Individual; Non-Governmental Organization (Non-profit); Philanthropic Organization (i.e. dedicated to making monetary grants or gifts); Academic Institution; Government-Owned Corporation; Union; Other; Uncategorized.</li> </ul>
--	--	--	---

## **Anhang C: Systematische Literaturrecherche**

Zusätzliche Dokumente:

- 5 • Als PDF: Anhang C - systematische Literaturrecherche.pdf
- Als Excel-Tabelle: Anhang C - systematische Literaturrecherche.xlsx